DIE STELLUNG DER BASLER VORORTSGEMEINDEN IN DER GROSSTÄDTISCHEN AGGLOMERATION

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR

ERLANGUNG DER WÜRDE EINES DOKTORS DER STAATSWISSENSCHAFTEN

EINGEREICHT BEI DER

PHILOLOGISCH-HISTORISCHEN ABTEILUNG DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT

DER

UNIVERSITÄT BASEL

VON

WALTER STÖCKLIN
VON BINNINGEN

LAUFEN 1928

DIE STELLUNG DER BASLER VORORTSGEMEINDEN IN DER GROSSTÄDTISCHEN AGGLOMERATION

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR

ERLANGUNG DER WÜRDE EINES DOKTORS DER STAATSWISSENSCHAFTEN

EINGEREICHT BEI DER

PHILOLOGISCH-HISTORISCHEN ABTEILUNG DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT

DER

UNIVERSITÄT BASEL

VON

WALTER STÖCKLIN
VON BINNINGEN

LAUFEN 1928

Genehmigt von der philologisch-historischen Abteilung der philosophischen Fakultät auf Antrag der Herren Professoren Dr. F. MANGOLD und Dr. R. MICHELS.

Basel, den 6. März 1928.

PROF. DR. G. HÜBENER
Dekan.

R. UNIV. BIBLIOTHEK

MEINEN LIEBEN ELTERN
IN DANKBARKEIT GEWIDMET

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546714_0064

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung. 1

A. Problemstellung. 2—6

Die grosstädtische Agglomeration als eine Massenerscheinung der kapitalistischen Wirtschaft.

B. Allgemeiner Teil. 7—26

Die Konjunkturschwankungen im kapitalistischen Wirtschaftssystem. 7—9

a) Der Einfluss konjunkturaler Fluktuationen auf den Arbeitsbedarf der Gross-Stadt. 9—10

b) Der Einfluss konjunkturaler Fluktuationen auf die Produktion von festem Kapital. 10—11

Die objektiven Voraussetzungen der grosstädtischen Agglomeration. 11—13

a) Die rechtlichen Voraussetzungen.

b) Die technischen Voraussetzungen.

Die Erscheinungsformen der grosstädtischen Agglomeration. 13—22

a) Die Wanderungserscheinungen im Bevölkerungswesen

1. Die Ermittlung der Wanderungserscheinungen

a) Die Bestandesaufnahme

b) Die Bewegungsaufnahme

b) Wirkungen der grosstädtischen Agglomeration

1. Die innere Agglomeration

2. Die äussere Agglomeration

Grosstädtische Agglomeration und Bevölkerungsdezentralisation 22—26

C. Spezieller Teil. 27—88

Geographie, wirtschaftliche und politische Lage der Stadt Basel. 27—29

Der Einfluss Basels auf die Entwicklung seiner Vorortsgemeinden. 29—39

a) Das Wachstum der Vorortsgemeinden unter der Einwirkung der Agglomeration. 31—35

b) Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Vorortsgemeinden von der Stadt Basel. 35—39

Die Agglomeration der Vorortsgemeinden als Akklimatisierungsstufe der zentripetal gerichteten Wanderbevölkerung 39—73

a) Der Verlauf der Agglomerationswanderungen. 51—56

1. Die Abwanderung aus den Vorortsgemeinden in die Stadt.

b) Die Ermittlung der Bewegung der Agglomeration 56—73

Seite

1. Die Ursachen der Schwankungen im Wanderungsstrom
2. Die Agglomerationsintensität unter dem Einfluss der Konjunkturschwankungen.

Vorortsgemeinden und industrielle Dezentralisation. 73—88

a) Ursachen und Voraussetzungen der industriellen Dezentralisation. 73—75

b) Beginn der industriellen Dezentralisation. 75—79

c) Die industrielle Entwicklung der Vorortsgemeinden in der Nachkriegszeit. 79—83

d) Wohn- und Arbeitsort der Industriebevölkerung von Stadt Vorortsgemeinden. 83—88

D. Zusammenfassung der Ergebnisse. 88—89

Tabellen-Verzeichnis.

Tabelle 1. Beziehung zwischen Entfernung und Abhängigkeit der Vorortsgemeinden von der Stadt Basel
Tabelle 2 Beziehung zwischen Entfernung und Abhängigkeit der Vorortsgemeinden von der Stadt Basel
Tabelle 3. Anteil der in Basel tätigen und in den Vorortsgemeinden wohnenden Erwerbsfähigen.
Tabelle 4. Bevölkerungswachstum der Vorortsgemeinden
Tabelle 5. Die Bevölkerungskonzentration Basellands im Bezirk Arlesheim.
Tabelle 6. Bevölkerungszunahme der Vorortsgemeinden seit dem Agglomerationsbeginn
Tabelle 7. Zentralisations- und Dezentralisationswanderungen in Stadt und Vorortsgemeinden.
Tabelle 8. Geburtskantone der Wohnbevölkerung von Baselland.
Tabelle 9. Innere Wanderungen im Kanton Baselland.
Tabelle 10. Die Herkunft der Wohnbevölkerung.
Tabelle 11. Die Herkunft der Wohnbevölkerung.
Tabelle 12. Die Herkunft der Wohnbevölkerung.
Tabelle 13. Die Herkunft der Wohnbevölkerung.
Tabelle 14. Die Akklimatisierung in den Vorortsgemeinden
Tabelle 15. Der Fluktuationsgrad in den Vorortsgemeinden.
Tabelle 16. Verschiebung in der Berufsgliederung in der Stadt Basel.
Tabelle 17. Leerwohnungsbestände in der Stadt Basel.
Tabelle 18. Verschiebung der Wohnorte der Basler Industriebevölkerung von 1910—1924.
Tabelle 19. Verschiebung der Wohnorte der Industriebevölkerung in den vorortsgemeindlichen Industriebetrieben von 1910—1924.
Tabelle 20. Herkunft der in Basel tätigen und auswärts wohnenden industriellen Erwerbsbevölkerung.
Tabelle 21. Niederlassungs- und Aufenthalterzuwanderung.
Tabelle 22. Abwanderungsintensität in den Vorortsgemeinden.
Tabelle 23. Wanderungsintensität in Stadt und Vorortsgemeinden.
Tabelle 24. Neu erstellte Wohngebäude in Stadt und Vorortsgemeinden.
Tabelle 25. Industrielle Entwicklung der Vorortsgemeinden.
Tabelle 26. Wohnorte der Basler Industriearbeiter.
Tabelle 27a. Wohnorte der Industriearbeiter der Vorortsgemeinden.
Tabelle 27b. Wohnorte der Industriearbeiter der Vorortsgemeinden.

Literatur- und Quellenverzeichnis.

Ammon, O.; Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen (3. Aufl. Jena 1900).
Bernet, F.; Konjunkturforschung (Schweizer Schriften für rationelles Wirtschaften Nr. 2, 1927).
Bleicher; Beiträge zur Statistik der Stadt Frankfurt, Heft 2 1893.
Brückner; Die Entwicklung der grosstädtischen Bevölkerung im Gebiet des deutschen Reiches. (Allg. stat. Archiv).
Bücher; Statistik der innern Wanderungen (Ztschrft. f. S. St. & Volksw. 1887).
Cassel, G.; Theoretische Sozialökonomie. (Leipzig 1918).
Furlan, V.; Studien zur Lagerung der schweiz. Bevölkerung (Zeitschr. f. S. St. & Volkswirtschaft 1916).
Gutzwiller, K.; Landwirtschaftliche Entwicklung und Wanderbewegung im Kt. Baselland; Basler Diss. 1911.
Gutzwiller, K.; Die Entwicklungsgeschichte der Gemeinde Birsfelden. Liestal 1910).
Hannsen; Die drei Bevölkerungsstufen. (München 1889).
Hasse; Die Intensität grosstädtischer Menschenanhäufungen. Allg. stat. Archiv Bd. II.
Hassinger; Basel, ein geographisches Städtebild (1927).
Hotz, R.; Basels Lage und ihr Einfluss auf die Entwicklung und die Geschichte der Stadt. (Basel 1894).
Higy, C.; Vom Zunftzwang zur Gewerbefreiheit in der Stadt Basel (Basler Diss. 1919).
Kuczinsky; Der Zug nach der Stadt (Stuttgart 1897).
Lorenz, J.; Die Fluktuationen der industriellen Bevölkerung und die Schwankungen im Beschäftigungsgrad. Ztschrft. f. St. & Volksw. 1914.
v. Mangoldt, K.; Die städtische Bodenfrage. (Göttingen 1907).
v. Mayr, G.; Statistik und Gesellschaftslehre (2. Aufl. Tübingen 1914).
Oppenheimer, F.; Die Siedlungsgenossenschaft. (Leipzig 1896).
Schott; Das Wachstum der Grosstädte seit 1871. (Stat. Jahrbuch deutscher Städte 1903/04).
Sombart, W.; Der moderne Kapitalismus (IV. Aufl. München & Leipzig 1921).
Stammler, R.; Wirtschaft und Recht (IV. Aufl. Leipzig 1921).
Voigt; Grundrente und Wohnungsfrage in Berlin und seinen Vororten (Jena 1901).
Weber, F.; The growth of great Cities; (Diss. New-York 1899).

Andere Quellen:

Eidgenössische Fabrikstatistiken 1895, 1901, 1911, 1923.
Eidgenössische Volkszählungen von 1850—1920.
Berichte der eidg. Fabrikinspektoren.
Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl.
Statistisches Jahrbuch des Kantons Baselstadt.
Mitteilungen des stat. Amtes des Kts. Baselstadt: Heft 4, 28.
Statistik der Stadt Zürich, Heft 6.
Jahresberichte der Basler Handelskammer.
Niederlassungs- und Aufenthalterkontrollen verschiedener Vorortsgemeinden.

Einleitung.

Die vorliegende Arbeit ist ein Beitrag zum Nachweis der Verkehrsbeziehungen von Stadt und Vorortsgemeinden im Wirtschaftsgebiet der Stadt Basel. In Abweichung von den bisherigen Untersuchungsmethoden gehe ich von der Voraussetzung aus, das ganze grosstädtische Agglomerationsproblem sei auf eine Verursachung, das herrschende kapitalistische Wirtschaftssystem zurückzuführen. Unter diesem Gesichtswinkel sind meines Erachtens die Erscheinungsformen der Bevölkerungskonzentration in den städtischen Wirtschaftsgebieten zu beurteilen. Eine solche Auffassung bedingt zunächst eine problematische Erörterung der dem herrschenden Wirtschaftssystem entspringenden Agglomerationsursachen und -Wirkungen. Nach diesem Versuche ist das Phänomen der grosstädtischen Bevölkerungsanhäufung, insbesondere die Entwicklung der Vorortsgemeinden aus der Entwicklung des Wirtschaftsgebietes der Stadt nachzuweisen. Die Sonderstellung der Vorortsgemeinden ist meines Wissens in den bisherigen Untersuchungen der grosstädtischen Agglomeration noch nicht hervorgehoben worden; sie ist in der vorliegenden Arbeit in erster Linie darzustellen. Die Bedeutung der Vorortsgemeinden hat im Laufe der Untersuchungsperiode von 1860 bis zur Gegenwart eine Wandlung erfahren. Ihre ursprüngliche Entwicklung als Wohnkolonien städtischer Erwerbsbevölkerung ist in der neuesten Zeit in ein anderes Entwicklungsstadium übergetreten; eine wesentliche Verselbständigung der Vorortsgemeinden ist deren Wirkung. In der Entfaltung der *Stadt Basel* und der Grosstädte überhaupt ist seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts eine wachsende Dezentralisationstendenz eingetreten nicht nur der Bevölkerung, sondern auch eine bedeutende industrielle Dezentralisation. Der Nachweis der Ursachen, Wirkungen und Wandlungen, die die Bedeutung und Stellung der Vorortsgemeinden der Stadt Basel im Laufe der geschichtlichen Entwicklung verändert haben, ist Untersuchungsobjekt.

Es sei mir an dieser Stelle gestattet, den Gemeindeverwaltungen der verschiedenen Vorortsgemeinden, dem eidg. Fabrikinspektorat in Aarau und zahlreichen Industriebetrieben, für die Auskunft und das Entgegenkommen, das sie mir bei der Durchführung dieser Arbeit zuteil werden liessen, meinen verbindlichen Dank auszusprechen. Ganz besonders aber bin ich Herrn Prof. Mangold, unter dessen Anleitung die Arbeit durchgeführt wurde, zu grossem Dank verpflichtet.

A. Problemstellung.

I. Die grosstädtische Agglomeration als eine Massenerscheinung der kapitalistischen Wirtschaft.

Die moderne Grosstadtentwicklung ist eine Erscheinung, die erst in der kapitalistischen Wirtschaft als typisches Phänomen auftritt; es liegt somit eine Zurückführung der Städteentfaltung auf das herrschende Wirtschaftssystem auf der Hand. [1]) Die grosstädtische Agglomeration ist nicht nur durch eine Bevölkerungsvermehrung im eigentlichen Stadtgebiet gekennzeichnet, sondern erstreckt sich weit über die Stadtgrenzen hinaus. Die Erscheinungsformen in der modernen Bevölkerungsanhäufung sind so verschiedenartig, dass man sich füglich fragen kann, ob sie alle auf einen Nenner resp. eine Verursachung zurückführbar sind. Lässt sich dergestalt eine nach einheitlichen Grundsätzen erkennbare Entwicklung nachweisen, so ist nicht nur ein Beitrag zur bisherigen Städteentfaltung gewonnen, sondern aus den geschichtlichen Erfahrungstatsachen werden sich Entwicklungstendenzen ergeben, die unabhängig von andern äussern Einflüssen für die zukünftige Entfaltung des grosstädtischen Wirtschaftsgebietes richtungsbestimmend sein werden. Nicht alle Erscheinungsformen der modernen Grosstadtbildung können in diesem Zusammenhang untersucht werden; diese Arbeit beschränkt sich auf die aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem hervorgehenden Wirkungen.

Erst bei solcher Betrachtung der modernen Grosstadt wird die Vielheit von Erscheinungen nach einheitlichen Gesichtspunkten zu ordnen und werden die innern Zusammenhänge und Abhängigkeitsverhältnisse in der Städteentfaltung zu erkennen sein.

Meines Wissens hat Sombart diese Auffassung der Städtetheorie[2]), die auf der Natur der hochkapitalistischen Wirtschaft aufbaut, begründet. Er erkennt in der modernen Grosstadt eine Sondererscheinung der Länder mit kapitalistischer Produktion. Auf dieser Hypothese baut auch die vorliegende Arbeit auf. In allen Ländern mit kapitalistischer Produktion lässt sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als gemeinsames Charakteristikum

[1]) vgl. Sombart, Der moderne Kapitalismus. IV. Aufl. Leipzig 1921.
[2]) Sombart, a. a. O.

ein rascheres Anwachsen der städtischen als der ländlichen Bevölkerung erkennen und zwar hauptsächlich eine Grosstadtbildung[1]).

Da gerade die Zeitepoche, in der die moderne Grosstadtentwicklung beginnt, auf den verschiedensten Gebieten menschlicher Betätigung zum Teil weittragende Umwälzungen aufweist, ist eine vielfach heute noch bestehende Meinungsverschiedenheit über die Entstehungsgründe der neueren Stadtentfaltung aufzuklären. Namentlich zwei Momente sind irrtümlich als Ursache der modernen Grosstadtentwicklung aufgefasst worden: der Uebergang vom Zunftzwang zur Gewerbefreiheit und die Niederlassungsfreiheit einerseits, die Entwicklung der Technik (vorab die Mechanisierung des Produktionsprozesses und die Anwendung der Dampfmaschine im Dienste des Verkehrswesens) anderseits. Die Untersuchung des Meinungsstreites über die Grosstadtentwicklung, d. h. deren Verursachung lässt sich auf eine Begriffverwirrung von objektiver Voraussetzung und Ursache zurückführen.

Es handelt sich folglich zunächst um die Gliederung in objektive und ursächliche Faktoren der Grosstadtbildung. Die Begriffe Ursache und objektive Voraussetzung in der grosstädtischen Agglomeration lassen sich deutlich unterscheiden, wenn man die Agglomeration nach sozialökonomischen Gesichtspunkten durch das Merkmal der Massenerscheinung charakterisiert. Ergeben sich Anhaltspunkte, die Massenerscheinung als zwingende Folge einer Verursachung anzunehmen? Nach meinem Dafürhalten treffen diese Gesichtspunkte auf die Agglomeration zu: sie ist als ein ökonomisches Phänomen aufzufassen, d. h. eine Erscheinung, die unter der betreffenden sozialen Regelung bei obwaltenden Umständen sicher so kommen musste, wie es geschehen[2]).

Diese Auffassung lässt logischerweise im Fortschritt der Technik, der Niederlassungs- und Gewerbefreiheit keineswegs die Eigenschaften des ökonomischen Phänomens, das mit Naturnotwendigkeit zur heutigen Grosstadtbildung geführt hat, erkennen. Diesen Faktoren fällt eine andere nicht ursächliche Bedeutung zu[3]).

---

[1]) Die Städte des Altertums sind nach Sombart grosse Städte, aber keine Grosstädte.

[2]) Stammler, Wirtschaft und Recht, IV. Aufl. Leipzig 1921, S. 245.

[3]) 1. Das Recht der freien Niederlassung: Die Niederlassungsfreiheit als solche kann niemals Ursache grosstädtischer Agglomeration sein; es liegt darin absolut kein Motiv zwingender Konzentrationstendenz, oder nach Stammler, eine Erscheinung, die unter der betr. sozialen Regelung sicher so kommen musste, wie es geschehen. Mit ganz glei-

Den Nachweis zwingender Notwendigkeit der modernen Grossstadtentwicklung aus dem kapitalistischen Wirtschaftssysteme hat Sombart erbracht; die Richtigkeit seiner Beweisführung ist Voraussetzung unserer Arbeit.

Die kausal durch die kapitalistische Wirtschaft bedingte Grossstadtbildung liegt nach Sombarts Auffassung im «Verwertungsstreben des Kapitals als primär wirkende Ursache, letzte treibende Kraft der modernen wirtschaftlichen Entwicklung».[1])

Bei der Entwicklungsmöglichkeit der Städte[2]) in der neueren und neuesten Zeit ergibt sich nach Sombart eine Dreiteilung in

1. Handelsstadt
2. Frühkapitalistische Stadt
3. Hochkapitalistische Stadt.[3])

Die *Handelsstadt* ist die ursprünglichste Form unserer meisten heutigen Städte. Ihre Ausdehnungsmöglichkeit ist wesentlich beschränkt, da gewaltige Warenmengen umgesetzt werden müssen, um eine gewisse Bevölkerung aus dem Handelsgewinn ernähren zu können.

Hier ist nur die Entwicklung der Städte in der hochkapitalistischen Wirtschaftsepoche Untersuchungsobjekt. Die Bedeutung der grosstädtischen Agglomeration wird aber erst aus der, dieser Periode unmittelbar vorausgehenden frühkapitalistischen Stadtentfaltung ersichtlich.

Die Entwicklung der *Industriestadt* in der frühkapitalistischen Periode ist durch eine weitgehende Dezentralisation gekennzeichnet.[4])

---

cher Wahrscheinlichkeit und Berechtigung könnte die Niederlassungsfreiheit auch das Gegenteil, also weitgehende Dezentralisation bewirkt haben.

2. Ebenso wenig kann der notwenidige Zusammenhang kausaler Abhängigkeit der Agglomeration aus dem Bestehen einer Eisenbahn erbracht werden; auch diesem Faktor muss eine ursächliche Herbeiführung der grosstädtischen Agglomeration abgesprochen werden. Als Agglomerationsfaktor hat sie nur eine Intensivierung der Grosstadtbildung hervorgerufen.

[1]) Sombart, a. a. O.

[2]) Sombart, a. a. O.

[3]) Die Reihenfolge entspricht dem geschichtlichen Verlauf der Städtebildung. Nicht alle unsere modernen Städte, hauptsächlich die Grosstädte haben sämtliche Stufen dieser Entwicklungsreihe durchlaufen.

[4]) Sombart, a. a. O.; er unterscheidet eine Dezentralisation in dreifacher Hinsicht:

a. Dezentralisation über den Ort hin, lokale Dezentralisation;

b. Dezentralisation über die Gegend hin, territoriale Dezentralisation;

c. Dezentralisation über das Land hin, nationale Dezentralisation.

a) «Die lokale Dezentralisation ist bedingt durch die hausindustrielle

In der *frühkapitalistischen Epoche* lässt sich die weitgehende Verwertung des Kapitals infolge der angeführten Gründe, nur mit einer lokalen und territorialen Dezentralisation der Betriebe erreichen, während im Hochkapitalismus diese Hemmungen behoben sind und die intensivste Verwertung des Kapitals in einer Zentralisation der Betriebe zu erreichen ist. Unter dem Gesichtswinkel der grosstädtischen Agglomeration scheinen Bedeutung und Stellung des kapitalistischen Systems einerseits und Vervollkommnung der Technik, sowie Niederlassungs- und Gewerbefreiheit andererseits klar hervorzugehen. Den zuletzt angeführten Faktoren (Technik, Niederlassungs- und Gewerbefreiheit) kommt lediglich die Stellung der objektiven Voraussetzung zu.

Es ist zunächst festzustellen, unter welchen Bedingungen die kapitalistische Industrie städtebildende Kraft erhält[1]). Von grundlegender Bedeutung ist die Zentralisation der Betriebe. Diese Zusammenlegung ehemaliger hausindustrieller Gewerbe zu eigentlichen industriellen Ansiedelungen ist geeignet, zum Kern einer Industriestadt zu werden; das Vorhandensein einer Reihe gewerblicher Etablissemente übt eine Anziehungskraft auf andere aus. Zunächst derselben Branche. Dann aber ergibt sich die Tendenz zur Angliederung anderer Industriezweige.

1. Hilfsindustrien: z. B. Maschinen und chemische Industrie in der Nähe der Textilindustrie (vgl. Basels Bedeutung für die chemische und die Textilindustrie).

2. Komplementärindustrien, die sich vorteilhaft an den Produktionsprozess einer bestehenden Industrie anschliessen. (Hochöfen in Kohlengegenden; Maschinen- und Textilindustrie).

3. Supplementärindustrien, Niederlassung von Frauenindustrien (Weberei, Spinnerei) neben Männerindustrien (Maschinen und chemische Industrie).

Auf diese Weise entsteht die reine Industriestadt. Ihr Wachstum vollzieht sich im Gegensatz zu den übrigen Städtetypen mit

---

Betriebsorganisation, die noch zu keiner Vergesellschaftung der Arbeitskräfte und dementsprechend ihrer Vereinigung in geschlossenen Betrieben geführt hat». (Seidenbandindustrie in Basel).

b) Eine territoriale Dezentralisation wird verursacht durch die Nutzung der Wasserläufe als treibende Kraft. Ebenso wirkt die starke Holznutzung in dezentralistischer Richtung. Solange das Holz der Wälder derjenige Roh- und Hilfsstoff bleibt, um den sich die gewerbliche Tätigkeit vornehmlich gruppiert, ist bei gleichmässiger Verteilung der Wälder für eine weitgehende territoriale Dezentralisation gesorgt.

[1]) Sombart a. a. O. Dank der Entwicklung der Arbeits- und Kraftmaschinerie geht ein grosser Teil früherer Hausindustrie zum gesellschaftlichen Grossbetrieb über (besonders bedeutsam in der Textilindustrie). Die Zentralisation der Betriebe bewirkt eine räumliche Zusammendrängung früher voneinander getrennter Etablissemente an einem Orte.

grosser Schnelligkeit, entsprechend dem in schnellem Tempo steigenden Exploitationsbedürfnis des Kapitals (vgl. das Wachstum der amerikanischen Grosstädte).

Die Zweckmässigkeitsrücksichten, die zur Wahl des Standortes der Industrie in der Stadt geführt haben, sind folgende:

1. Nähe der Handels- und Kreditunternehmungen.
2. Sicherheit, hochqualifizierte Arbeiter am Platze zu finden.
3. Nähe wissenschaftlicher und technischer Hilfskräfte.
4. Angebot billiger Arbeitskräfte.
5. Absatzmöglichkeit am Herstellungsort.

Da die gegenteilige Auffassung über die Verursachung grosstädtischer Agglomeration, wie sie in den Darstellungen von Hannsen[1]) und Ammon[2]) zum Ausdruck kommt, von anderer Voraussetzung ausgeht, erübrigt sich eine Kontroverse. Das ganze Wanderungsproblem vom Lande in die Stadt, das nach Sombarts Auffassung als Wirkung der industriellen Entwicklung der Stadt zu betrachten ist, wird dort aus den Wirkungen von Naturtrieben und natürlichen Gesetzen abgeleitet.

Verursachung und objektive Voraussetzung der grossstädtischen Agglomeration haben eine klare Scheidung der städtebildenden Faktoren in zwei Gruppen ergeben. Eine erschöpfende Untersuchung des ganzen grosstädtischen Agglomerationsproblems würde den Rahmen dieser Arbeit überschreiten. Ich beschränke mich in der Hauptsache auf die Agglomeration in den Vorortsgemeinden. Der Einfluss der Stadt erstreckt sich weit über deren politische Grenzen hinaus, und die Vorortsgemeinden bilden mit der Stadt ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet. Die Stellung und Bedeutung der Vorortsgemeinden im Rahmen des gesamten städtischen Wirtschaftsgebietes ist Untersuchungsobjekt.

Die Entwicklung der Vorortsgemeinden kann aber ihrem Wesen nach nur dann vollständig erfasst werden, wenn sie als das aufgefasst wird, was sie in Wirklichkeit ist: als eine Auswirkung des grosstädtischen Arbeitsbedarfes. Eine Untersuchung der Entfaltung der Vorortsgemeinden muss daher immer in enger Anlehnung an die Entwicklung der eigentlichen Stadt vorgenommen werden. Bei dieser Betrachtung ergibt sich von selbst, dass zuerst die Wirkungen der Agglomeration in der engern Stadt als das primäre festzustellen sein werden und dann auf die Stellung der Vorortsgemeinden in dieser grosstädtischen Agglomeration eingegangen werden kann.

---

[1]) Hannsen, Die drei Bevölkerungsstufen, München 1889.

[2]) Ammon, Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen. 3. Aufl. Jena 1900.

B. Allgemeiner Teil.

I. Die Konjunkturschwankungen im kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Die grosstädtische Agglomeration wird als Phänomen des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems aufgefasst. Das Abhängigkeitsverhältnis von kapitalistischer Wirtschaft und grossstädtischer Agglomeration bedingt, in der Untersuchung vom Wesen des Ursächlichen auszugehen, um die Wirkungen des Abhängigen und bedingten zu erkennen. Nicht nur die Entstehung der modernen Grosstadt (Gesamtwirtschaftgebiet der Grosstadt) sondern auch deren Weiterentwicklung und somit auch ihr heutiger Stand sind unter dem Gesichtswinkel des herrschenden Wirtschaftssystems zu betrachten.

Ein Merkmal der kapitalistischen Industrie sind die periodischen Schwankungen im Wirtschaftsleben. Meine Arbeit baut auf historisch feststellbarem Tatsachenmaterial auf. Der Meinungsstreit, ob die Schwankungen im Wirtschaftsleben mit den beiden Extremen Krise und Hochkonjunktur aus der Natur der kapitalistischen Organisation selbst erfolgen, dieser also imanent oder endogen sind, oder ob die Schwankungen, hier namentlich die Krisen, krankhafte, abnormale Zustände im kapitalistischen Wirtschaftsleben sind, wird daher ausser Frage stehen[1]). Cassel namentlich vertritt die Auffassung, dass aus der bisherigen Konjunkturforschung der Beweis der periodischen Schwankungen, als eine der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation innewohnende bleibende Erscheinung noch nicht erbracht sei, dass vielmehr noch die Möglichkeit bestehe, dass die Krisen nur Uebergangserscheinungen seien, die nach vollständiger Durchsetzung des kapitalistischen Systems vielleicht wieder verschwinden oder zumindest ihre bisherige Bedeutung verlieren könnten[1]).

Dieser gesamte Fragenkomplex der Begründung der Konjunkturschwankungen ist in unserm gestellten Aufgabenkreis von untergeordneter Bedeutung; ich stelle lediglich auf das Erfahrungsmaterial für die zu untersuchende Periode ab. Die bisherigen periodischen Schwankungen im Wirtschaftsleben haben sich in einem Zeitraume von sechs bis zehn Jahren abgewickelt, d. h. in

---

[1]) Cassel, Theoretische Sozialökonomie, Leipzig 1918, S. 512.

dieser Zeitspanne hat das Wirtschaftsleben alle Stadien der konjunkturalen Fluktuationen einmal durchgangen.

Bis heute ist allerdings noch kein einziges eindeutiges Konjunktursymptom bekannt, das die jeweilige Wirtschaftslage ohne weiteres erkennen lässt. Dagegen gehen aus einer Reihe von Nebenerscheinungen der Konjunkturbewegung Anhaltspunkte zur Beurteilung der Dynamik im Wirtschaftsleben hervor. Meines Erachtens ist auch die grosstädtische Agglomeration den konjunkturalen Fluktuationen unterworfen; es wird sich hauptsächlich im speziellen Teil dieser Arbeit darum handeln, festzustellen, in welchem Masse die Konjunkturschwankungen in der grossstädtischen Agglomeration zur Auswirkung kommen.

Wie lassen sich die periodischen Schwankungen in der grossstädtischen Agglomeration nachweisen? Die Erfahrung lehrt, dass bei aufsteigender Wirtschaftsperiode der Arbeitsbedarf der städtischen Industrien zunimmt, bei wirtschaftlicher Depression dagegen abnimmt. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt kann daher als Konjunkturbarometer betrachtet werden. Es finden sich allerdings zwei Erscheinungen, die unabhängig voneinander auf Angebot und Nachfrage einwirken Auf der einen Seite stehen die Industrien, in denen Schwankungen im Arbeitsbedarf durch saisonmässigen Charakter des betr. Industriezweiges bedingt sind; auf der andern Seite die Schwankungen, die durch die über mehrere Jahre sich erstreckenden zyklischen Bewegungen des Wirtschaftslebens verursacht sind. Lorenz[1]) stellt für die Stadt Zürich fest, dass das Baugewerbe mit einer prozentualen Schwankung von 183% im Arbeiterbedarf ein Maximum und die Textilindustrie mit einer Schwankung von 28% ein Minimum der saisonmässigen Schwankungen innert Jahresfrist darstellen[2]).

Da das Baugewerbe in ganz besonderem Masse auch den Schwankungen konjunkturaler Fluktuationen unterworfen ist, so scheint ein Auseinanderhalten der durch saisonmässige und konjunkturale Schwankungen bedingte Veränderung von Arbeitsangebot und Nachfrage aber in Frage gestellt.

Die saisonmässigen Schwankungen wiederholen sich jedoch jährlich; der durch sie bewirkte jährliche Arbeitseffekt bleibt immer gleich, und folglich verursacht dieser Faktor in den konjunkturalen Fluktuationen keine Störungen.

In der Produktion von festem Kapital sind besonders deutlich die Schwankungen im Wirtschaftsleben zu erkennen, und zwar

[1]) Lorenz, Die Fluktuationen der industriellen Bevölkerung und die Schwankungen im Beschäftigungsgrad. (Ztschrft. f. S. St. & Volksw. 1914).

[2]) Die Untersuchung beruht auf der Betriebszählung von 1905.

nimmt sie bei steigender Konjunktur zu, bei sinkender ab oder bleibt stationär[1]). In der grosstädtischen Agglomeration findet man zwei Erscheinungen, die u. E. besonders deutlich die konjunkturalen Fluktuationen im Wirtschaftsleben nachweisen lassen

1. Die Wanderungsintensität.
2. Die Bautätigkeit.

a. Der Einfluss konjunkturaler Fluktuationen auf den Arbeitsbedarf der Grosstadt.

Die Produktionskrisen[2]) machen sich in erster Linie in einer Stockung der Produktion bemerkbar und müssen folglich auch eine Rückwirkung auf die Produktionsfaktoren ausüben. Ein wesentlicher Produktionsfaktor ist die menschliche Arbeitskraft. Die Periode wirtschaftlichen Aufschwungs ist durch gesteigerte Arbeitsnachfrage gekennzeichnet, die Periode wirtschaftlicher Depression durch eine Verminderung der Nachfrage. Die Lage des Arbeitsmarktes wird daher die Konjunkturschwankungen erkennen lassen. In der Hochkonjunkturperiode vermag das Arbeitsangebot der städtischen Arbeiter die gesteigerte Nachfrage nicht zu befriedigen; ein Zuschuss erfolgt aus Orten, die einen Arbeiterüberschuss aufweisen, vornehmlich vom Lande und aus kleineren Städten durch die Wanderung in die Stadt. Lorenz[3]) stellt fest, dass innerhalb der Gesamtfluktuation der industriellen Bevölkerung, jene der Arbeiterschaft unbedingt den Ausschlag gebe. Die Voraussetzung, der Wanderungseffekt sei typisches Merkmal des Arbeiterbedarfes der Grosstadt, dürfte daher nur unbedeutend von den tatsächlichen Verhältnissen abweichen. Die Schwankungen des Arbeiterbedarfes der Grosstadt müssen somit aus der Intensität der Wanderungen ersichtlich sein.

In der Periode der Hochkonjunktur vermag das Arbeitsangebot der städtischen Arbeiter der Nachfrage nicht zu genügen; umgekehrt wird in den Zeiten wirtschaftlicher Depression, wo der Beschäftigungsgrad in den Industrien zurückgeht, eine Erhöhung des Arbeitsangebotes gegenüber der Nachfrage zur Auswirkung kommen. Die zentripetale Wanderung nach der Stadt erfährt in dieser Periode eine Abschwächung. Die Abwanderung vom Lande in die Stadt ist nicht gleichmässig; ihr Verlauf unterliegt den Wirkungen konjunkturaler Fluktuationen.

Nach Cassel ist der auf die allgemeinen Konjunkturen zurück-

---

[1]) Cassel, a. a. O. S. 491.
[2]) Cassel, a. a. O. S. 498.
[3]) Lorenz, a. a. O.

zuführende Beschäftigungsgrad ausschliesslich durch den Beschäftigungsgrad der Produktion von festem Kapitel bedingt[1]).

In der der Hochkonjunktur folgenden Depression tritt eine Arbeitslosigkeit ein, die in den ersten Jahren des anschliessenden Aufschwungs wieder verschwindet. Der Arbeiterbedarf der beginnenden Aufgangsperiode wird durch Wiedereinstellung der Arbeitslosen der vorausgehenden Depressionsperiode befriedigt; der Vorgang kann wenigstens arithmetisch so gedacht werden. «Sicher ist die eigentliche Hochkonjunktur zur Deckung ihres Arbeiterbedarfes wesentlich auf Zuschuss von aussen angewiesen»[2]).

Die Abwanderung von der Landwirtschaft ist nicht gleichmässig gewesen, sondern hat sich bis zu einem gewissen Grade in den Hochkonjunkturen konzentriert. Nur die Aufspeicherung von Arbeitskräften, welche in den Depressionsperioden in der Landwirtschaft stattfand, hat eine Deckung dieses ausserordentlichen Bedarfes der Hochkonjunktur an Arbeitskraft ermöglicht[3]).

b. **Der Einfluss konjunkturaler Fluktuationen auf die Produktion von festem Kapital.**

Cassel hat nachgewiesen, dass die konjunkturalen Fluktuationen aus der Produktion von festem Kapital am deutlichsten ersichtlich seien. Das wichtigste feste Kapital der modernen Wirtschaft besteht in Gebäuden, namentlich Wohnungen, Fabriken und in Eisenbahnen[4]). Merkwürdigerweise wird bei der Produktion festen Kapitales das Maximum der Bautätigkeit vor dem Ende der Hochkonjunktur erreicht. Die Höhe des Zinsfusses ist entscheidend für die Intensität der Produktion neuen festen Kapitales: ein niedriger Zinsfuss wirkt stimulierend, ein hoher Zinsfuss hemmend. In der Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges, namentlich gegen den Abschluss der Hochkonjunktur werden die Ansprüche an den Kapitalmarkt derart gesteigert, dass eine Verknappung der zur Verfügung stehenden Geldmittel sich fühlbar macht und eine Steigerung der Zinssätze bewirkt wird.

Das vorausgehende Maximum der Bautätigkeit vor dem Abschluss der Hochkonjunktur ist somit eine Folge der Konjunkturwirkungen. Da nicht nur die Höhe des Zinsfusses allein, sondern auch der jeweilige Wohnungsbedarf für die Intensität der Bautätigkeit massgebend ist, so muss eine genaue Fixierung dieser

---

[1]) Cassel, a. a. O. S. 499.
[2]) Cassel, a. a. O. S. 504.
[3]) Cassel, a. a. O. S. 507.
[4]) Cassel, a. a. O. S. 485.

zeitlichen Verschiebung vorläufig noch als ausgeschlossen betrachtet werden[1]).

Da die Produktion von festem Kapital, insbesondere die Wohnungsbautätigkeit ihren Höhepunkt vor dem Abschluss der Hochkonjunktur überschreitet (vgl. S. 10), muss folglich auch die unterschiedliche Wanderungsintensität, die nach Cassel ausschliesslich durch die Produktion von festem Kapital bedingt ist, ebenfalls vor dem Scheitelpunkt des Hochschwunges ihr Maximum erreichen.

II. Die objektiven Voraussetzungen der grossstädtischen Agglomeration.

Im kapitalistischen Wirtschaftssystem haben sich die Ursachen der Grosstadtbildung erkennen lassen. Konnte die Grosstadtbildung unter allen Umständen aus dem herrschenden Wirtschaftssysteme hervorgehen, oder mussten gewisse Bedingungen erfüllt sein, die ihre Durchsetzung erst ermöglichten? Unter diesem Gesichtswinkel sind die Faktoren heranzuziehen, die vielfach als Ursache der modernen Grosstadtbildung bezeichnet wurden. Auf die Abgrenzung zwischen Ursache und objektiver Voraussetzung ist bereits hingewiesen worden. Objektive Voraussetzungen sind alle Bedingungen, die zur restlosen Auswirkung des ökonomischen Phänomens erfüllt sein müssen. Wir unterscheiden zwei Gruppen objektiver Voraussetzungen:

a) rechtliche,
b) technische.

a) *Die rechtlichen Voraussetzungen.* Die bedeutendsten Voraussetzungen rechtlicher Natur, die den Agglomerationsprozess erst in Bewegung kommen liessen, sind die Gewerbe- und Niederlas-

---

[1]) vgl. Schweizer Schriften für rationelles Wirtschaften; Bernet, Konjunkturforschung. Das «Institut für Konjunkturforschung» in Berlin in Anlehnung an die Untersuchungen der Havard Universität verwertet die Zeitfolgentheorie. Sie beruht auf den zeitlichen Verschiebungen der Konjunkturbewegung des Effekten-, Waren- und Kapitalmarktes.

Kurve A. (Effektenmarkt) wird als Vorläufer der Konjunktur bezeichnet und aus den Industrieaktienkursen und deren Umsatztätigkeit an der Börse gebildet.

Kurve B. (Warenmarkt) umfasst den Warenumsatz und wird mit Hilfe eines Preisindexes gebildet.

Kurve C. (Geldmarkt) wird durch die Vorgänge auf dem Geldmarkt gekennzeichnet und erstreckt sich wesentlich auf den Diskontosatz.

Eine Uebertragung der drei Kurven auf unser Untersuchungsobjekt (Stadt Basel) ist infolge des Mangels der notwendigen statistischen Unterlagen nicht durchführbar und würde ausserdem über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen.

sungsfreiheit. Es ist eine Aufgabe für sich, die Durchsetzung dieser Rechtsveränderungen zu untersuchen, eine Aufgabe, die für unser Wirtschaftsgebiet bereits gelöst ist[1]). Es bleibt nur festzustellen, wann für unsern speziellen Fall — die Stadt Basel — die Voraussetzungen erfüllt sind, die zur Auswirkung der grossstädtischen Agglomeration notwendig erscheinen.

Die nachstehenden Angaben stützen sich auf die eingehende Darstellung der Umwälzung dieser Rechtsverhältnisse in der Arbeit von Higy[2]). Der Verfasser weist nach, dass diese Veränderung keine plötzliche gewesen, sondern sich Schritt für Schritt im Laufe verschiedener Jahrzehnte durchgesetzt hat. Es erübrigt sich auf Einzelheiten einzugehen. Die ersten Angriffe gegen das starre Zunftsystem fallen in die Zeit der Helvetik. Bereits 1878 wird der Schweiz die vollständige Niederlassungs- und Gewerbefreiheit aufoktroyiert. Nach Aufhebung der helvetischen Verfassung und ihrer Ersetzung durch die Mediationsverfassung erfolgt ein Rückschritt, der beinahe wieder den Zustand vor 1798 herstellt. Die 1815 einsetzende Restauration bringt gegenüber der Zeit vor 1798 immerhin den Fortschritt, dass die mittelalterliche Ueber- und Unterordnung von Stadt und Land aufgehoben ist und nunmehr beide Stadt und Landschaft nebeneinander den Kanton bilden.

Eine vollständige Abschliessung von Stadt und Landschaft wird dann durch die Folgen der Trennung von 1830—33 hervorgerufen.

Die erste Bundesverfassung von 1848 hebt die Verkehrssperre zwischen Baselland und Baselstadt (gegenseitiges Einfuhrverbot von Gewerbeerzeugnissen) infolge der Statuierung der Handels- und Gewerbefreiheit auf; trotzdem wird aber in Baselstadt weiterhin die Ausübung eines Berufes auf städtischem Boden an die Niederlassung daselbst gebunden. Die Basler Gesetzgebung steht in der Zeit von 1848 bis ca. 1860 mit der Bundesverfassung im Widerspruch; sie setzt der Niederlassungs- und Gewerbefreiheit bedeutend engere Grenzen als sie die Bundesverfassung garantiert.

Die vollständige Durchsetzung der Niederlassungs- und Gewerbefreiheit in Basel fällt erst ins Jahrzehnt 1860—1870. Der Ausgangspunkt unserer Untersuchungen ist somit in diese Zeit zu verlegen, in der zugleich die moderne grosstädtische Agglomeration in der Stadt Basel einsetzt. Die Entwicklung der Vorortsgemeinden, die ja eine charakteristische Erscheinung im Wesen der grosstädtischen Agglomeration bildet, bestätigt diese Annahme. Die eigentliche Grosstadtentwicklung, mit ihren typischen Aus-

[1]) Higy, Vom Zunftzwang zur Gewerbefreiheit in der Stadt Basel.
[2]) Higy, a. a. O.

wirkungen — der Entwicklung der Vorortsgemeinden — lässt sich von diesem Zeitpunkt an erkennen.

b) *Die technischen Voraussetzungen.* Hier kommen weniger Voraussetzungen in dem von uns angeführten Sinne in Frage; vielmehr sind es Faktoren, die den Agglomerationsprozess beschleunigt und erleichtert haben[1]).

Eine Reihe von Erscheinungen sind jedoch als eigentliche technische Voraussetzungen aufzufassen. Die Anwendung der Dampfmaschine in der Industrie und im Verkehrswesen vermag einerseits durch die Mechanisierung der Industrie einer gesteigerten Arbeitermasse Beschäftigung zu gewähren und ermöglicht andererseits eine starke Erweiterung des Absatzmarktes für gewerbliche und industrielle Produkte.

Die objektiven Voraussetzungen werden im weitern Verlauf der Arbeit nicht mehr berücksichtigt. Lediglich die typischerweise dem kapitalistischen Wirtschaftsstreben entspringenden Faktoren sind engeres Untersuchungsobjekt.

III. Die Erscheinungsformen der grosstädtischen Agglomeration.

a. Die Wanderungserscheinungen im Bevölkerungswesen.

Unter den der Statistik zugänglichen Massenerscheinungen des sozialen Lebens gibt es kaum eine, die so sehr unter das allgemeine Gesetz der Kausalität zu fallen scheint, als die Wanderungen, kaum eine aber auch, über deren Verursachung so verwirrende Vorstellungen herrschen, als diese[2]).

---

[1]) Sombart, a. a. O .S. 131.

Sombart hat folgende Systematik entwickelt:

1. Die Grösse einer Stadt wird bedingt durch die Grösse des Produkts ihres Unterhaltungsgebietes und die Höhe ihres Anteils daran, den wir Mehrprodukt nennen können.

2. Bei gegebener Grösse des Unterhaltsgebietes und (durch Fruchtbarkeitsgrad der Gegend oder Stand der landwirtschaftlichen Technik) gegebener Grösse des Gesamtprodukts hängt ihre Grösse von der Höhe des Mehrprodukts ab.

3. Bei gegebener Grösse des Unterhaltsgebietes und gegebener Höhe des Mehrprodukts ist die Grösse der Stadt bedingt durch die Fruchtbarkeit des Bodens oder den Stand der landwirtschaftlichen Technik.

4. Bei gegebener Höhe des Mehrprodukts und gegebener Ergiebigkeit des Bodens ist die Grösse der Stadt bedingt durch die Weite ihres Unterhaltsgebietes (Möglichkeit grösserer Hauptstädte in grössern Reichen).

5. Die Weite des Unterhaltsgebietes ist bedingt durch den Entwicklungsgrad der Verkehrstechnik.

[2]) v. Mayr. Statistik und Gesellschaftslehre. (Thübingen 1914).

Die Bedeutung der Wanderungserscheinungen (Auswanderung und Binnenwanderung) konzentriert sich in weit stärkerem Masse auf die Binnenwanderung, d. h. die Wanderung im gleichen Staatsgebiet, als auf die Auswanderung. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land wird erst unter Berücksichtigung der Binnenwanderung ins rechte Licht gerückt und nur mit ihr restlos erklärt werden können.

Das Problem der Binnenwanderung kann nach verschiedenen Gesichtspunkten gegliedert werden. Bücher unterscheidet Wanderungen:[1])

mit steter Ortsveränderung

mit temporärer Umsiedelung

mit dauernder Umsiedelung.

Meine Untersuchung des grosstädtischen Wanderungsproblems erfasst die Wanderungen nach folgenden drei Gesichtspunkten:

a) Ausgangspunkt der Wanderung.

b) Endpunkt der Wanderung.

c) Temporäre Umsiedelung[2]).

Orte, die Häufungspunkte im Ausgangs- oder Endpunkt der Wanderung aufweisen, werden als menschenproduzierende und konsumierende Landesteile bezeichnet[3]). Erstere sind in der Hauptsache das platte Land, letztere vorwiegend die grossen Städte und Industriezentren.

Die Untersuchung der Wanderbevölkerung während der temporären Umsiedelung hat meines Wsisens in der Literatur noch keine erschöpfende Bearbeitung gefunden und soll daher im folgenden zweiten und dritten Teil eingehend beleuchtet werden.

Die eigenartige Gestaltung der Bevölkerungsdichte in Grossstädten tritt am deutlichsten zu Tage, wenn man nicht den Augenblicksstand der verschiedenen Dichtegrade betrachtet, sondern die zeitlichen Veränderungen, welche sich in der Bevölkerungsdichte und überhaupt in der gesamten Bevölkerungsausstattung

---

[1]) Bücher, Statistik der inneren Wanderungen. (Ztschrft. f. S. St. Y Vw. 1887).

[2]) Die Begriffe «temporäre Umsiedelung» decken sich bei Bücher und meiner Arbeit nicht. Bücher versteht darunter die saisonmässig Wandernden, die nur zu Erwerbszwecken vorübergehend einen Wohnungswechsel vornehmen und wieder zum Ausgangspunkt zurückkehren. Ich verstehe darunter die Wandernden, die zum Zweck eines endgültigen Wohnungswechsels vom Lande in die Stadt sich vorübergehend in den Vorortsgemeinden aufhalten.

[3]) Bücher, a. a. O.

der verschiedenen Zonen und Bezirke der städtischen Bodenflächen ergeben[1]).

Zwei Elemente sind bei dieser Bevölkerungsverschiebung tätig und durch besondere Beobachtung klargelegt: einerseits die überwiegende Festhaltung des Zuzuges in den Aussenteilen der Stadt; anderseits eine Verschiebung der Stadtbevölkerung selbst in zentrifugalem Sinne[2]).

1. Die Ermittlung der Wanderungserscheinungen.

Bei der Betrachtung der Wanderungserscheinungen kann zweierlei als Ziel verfolgt werden[3]).

1. Die Wanderungsakte als solche können betrachtet werden.

2. Die Individuen, denen diese Wanderungsakte bezw. Aufenthalte angehören, sind Untersuchungsobjekt.

Im ersten Falle ist ein Vergleich mit den Zählungen des Bestandes und der Beweglichkeit der Bevölkerung gegeben; im zweiten dagegen ist es möglich, die wandernde Bevölkerung als solche der überhaupt vorhandenen gegenüber zu stellen. Sie ist nach den, für die moderne Statistik bei der Aufnahme allgemeiner Volkszählungen massgebenden Gesichtspunkten zu charakterisieren, und zwar in der Weise, dass man letztere zum Vergleiche heranzieht.

Die Untersuchung der Abhängigkeitsverhältnisse von Wanderungsintensität und konjunkturalen Fluktuationen beschränkt sich auf den ersten Fragenkomplex.

Eine erschöpfende Ermittlung der Wanderungserscheinungen hat zwei Momente ins Auge zu fassen, die Feststellung

a) des Bestandes

b) der Bewegung.

Beide kombiniert lassen alle wünschenswerten Schlüsse auf das Wanderungsproblem zu.

a) *Die Bestandesaufnahme.*

Das primäre Feststellungsmerkmal einer Wanderung liegt vor, wenn Geburts- und Aufenthaltsort einer Person nicht identisch sind. Tritt dieser Fall ein, so muss die betr. Person mindestens einmal während ihres Lebens den Wohnort gewechselt haben. Die Häufigkeit dieser Erscheinung gibt einen Gradmesser für die Beteiligung einer konkreten Bevölkerungsmasse an den Wanderungen. Aus der Divergenz von Geburts- und Wohnort wird der Tatbestand einer mindestens einmal erfolgten Wanderung erbracht. Ob die betr. Person aber verschiedene Male den Wohnort gewech-

[1]) Bücher a. a. O.

[2]) Bücher, a. a. O.

[3]) Brückner, Die Entwicklung der grosstädtischen Bevölkerung im Gebiet des deutschen Reiches. (A. St. A.)

selt hat und in welcher Art und Weise die Wanderung vollzogen wurde, ist aus der Bestandesermittlung nicht feststellbar. Zur Eruierung des zeitlichen Verlaufes der Wanderungen ist eine Ermittlung der Bewegung erforderlich.

Die Volkszählungsergebnisse lassen mit zunehmender Grösse einer Ansiedelung eine abnehmende Ortsgebürtigkeit erkennen. Ist diese Erscheinung nur auf eine intensivere Fluktuation der Bevölkerung in den Städten, vor allem in den Grosstädten zurückzuführen, oder kann sich tatsächlich die Stadtbevölkerung nicht selbst ersetzen und muss sie durch die Ueberschussbevölkerung des platten Landes erhalten werden? Diese Frage hat in den eingehenden Darstellungen von Hannsen und Ammon[1]), sowie in der kritischen Arbeit von Kuczinsky eine erschöpfende Behandlung erfahren. Diese Arbeiten haben mit unserer Untersuchung keine Berührungspunkte.

Die Bestandesaufnahme erfolgt auf Grund der Volkszählungsergebnisse. Die Gegenüberstellung entsprechender Zahlen von zwei Volkszählungen lässt die in dieser Zeitspanne erfolgte Verschiebung erkennen. Die Feststellung, wie und wann sie stattgefunden hat, bedarf einer Ermittlung der Bewegung.

b) *Die Bewegungsaufnahme.*

Die Bewegungsaufnahme hat den tatsächlichen Verlauf der Wanderungen zu untersuchen. Durch sie wird eine bis ins einzelne gehende Klarheit der Konzentrationserscheinungen erreicht und das viel umstrittene Problem der grosstädtischen Agglomeration in seinen Ursachen und Wirkungen ganz erfasst.

Die Bewegungsaufnahme ist bisher noch nicht in der ihr zukommenden Bedeutung im Konzentrationsproblem gewürdigt worden. Die Bedenken, die Brückner[2]) gegen eine Verwendung der Bewegungsergebnisse auf Grund der polizeilichen Kontrolle hegt und die jede Brauchbarkeit dieser Untersuchungsmethode in Frage stellt, richtet sich nur gegen die Vergleichbarkeit absoluter Zahlenergebnisse; diese fällt für uns nicht in Betracht.

Die Ermittlung der Bewegung wird durch eine regelmässige Fortschreibung erreicht: sie erfolgt unter Zuhilfenahme der polizeilichen An- und Abmeldungskontrolle. Bei genauer Handhabung dieser Polizeikontrolle müssen folglich alle Wanderungsakte derjenigen Personen, die dauernd oder für längere Zeit ihren bisherigen Wohnsitz verlassen, um sich anderswo anzusiedeln, in der Niederlassungs- und Aufenthalterkontrolle registriert werden.

Der Einwand Brückners geht dahin, dass die Zahl der Wanderungsakte nicht mit einer entsprechenden Zahl von gewanderten

[1]) Hannsen und Ammon, a. a. O.

[2]) Brückner, a. a. O.

Personen übereinstimme. Diese Divergenz sei die Folge der mehrfachen Anmeldung der gleichen Person und zeige sich hauptsächlich bei Studenten und Dienstboten. Bei jenen werden Doppelmeldungen dadurch möglich, dass sich Studenten, die die Ferien ausserhalb der Universitätsstadt verbringen, bei ihrem Weggang nicht abmelden und im nächsten Semester als neu zugezogen wieder angemeldet werden. Bei den Dienstboten sind mehrfache Meldungen der gleichen Person insofern möglich, als sie z. B. beim Stellenwechsel vorübergehend in die Heimat zurückkehrten, um dann als neu zugewandert wieder in der Aufenthalterkontrolle zu figurieren. Daneben hafte aber, meint Brückner, den Ergebnissen der polizeilichen Meldungen auch ein praktischer Mangel an: die Ungenauigkeit und Unzuverlässigkeit. Es sei keinerlei fester Schluss darüber möglich, in welchem Umfange der durch die Polizeiverordnungen ausgesprochenen Meldepflicht tatsächlich Folge geleistet werde. Eine Prüfung der Meldungen an Hand der Volkszählungsergebnisse lehre vor allem, dass regelmässig weit weniger Menschen aus den Wanderungen als dauernder Zuwachs der Bevölkerung verbleiben, als aus einem Vergleich der geschehenen An- und Abmeldungen hervorzugehen scheine; es ergebe sich, dass die Abmeldungen weit häufiger versäumt werden als die Anmeldungen. Ob letztere annähernd vollzählig seien, stehe dahin. Ab- und Anmeldungen enthalten jedenfalls Minimalzahlen, von denen nur die ersteren der Wirklichkeit bedeutend näher kämen.

Die Einwendungen Brückners sind zweifellos überall dort berechtigt, wo es sich darum handelt, absolute Zahlen, die aus der so ermittelten Wanderungsstatistik gewonnen werden, miteinander zu vergleichen und daraus Schlüsse zu ziehen. Ich sehe bewusst von einem Vergleiche der absoluten Wanderungsergebnisse ab und baue die Schlussfolgerungen lediglich auf dem *qualitativen Unterschied der Intensität der Wanderungen auf.* Nicht die absolute Höhe der Zahlenreihen ist ausschlaggebend, sondern die Bewegungsrichtung. Angenommen, nur Dreiviertel aller Wandernden werden von der polizeilichen Kontrolle erfasst, die Handhabung der Meldepflicht werde aber immer mit gleichbleibender Strenge durchgeführt, so muss auch der Verlauf dieser Teilwanderbewegung vermehrte oder verminderte Wanderungsintensität erkennen lassen.

Die vorliegende Arbeit will einen Vergleich der Agglomerationsintensität der Vorortsgemeinden mit derjenigen der engern Stadt anstreben und ihre Intentität oder zeitlichen Verschiebungen nachweisen. Es handelt sich also nicht um die Feststellung einer eventuellen Divergenz im Grade der Agglomerationsintensität,

sondern um die Erkenntnis zeitlicher Uebereinstimmung oder Verschiebung der Wanderungsmaxima und -minima in Grosstadt und Vorortsgemeinden.

b. Wirkungen der grosstädtischen Agglomeration.

Es ist eine überall erkennbare Tatsache, dass nicht nur die Grosstadt selbst, sondern auch deren nähere Umgebung durch den Bevölkerungszuwachs beeinflusst wird. Zweifellos ist die Agglomeration im wirtschaftlichen Zentrum, also der Stadt, und die Bevölkerungsanhäufung in den Vorortsgemeinden eine auf dieselbe Ursache zurückzuführende Erscheinung. Hier wird uns in erster Linie die Frage interessieren, ob zwischen der Agglomeration in der Stadt und den Vorortsgemeinden Unterschiede bestehen und worin diese beruhen. In dieser Untersuchung liegt das Kernproblem der vorliegenden Arbeit.

Zunächst aber ist allgemein die Ausdehnung des Agglomerationsgebietes festzustellen. Die Meinungen über die Erstreckung des Einflusses der Grosstadt über deren nähere und weitere Umgebung sind ausserordentlich verschieden.

Brückner[1]) hat den jedenfalls allgemein anwendbaren Satz aufgestellt: «Die Nähe der Grosstadt macht sich, je grösser und lebenskräftiger sie ist, in umso weiter entlegene Gebiete bemerkbar». Er untersucht jedes ausserhalb der Stadtgrenze liegende Gemeindewesen im besonderen darauf, ob seine natürlichen Lebensbedingungen in ihm selbst liegen oder in der Grosstadt, und begrenzt mit dieser Feststellung generell die Ausdehnung der grossstädtischen Agglomeration. Diese individuelle Untersuchung jedes agglomeratorischen Wirtschaftsgebietes rechtfertigt der Umstand, dass zwei gleich grosse Städte verschieden ausgedehnte Agglomerationsgebiete aufweisen können.

Die Methode von Hasse[2]), die dann später in ausführlicher Weise auch Schott[3]) anwendet, scheint eher eine generelle Abgrenzung zu ermöglichen.

Hasse unterscheidet drei Kreisflächen, deren Gebiet als der Grosstadt zugehörig bezeichnet werden kann. Die innerste wird durch die rechtlich in der Gemeinde zusammengefasste Bevölkerung gebildet. Die zweite Kreisfläche wird abgegrenzt durch die Vorortsbevölkerung und bildet mit der ersten eine Wohn- und Ansiedlungseinheit. Beide zusammen bilden das Agglomerationsgebiet. Die dritte Kreisfläche umfasst diejenige Zone, in der sich

[1]) Brückner, a. a. O.

[2]) Hasse, Die Intensität grosstädtischer Menschenanhäufungen (A. St. A. Bd. II.)

[3]) Schott, Das Wachtum der Grosstädte seit 1871. (St. Jb. d. St. 1903/04).

die Wohnbevölkerung mit der Arbeiterbevölkerung austauscht. Alle drei zusammen umschliessen das grosstädtische Verkehrsgebiet[1]). Eine Abgrenzung zwischen zweiter und dritter Kreisfläche ist nur durch die Dichtigkeit des Wohnens erkennbar. Hasse kommt zur Schlussfolgerung: «Für uns sind also die Städte überhaupt keine Städte, sondern Agglomerationen, d. h. Menschenanhäufungen; jede Stadt bildet zusammen mit ihren Vorstädten und Vororten, mögen diese nun bereits einverleibt worden, hiefür in Aussicht genommen sein oder hiefür niemals in Frage kommen, ein einheitliches Wirtschaftsgebiet»[2]). Diese Auffassung scheint mir nun allerdings nicht ganz der Wirklichkeit zu entsprechen; auf Grund der Ergebnisse des speziellen Teiles soll eben gerade nachgewiesen werden, dass die Vorortsgemeinden im grossstädtischen Agglomerationsgebiet eine besondere Stellung einnehmen und zeitliche Verschiebungen gegenüber der Entwicklung des engern Stadtgebietes erkennen lassen.

Eine zweckmässige Gliederung der grosstädtischen Bevölkerungsanhäufung hat Schott[3]) getroffen, der mit der Verwendung der mathematischen Agglomeration das Problem generell gelöst hat.

1.) Die innere Agglomeration.

Für die Begriffsbestimmung können zwei Gesichtspunkte massgebend sein. Entweder wird die Bevölkerung innerhalb der eigentlichen Stadtgrenze als innere Agglomeration bezeichnet (rechtliche Abgrenzung), oder eine geometrisch bestimmte Fläche mit dem Zentrum des Wirtschaftsgebietes als Mittelpunkt umgrenzt die innere Agglomeration (mathematische Agglomeration)[4]). Alle innerhalb dieser Kreisfläche wohnende Bevölkerung gehört dann der innern Agglomeration an. In diesem Falle erfolgt die Gliederung in innere und äussere Agglomeration nach willkürlichen mathematischen Gesichtspunkten[5]). Diese Untersuchungsmethode scheint besonders geeignet, weil — wie später noch festzustellen sein wird — Orte mit gleicher Entfernung vom Wirtschaftszentrum unter sonst ähnlichen Verhältnissen in gleichem Masse von der grosstädtischen Agglomeration beeinflusst werden.

---

[1]) Hassinger nennt die Umgrenzung der geistigen und wissenschaftlichen Einflusssphäre. (Basel, ein geographisches Städtebild 1927).

[2]) Hasse, a. a. O.

[3]) Schott, a. a. O.

[4]) vgl. Schott.

[5]) Da die Grenzen der Stadt niemals einer Kreisfläche entsprechen, ist es klar, dass je nach der Flächengestaltung der Stadt einzelne ihrer Teile nicht mehr, an andern Orten Teile der Vorortsgemeinden, die nicht zur Stadt gehören, in die innere Agglomeration einbezogen werden.

Oppenheimer nennt diesen Zusammenhang die wirtschaftliche Entfernung, — die in Minuten und Pfennigen ausgedrückte Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsstätte[1]).

Schott geht also bei der mathematischen Agglomeration von einem grosstädtischen Kern aus und wählt dafür eine auf empirischem Wege gefundene Grösse der Kreisfläche. Für Schott erhebt sich nun die bedeutende Frage, in welcher Weise sich der Einfluss des Zentrums über die Agglomeration erstreckt. Lässt sich ein Unterschied feststellen zwischen dem Wachstum der die Grossstadt zunächst umschliessenden und den äussern Kilometerringen, mit andern Worten, gibt es eine Relation zwischen Nahwirkung der Grosstadt zur Fernwirkung?

Die Zunahme in der innern Agglomeration in der Zeit von 1871—1900 in sämtlichen deutschen Grosstädten erstreckt sich auf 186,5%; die Zunahme in der äussern Agglomeration beträgt in einer Entfernung von

5—6 km	6—7 km	7—8 km	8—9 km	9—10 km
130,7 %	119,1%	85,6 %	80,5 %	67,6 %

In den inneren Ringen zeigt sich ein stärkeres Wachstum als in den äussern Kreisflächen. Mit zunehmender Entfernung vom Mittelpunkt nimmt der Einfluss ab.

Aus dieser Erkenntnis ist jedoch nicht ersichtlich, wie sich die zugezogene Bevölkerung ansiedelt. Die Annahme einer kristallförmigen Vergrösserung — die zugezogene Bevölkerung schliesse sich an den Kern der Stadt an, — scheint nach Hannsen[2]) nicht der Wirklichkeit zu entsprechen[3]). Bleicher[4]) kommt bei der Frage nach den Stadtteilen, die beim Zuwanderungsstrom am stärksten beteiligt sind, ebenfalls zum Schluss, dass — namentlich soweit es sich um männliche Personen handelt — noch immer die älteren Stadtteile vorzugsweise von den Zuwanderern zunächst aufgesucht werden. Da deren Einwohnerzahl nicht wächst, so haben sie demnach als die von der Fluktuation am stärksten betroffenen Quartiere zu gelten.

Bei der Untersuchung der Agglomerationsverhältnisse der Stadt Basel werden zwei Gruppen der Wanderbevölkerung, die durch den verschiedenen Verlauf ihrer Wanderung gekennzeichnet sind, zu unterscheiden sein.

---

[1]) Oppenheimer, Die Siedlungsgenossenschaft, Leipzig 1896.

[2]) Hannsen, a. a. O.

[3]) vgl. dazu auch Kuczinsky, der die Ausführungen von Hannsen widerlegt hat.

[4]) Bleicher, Beiträge zur St. der Stadt Frankfurt 1893.

1. Die Nahwanderungen.
2. Die Fernwanderungen.

Das zur Verfügung stehende statistische Material ermöglicht allerdings keine klare Trennung in die beiden Wanderungsgruppen.

2.) Die äussere Agglomeration.

Eine genaue Begriffsbestimmung der innern Agglomeration ist entweder nach rechtlichen oder mathematischen Gesichtspunkten sehr leicht zu finden. Schwieriger gestaltet sich die Erfassung der äusseren Agglomeration, deren Umgrenzung nicht eindeutig ermittelt werden kann. Schott schaltet die agglomeratorische Einflusssphäre bei einer Entfernung von 10 km vom Stadtzentrum automatisch aus. Diese willkürlich festgelegte Norm entspricht nicht überall den gegebenen Verhältnissen[1]). Es wird sehr oft Grosstädte geben, deren Einfluss sich deutlich erkennbar weit über diese Grenzen hinaus erstreckt. Dies wird namentlich dort zutreffen, wo sich in relativ weitem Umfange einer Stadt kein weiteres Industriezentrum findet. Verhältnisse, wo nahe beieinander liegende Industriezentren eine Ausdehnung der Einflusssphäre der einen Stadt auch nur bis zum Zehnkilometerkreis verhindern, ergeben sich in Hamburg-Altona.

Die Methode von Brückner[2]), die Ausdehnung des Agglomerationsgebietes nach der Dichtigkeit der Bevölkerung in der zu bestimmenden Gemeinde im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte des ganzen Staatsgebietes abzugrenzen, dürfte im ersten der eben erwähnten Fälle zu einer erfolgreichen Bestimmung führen, wogegen im zweiten Falle auch diese Methode versagen wird. Die Ansicht Brückners, wonach Orte, die nur darin ihre Abhängigkeit vom Wirtschaftszentrum zeigen, dass sich Tag für Tag Scharen von Arbeitern, vielleicht auf Eisen- oder Strassenbahnen zur Stadt begeben, um abends wieder zurückzukehren, die Vorortseigenschaft nicht beizumessen sei, ist m. E. nicht zutreffend[3]). Der wesentliche Teil der in der Stadt tätigen Vorortsbevölkerung ist ein typisches Merkmal dieser Gemeinden als Vororte. Diese tragen ja in der Hauptsache den Charakter von Wohnkolonien. Ich beschränke mich wesentlich darauf, den Unterschied zwischen Agglomeration im engern Stadtgebiet einerseits und den Vorortsgemeinden anderseits nachzuweisen; eine deutliche Abgrenzung zwischen innerer und äusserer Agglomeration genügt vollkom-

---

[1]) vgl. Hassinger, Tafel V.
[2]) Brückner, a. a. O.
[3]) Brückner, a. a. O.

men. Ob sich dann die Einflusssphäre der Grosstadt an einem Orte über ein weiteres, am andern über ein weniger weites Gebiet erstreckt, ist zur Beurteilung der zu untersuchenden Frage irrelevant.

Die Anwendung der mathematischen Methode ist für die Untersuchung der Gestaltung der äussern Agglomeration am ehesten geeignet. Sie hat jedoch den Nachteil, dass in der Mehrzahl der Fälle ihre Durchführung infolge technischer Hindernisse verunmöglicht wird. In der Regel wird die Agglomerationsbevölkerung nach den einzelnen Kilometerringen nicht ausscheidbar sein. Wo diese Gliederung nicht durchführbar ist, wie auch in unserem Falle, muss die Untersuchung unter Zuhilfenahme der rechtlichen Agglomeration vorgenommen werden. Sie unterscheidet sich von der mathematischen Agglomeration insofern, als sie innere und äussere Agglomeration durch die politische Stadtgrenze trennt. In beiden Fällen ist die Entwicklung der Vorortsgemeinden wesentlich nach ihrer Entfernung vom Wirtschaftszentrum zu beurteilen.

Eine im Zusammenhang mit der äussern Agglomeration zu behandelnde Frage, die gerade in unserem speziellen Falle Bedeutung erlangt, betrifft die Bevölkerung in den inner- und ausserstaatlichen Vorortsgemeinden. Besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen der Agglomeration in den beiden Zonen? (Riehen einerseits als baselstädtische Vorortsgemeinde und die basellandschaftlichen Vororte anderseits). Gestützt auf die Verursachung der grosstädtischen Agglomeration muss diese Frage ohne weiteres verneint werden. Dagegen wird eine Beeinflussung der Agglomeration mit verstärkender oder hemmender Einwirkung im einen oder andern Falle möglich und sogar sehr wahrscheinlich sein. Verschieden günstige Kommunikationslinien (Strassen- und Vorortsbahnen), die die einzelnen Vorortsgemeinden mit der Stadt verbinden, kommen hier in Betracht; ferner Lebenshaltungskosten insbesondere Wohnungsmietpreise, sowie die Steuerverhältnisse. Der Hinweis auf diese Faktoren muss genügen; eine zahlenmässig feststellbare Beeinflussung kann daraus nicht gewonnen werden.

IV. Grosstädtische Agglomeration und Bevölkerungsdezentralisation.

Im vorigen Abschnitt wurde auf den Unterschied von Nah- und Fernwanderung hingewiesen und die Verschiedenheit ihres Verlaufes erwähnt. Die Nahwanderungen sind vom Standpunkt der Stadt betrachtet generell einer Bevölkerungskonzentration gleichzusetzen; die Fernwanderungen bewirken eher eine Bevölkerungsdezentralisation.

Der Grund beider Erscheinungen ist auf die gleiche Ursache zurückzuführen, den wachsenden Bevölkerungs- resp. Arbeiterbedarf der Grosstadt. Die Abwicklung der Nahwanderungen scheint ohne weiteres klar, da auf Grund des Erfahrungsmaterials die aus der näheren Umgebung des Wirtschaftszentrums in die Stadt ziehende Bevölkerung durch nachdrängende Wanderungen aus weiter entfernt liegenden Gemeinden wieder ersetzt werden. (vgl. Tabelle 5). Für unsere schweizerischen Verhältnisse hat namentlich Furlan[1]) diese Zusammenhänge deutlich hervorgehoben. Spezialuntersuchungen für die Stadt Basel finden sich einerseits in den Sonderberichten der Basler Volkszählungsergebnisse[2]), sodann aber auch bei Gutzwiller[3]). Im speziellen Teil wird auf diese Arbeiten noch zurückzukommen sein.

Anders gestaltet sich der Verlauf der Fernwanderungen. Sie erfolgen zuerst direkt in die Stadt und werden dort radial in die Vorortsgemeinden aufgeteilt. (vgl. Tabelle 11, 12 und 13). Die unmittelbare Wanderung in das Wirtschaftszentrum hat ihre besondere Ursache. Die unter dem Begriff Fernwanderung fallenden Personen drängen nach Möglichkeit in die Nähe der Arbeitsgelegenheiten; erst wenn sie über die lokalen Verhältnisse orientiert sind und unter Umständen in der Stadt keine passenden Wohnungsgelegenheiten gefunden haben, verteilen sie sich radial in die Vorortsgemeinden.

Eine von der eben besprochenen unabhängige Erscheinung mit ähnlicher Wirkung wird durch die *industrielle Dezentralisation* verursacht. In den ersten Jahrzehnten seit dem Beginn der grossstädtischen Bevölkerungskonzentration werden die Vorortsgemeinden durch die Agglomerationswirkungen nur soweit beeinflusst, als das engere Stadtgebiet zu klein ist, um den gesamten Bevölkerungsbedarf der Stadt aufzunehmen. Die Vorortsgemeinden nehmen vorwiegend die Stellung von Arbeiterwohnkolonien ein.

Die Dezentralisationserscheinungen sind eine direkte Folge der Steigerung der städtischen Grundrentenbildung[4]). Das weitläufige Gebiet der städtischen Bodenfrage wird nur soweit es zweckdienlich erscheint, für unsere Untersuchungen berücksichtigt. Im übrigen wird besonders auf die eingehenden Darstellungen von K. von Mangoldt[5]) und P. Voigt[6]) verwiesen.

---

[1]) Furlan, Studien zur Lagerung der schweiz. Bevölkerung (Ztschrft. f. S. St. und Volkswirtschaft (1916).

[2]) Mitteilungen des stat. Amtes No. 28, Heft 4.

[3]) Gutzwiller, Landwirtschaftl. Entwicklung und Wanderbewegung im Kt. Baselland (Liestal 1910).

[4]) v. Mangoldt, Die städtische Bodenfrage. (Göttingen 1907).

[5]) v. Mangoldt, a. a. O.

[6]) Voigt, Grundrente und Wohnungsfrage in Berlin und seinen Vororten (Jena 1901).

Das Problem der Dezentralisation kann erst klar erfasst werden, wenn es, wie die grosstädtische Agglomeration, unter dem Gesichtswinkel der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung betrachtet wird. Eine ähnliche Entwicklung wie in der frühkapitalistischen Wirtschaftsepoche scheint hier vorzuliegen (vgl. S. 5). Beide Perioden sind Wirkungen gleicher Ursache, des Verwertungsstrebens des Kapitals[1]). Verschieden sind dagegen die objektiven Voraussetzungen, aus denen aber merkwürdigerweise ähnliche Wirkungen hervorgehen. Im Frühkapitalismus erklärt sich die industrielle Dezentralisation hauptsächlich aus den über das ganze Land verteilten Wasserläufen und Wäldern[2]); beide sind wesentliche Produktionsfaktoren. Im Hochkapitalismus wurden die Faktoren hervorgehoben, denen zufolge die Grosstadtbildung und die grosstädtische Agglomeration zu verdanken ist. (vgl. S. 6). Als letzte Aufgabe verbleibt noch die Erklärung der neuesten industriellen Entwicklung, deren Endergebnis wieder in einer ausgesprochenen industriellen Dezentralisation zu erwarten sein wird. v. Mangoldt schreibt hierüber:[3]) «Früher waren es offenbar nur die grossen Städte, die die Entwicklungsbedingungen etwas grösserer industrieller Unternehmungen erfüllten. Aber mit der Zeit, mit der Zunahme der gewerblichen Bevölkerung, dem Wachstum der Städte, der Entwicklung des Verkehrs u. dgl. m. dürften auch zahllose kleinere Orte allmählich in die Lage gekommen sein, den etwas grösseren industriellen Unternehmungen ähnliche Entwicklungsbedingungen zu bieten. In den grossen Städten dagegen entwickelten sich umgekehrt mit der Zeit gewisse Verhältnisse, welche sehr ungünstig auf die Industrie einwirken mussten. Das fortgesetzte Steigen der Preise des unbebauten, wie des bebauten Bodens legte und legt der Industrie allmählich sowohl bei Neugründungen, wie bei der Fortführung schon bestehender Geschäfte grosse Lasten auf».

Die Steigerung der städtischen Bodenrente.

Die Parallelerscheinung zur Entwicklung zu Beginn der hochkapitalistischen Wirtschaftsepoche zeigt sich in den zentripetal stadtwärts gerichteten Wanderungen, die eine doppelte Intensivierung erfahren haben; die ungenügende Beschäftigungsmöglichkeit auf dem Lande hat abstossend, der gesteigerte Arbeiterbedarf in der Stadt dagegen anziehend auf die Wanderbevölkerung eingewirkt[4]). Beide zusammen erklären den ausgedehnten Umfang

[1]) vgl. Sombart.
[2]) Sombart, a. a. O.
[3]) v. Mangoldt, a. a. O.
[4]) vgl. Sombart.

der ganzen Wanderbewegung. Ganz entsprechend liegen die Verhältnisse beim Verlauf der neuesten Entwicklung der industriellen Dezentralisation. Nicht alle Oorte kommen für die industrielle Dezentralisation, — die natürlich auch eine Bevölkerungsdezentralisation nach sich zieht, — in Betracht. Bei dieser Entleerung der Grosstädte kann es sich nicht um eine Ansiedelung in allen möglichen Dorfgemeinden handeln. Auf gewisse Vorteile, welche die Grosstadt zweifellos der Industrie bietet, darf diese auf keinen Fall verzichten, besonders nicht auf Kredit- und Absatzorganisationen, die in der Stadt eine ausgedehnte Entwicklung erfahren haben. Die Bedeutung dieser Faktoren führt daher zur Auffassung, dass sich die industrielle Dezentralisation nicht über die Einflusssphäre des grosstädtischen Wirtschaftszentrums hinaus erstrecken kann. Der Grund der besondern Eignung des Bannkreises der Grosstadt für die Auswirkung der Dezentralisation sieht von Mangoldt[1]) namentlich in dem Umstand, dass die Vorortsgemeinden gleichzeitig einen grossen Teil der Vorzüge der Zentralisation wie der Dezentralisation geniessen, ohne von ihren Nachteilen auch nur entfernt so geplagt zu werden, wie die grossen Städte einerseits und die kleinen Orte anderseits.

Als sicher darf wohl betrachtet werden, eine besonders starke Zunahme der industriellen Bevölkerung in den Bannkreisen der jetzigen Grosstädte und grossen Mittelstädte, auch abgesehen von denjenigen Personen, die, in den Bannkreisen wohnend, ihre Arbeit in der Grosstadt bezw. grossen Mittelstadt finden. Denn diese Bannkreise werden es wohl in besonders hohem Grade sein, in denen sich in Zukunft die grössern Industrieunternehmungen ansiedeln und entfalten[2]).

Wann dieser Umschwung von der grosstädtischen Agglomeration zur Dezentralisation erfolgt ist, kann nicht genau nachgewiesen werden. Er ist jedenfalls in den grössern Grosstädten früher eingetreten als in den kleinern. Die grosstädtische Agglomeration hat dadurch nicht ganz aufgehört; sie hat nur der Dezentralisation gegenüber eine weniger grosse Bedeutung erlangt (vgl. Tabelle 7). Die industrielle Dezentralisation ist zweifellos gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts in verschiedenen Ländern als deutlich erkennbares Phänomen aufgetreten. Weber[3]) schreibt 1899 dazu: «But it is probably safe to affirm that the centralization of manufacturing industry has reached its limit. A reaction toward decentralization began, when manufactures located their mills in the suborbs of large cities

[1]) v. Mangoldt, a. a. O.
[2]) v. Mangoldt, a. a. O.
[3]) Weber, The Growth of Great Cities. (Diss. New-York 1899).

in order to escape the high city rents and still avail themselves of the city's superior shipping facilities. Suburban enterprises have in the last decade become increasingly familiar phenomena, not only in the United States but also in England and Germany».

Betrachtet man die Vorortsgemeinden — darunter sind nicht nur die unmittelbar an die Stadt angrenzenden Orte zu verstehen, sondern alle Gemeinden, die im Bannkreise der Grosstadt liegen — von diesem Gesichtspunkte aus, so muss ihnen neben ihrer bisherigen Stellung als Wohnkolonien der grosstädtischen Arbeiterbevölkerung noch eine andere selbständige Entwicklungstendenz beigemessen werden. Im speziellen Teil wird zu untersuchen sein, ob sich auch die hier zu betrachtenden Vorortsgemeinden bereits im Stadium dieser selbständigen industriellen Entwicklung befinden und ob sich grosstädtische Agglomeration und Dezentralisation in den Vorortsgemeinden auseinander halten lässt.

Damit dürften die Probleme, deren Erläuterung für die Inangriffnahme des speziellen Themas als notwendig erachtet werden, erschöpft sein. Am speziellen Untersuchungsobjekt, den besonderen Basler Verhältnissen soll nun nachgewiesen werden, ob sich auch hier in dem verhältnismässig kleinen Agglomerationsgebiet die verschiedenen Entwicklungstendenzen, die in den Problemen der grosstädtischen Agglomeration zu Tage getreten sind, erkennen lassen.

C. Spezieller Teil.

I. Geographische, wirtschaftliche und politische Lage der Stadt Basel.

Der allgemeine Teil dieser Arbeit hat sich mit den Problemen, die mit der grosstädtischen Agglomeration im Zusammenhang stehen, befasst. Der spezielle Teil versucht, an Hand eines konkreten Beispieles — der Stadt Basel — die effektive Auswirkung der problematisch erörterten Fragen nachzuweisen. Ist die tatsächlich erfolgte Agglomeration im Einzelfalle mit der im allgemeinen Teil behandelten identisch, wo treten Abweichungen ein, und auf was sind sie zurückzuführen? Für die Beurteilung der Basler Verhältnisse erscheint zunächst eine Darstellung der besonderen geographischen,, wirtschaftlichen und politischen Lage, sowie deren wirtschaftliche Einflussphäre notwendig.

Die eigenartige Struktur des Wirtschaftsgebietes der Stadt Basel, besonders in geographischer Hinsicht, wird in weitgehendem Masse, die für die tatsächliche besondere Gestaltung der Agglomeration ausschlaggebenden Momente erkennen lassen. Geographisch gesprochen bildet Basel das Bindeglied zwischen dem System des Hochrheines und demjenigen des Mittelrheines[1]). Die oberrheinische Tiefebene, an deren einem Endpunkt die Stadt Basel, am andern die Stadt Frankfurt liegt, bildet gleichzeitig das Zentrum unseres Kontinentes (Schnittpunkt der Längs- und Breitenachse). Die Bedeutung Basels als Eingangs- resp. Ausgangstor zu dieser oberrheinischen Tiefebene, wird ohne weiteres dabei ersichtlich. Der ganze Verkehr zwischen Italien und der Nordsee tritt bei Basel in die Rheinebene ein oder verlässt sie.

Aber auch der Verkehr in westöstlicher Richtung von Südwestdeutschland nach dem Mittelmeer und umgekehrt durch die burgundische Pforte berührt die Rheinebene und somit auch die Stadt Basel. Der Knotenpunkt dieser grossen Verkehrslinien trägt schon frühzeitig die Voraussetzungen zur Entwicklung einer bedeutenden Handelsstadt in sich.

Wirtschaftlich betrachtet, ist Basel das Produktionszentrum eines relativ grossen Absatzgebietes, das mehr oder weniger vom

[1]) vgl. Hotz: Die Bezeichnung «Hochrhein» deckt sich nicht mit dem Begriff Oberrhein; der Hochrhein erfasst den Rhein nur vom Bodensee bis nach Basel, während unter Oberrhein der Oberlauf des Rheins bis nach Strassburg gemeint ist. (Basels Lage und ihr Einfluss auf die Entwicklung und die Geschichte der Stadt; Basel 1899).

Wirtschaftszentrum Basel abhängig ist. Im Nordosten beginnend, mündet das Wiesental bei Basel in das Rheintal. Der ganze Verkehr mit diesem Tal tangiert Basel. Weiter östlich folgen dann das Frick- und Ergoltal; beide kommen allerdings oberhalb Basel mit dem Rheintal in Berührung. Sie haben dennoch Basel zum Wirtschaftszentrum. Direkt aus dem Süden erfolgt der Eintritt des Birstales mit seinem grossen Einzugsgebiet des Jura; aus westlicher Richtung endlich mündet in Basel das Birsigtal.

Das nördliche Grenzgebiet Basels, westlich des Rheines, fällt bereits in das Einzugsgebiet der Ill, und die wirtschaftliche Einflussphäre von Mülhausen. Die Untersuchung der Bevölkerungsstruktur, insbesondere der Herkunft der Agglomerationsbevölkerung aus dem Norden westlich des Rheines, zeigt ganz unbedeutende Zuwanderung, im Vergleich zur Zuwanderung aus den übrigen umliegenden Gebieten. Allgemein folgen also die Wanderungen den Flussrichtungen; dies kommt besonders in der Darstellung von Hotz[1]) deutlich zum Ausdruck. Die Untersuchung des Einflusses von Basel auf seine Umgebung muss folglich die Nachforschung wesentlich nach den inner- und oberhalb Basels in den Rhein einmündenden Seitentälern richten.

Vom Gesichtswinkel der ganzen Schweiz aus betrachtet, bildet Basel in der Nordwestecke unseres Landes das bedeutendste Eingangstor. Ihre Grenzen bilden zu einem grossen Teile die Landesgrenze, einerseits gegen Deutschland rechtsseits des Rheines, anderseits gegen Frankreich, linksseits des Rheines. Die Stadtgrenze ist allerdings nur in ganz geringem Umfange mit der Landesgrenze identisch. Nur in nordöstlicher Richtung ist eine wesentliche Ausdehnungsmöglichkeit auf eigenem Staatsgebiet denkbar. Im Südosten, Süden und Westen wird die Stadtgrenze zur Kantonsgrenze.

Da die Ausdehnung der engeren Stadt, also das eigentliche innere Agglomerationsgebiet Basels relativ sehr klein ist — es beträgt im ganzen nur 24 km²; das übrige Kantonsgebiet verfügt auch nur über 13 km² —, so bleibt die Ausdehnungsmöglichkeit auf eigenem Staatsgebiet auf 13 km² beschränkt. Zudem ist das noch bebaubare dem Kantonsgebiet von Basel-Stadt angehörige Land nicht symmetrisch um den Kern der Stadt gelagert, sondern erstreckt sich als schmale Landzunge nur in einer Richtung gegen Nordosten (Riehen).

Die im allgemeinen Teil erwähnten Ausführungen von Schott[2]) der für die innere Agglomeration einer Stadt von über 100,000 Einwohnern eine Kreisfläche von 4 km Radius voraussetzt, die

[1]) Hotz, a. a. O.
[2]) Schott, a. a. O

also etwa 50 km² entspricht, lässt die geringe Ausdehnungsmöglichkeit der Stadt auf innerem eigenem Agglomerationsgebiet sofort erkennen, infolge dessen wird auch in den nächsten Vorortsgemeinden, die jedenfalls wirtschaftlich betrachtet, ebenfalls der inneren Agglomeration angehören, ein besonders starker Bevölkerungszuwachs zu erwarten sein.

II. Der Einfluss Basels auf die Entwicklung seiner Vorortsgemeinden.

Zeigen sich bei der eigenartigen Flächengestaltung des Kantons Basel-Stadt in Bezug auf die äussere Agglomeration prinzipielle Unterschiede zwischen der Agglomeration der auf eigenem Staatsgebiet liegenden Vorortsgemeinden Riehen (bis 1893 auch noch Kleinhüningen[1]) einerseits und den basellandschaftlichen Vorortsgemeinden andererseits[2])? Da ich keine Feststellung der Umgrenzung des Agglomerationsgebietes der Stadt Basel bezwecke, sondern lediglich den Nachweis, der Agglomerationsgestaltung, zu erbringen versuche, so dürfte die nur teilweise Berücksichtigung der Vorortsgemeinden für den Verlauf der Untersuchung keinen von der Wirklichkeit abweichenden Einfluss ausüben.

In der Untersuchung der Beeinflussung der Vorortsgemeinden durch die Agglomeration beschränke ich mich auf die Entwicklung der baslerischen Vorortsgemeinden Riehen einerseits und die basellandschaftlichen Gemeinden: Allschwil, Binningen, Birsfelden, Münchenstein, Muttenz und Arlesheim anderseits. In diesen Gemeinden soll die Beeinflussung durch das wirtschaftliche Zentrum nachgewiesen werden.

Die besondere geographische Lage der Stadt lässt nur nach einer Seite eine Ausdehnungsmöglichkeit auf eigenem Staatsgebiet zu; die Vermutung liegt nahe, dass die äussere Agglomeration sich vorwiegend in dieser Richtung erstrecke. Diese Erwartung bestätigt sich jedoch nicht; die äussere Agglomeration erfolgt unabhängig von der Gestaltung der politischen Grenzen[3]).

Die Frage, ob bei der Gestaltung der äusseren Agglomeration Basels politische oder wirtschaftliche Gesichtspunkte massgebend

---

[1]) Eingemeindung mit der Stadt Basel.

[2]) Verschiedene elsässische und badische Gemeinden (Hegenheim, Burgfelden, St. Ludwig, Neudorf, Hüningen, Weil, Leopoldshöhe, Stetten und Grenzach) die zweifellos ihre heutige Bedeutung und Entwicklung in wesentlichem Umfange der Stadt Basel verdanken, können in Ermangelung statistischer Unterlagen nicht in die Untersuchung einbezogen werden.

[3]) Auf die Bedeutung dieser Erscheinung wurde bereits im allgemeinen Teil hingewiesen, sodass nur die Feststellung des Verlaufes im Einzelfalle untersucht zu werden braucht.

seien, kann ohne weiteres dahingehend beantwortet werden, dass grundsätzlich nur wirtschaftliche Momente die tatsächliche Gestaltung der äusseren Agglomeration bedingen[1]).

Worin bestehen die wirtschaftlichen, grundsätzlich für die Agglomeration ausschlaggebenden Gesichtspunkte? Aus der Vielheit von Verursachungen kann bald die eine, bald die andere für die Begründung eines Wohnsitzes im äusseren Agglomerationsgebiet als primäre Ursache bezeichnet werden. Da sowohl objektive als auch subjektive Ursachenmomente in Betracht fallen, letztere aber nicht messbar sind, so beschränkt sich die Arbeit auf die Ursachen in der äussern Agglomeration, die zahlenmässig nachgewiesen werden können. Als Sammelbegriff der als «objektive Ursachen» zusammengefassten Momente dürfte der von Oppenheimer geschaffene Ausdruck «wirtschaftliche Entfernung»[2]) zutreffend die ausschlaggebenden Faktoren erkennen lassen. Es muss genügen, auf die übrigen Faktoren hingewiesen zu haben; einzig die wirtschaftliche Entfernung in der Agglomeration bietet die Möglichkeit erschöpfender Massenbeobachtung.

Wir behandeln zunächst die Frage: *Uebt der Einfluss der Stadt dieselbe Wirkung gleichzeitig und mit gleicher Intensität auf alle Vorortsgemeinden aus?*

Massgebend ist die Beschleunigung des Bevölkerungszuwachses. Die Volkszählungsergebnisse zeigen in den verschiedenen Gemeinden und Zählungsjahren ungleiche Bevölkerungsgrössen. Sind diese Unterschiede auf ungleich starke Einwirkungen der Stadt auf die Vorortsgemeinden zurückzuführen? Wenn ja, worin liegen die Ursachen dieser Verschiedenheit?

Wären die Staatsgrenzen ausschlaggebend, so müsste sich in Basel der Grossteil der äusseren Agglomeration in der Gemeinde Riehen auswirken. In Wirklichkeit zeigt aber die Bevölkerungsagglomeration der Vorortsgemeinden eine von dieser Annahme abweichende Entwicklungstendenz.

---

[1]) Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass es im Machtbereich eines Staates liegt, die primär nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierte Agglomeration wesentlich zu beeinflussen. Der Hinweis auf die Verkehrspolitik des Kantons Basel-Stadt bestätigt diese Auffassung. Die Erklärung für die weitgehende Erweiterung und Verbesserung der Kommunikationsmittel auf städtischem und kantonal baslerischem Boden einerseits und die Verzögerung der Erschliessung ausserkantonaler Vorortsgemeinden lässt eine Dezentralisationspolitik erkennen, die eine Ansiedlung städtischer Erwerbsbevölkerung in ausserhalb des Kantons liegenden Gemeinden verhindern will und somit eine einseitige Agglomeration auf baselstädtischem Boden bewirken soll. Der Ankauf des Margarethengutes durch die Stadt bezweckte wesentlich die Verhinderung einer Wohnkolonie südlich der Gundeldingerstrasse auf basellandschaftlichem Boden.

[2]) vgl. Oppenheimer, a. a. O.

a) Das Wachstum der Vorortsgemeinden unter der Einwirkung der Agglomeration.

Als Vorortsgemeinden wurden sieben Ortschaften einbezogen und untersucht.

Ordnet man diese nach ihrer Entfernung vom Wirtschaftszentrum also vom Mittelpunkt der Stadt Basel, so erhält man folgendes Bild:

1 Gemeinde	Entfernung[1])	Einwohnerzahl 1920
Binningen	2¼ km	6,528
Birsfelden	2¾ „	5,384
Allschwil	4 „	4,583
Riehen	5½ „	4,227
Münchenstein	5¾ „	3,634
Muttenz	6 „	3,264
Arlesheim	7¾ „	2,350

Aus dieser Anordnung scheint eine Relation zwischen Entfernung und Einwohnerzahl hervorzugehen. Diese Uebereinstimmung von Bevölkerungsgrösse und Entfernung vom wirtschaftlichen Zentrum in einem Zählungsjahr lässt noch keine Schlussfolgerungen auf den Verlauf der geschichtlichen Agglomeration zu. Die Möglichkeit einer zufälligen Uebereinstimmung bleibt immer noch offen. Ist dieser Zusammenhang jedoch seit dem Beginn der Agglomerationseinwirkung nachweisbar, so kann m. E. der Beweis des Abhängigkeitsverhältnisses von Bevölkerungsgrösse und Entfernung vom Wirtschaftszentrum als erbracht gelten.

Die Zahlenreihen der Bevölkerungsgrössen in frühern Zählungsjahren ergeben folgendes Bild:

2 Gemeinde	Entfernung von Basel	Einwohner								
		1833	1850	1860	1870	1880	1888	1900	1910	1920
Binningen	2¼ km	898	1229	1776	2207	3854	4181	5135	6303	6528
Birsfelden	2¾ „	40	600	1416	1833	3271	3577	3614	4857	5384
Allschwil	4 „	935	1007	1215	1270	1823	2402	3096	3911	4583
Riehen	5½ „	1379	1575	1651	1785	2038	2146	2576	3185	4227
Münchenstein	5¾ „	869	955	1202	1106	1257	1360	1988	2907	3634
Muttenz	6 „		1422	1704	1734	2057	2102	2502	2703	3264
Arlesheim	7¾ „	615	910	936	967	947	1019	1599	1952	2350

Auch für das Jahr 1910 zeigt sich die Uebereinstimmung von Bevölkerungsgrösse und Entfernung vom Wirtschaftszentrum.

Schlussfolgerung:

Die Intensität der Einwirkung der Stadt Basel auf ihre Vor-

[1]) Als Zentrum der Stadt wurde der Marktplatz genommen.

ortsgemeinden in bevölkerungsagglomeratorischer Hinsicht, hängt von der geringeren oder grösseren Entfernung vom Wirtschaftszentrum ab.

Wie kann der Unterschied der verschieden intensiven Agglomeration nachgewiesen werden? Die Ergebnisse obiger Tabelle zeigen mit zunehmender Entfernung von der Stadt abnehmende Einwohnerzahlen. Eine Ausnahme bilden einzig die Gemeinden Riehen und Muttenz[1]). Bei den übrigen Gemeinden lässt sich der Zusammenhang von Entfernung und Grösse bis zum Jahre 1860[2]) zurück nachweisen.

Die Schlussfolgerungen, die bereits Schott[3]) mit Hilfe der mathematischen Agglomeration für das Wachstum der deutschen Gross-Städte gefunden hat, werden hier bestätigt.

Eine folgende, im Anschluss an diesen Tatbestand vorzunehmende Untersuchung betrifft die Ermittlung des *Anteils von Geburtenüberschuss und Wanderungsgewinn* am Wachstum der einzelnen Gemeinden. Zur Beurteilung der Agglomerationsintensität gehört allerdings nur das Wachstum der Vorortsgemeinden infolge des Wanderungsgewinnes; doch wird die Kenntnis des Geburtenüberschusses für die Ermittlung der Intensität der Fluktuation einer Bevölkerung, an der Gesamtbevölkerung gemessen, notwendig sein.

Eng verbunden mit diesen Ermittlungen erfolgt die Untersuchung des Beginns der Agglomeration in den verschiedenen Vorortsgemeinden. Aus dem ungleich starken Wachstum der einzelnen Vorortsgemeinden in den verschiedenen Volkszählungsjahren geht eine nicht überall gleichzeitig einsetzende Agglomeration hervor. Die genaue Kenntnis dieses Zeitpunktes charakterisiert daher den Verlauf des Einflusses der Stadt auf die Vorortsgemeinden. Mit dem zur Verfügung stehenden Beweismaterial ist es ausgeschlossen, für jede Gemeinde einen genauen Zeitpunkt zu bestimmen, der den Beginn der Einwirkung der Stadt und die Unterordnung der Gemeinden unter die Wirkungen der Agglomeration einwandfrei erkennen lässt. In erster Linie wäre dazu eine mindestens alljährlich erfolgende Ermittlung der Einwohnerzahl in den verschiedenen Vorortsgemeinden erforderlich[4]). Hier stehen

---

[1]) Ich schalte vorerst bei der Untersuchung dieses Tatbestandes die Gemeinden Riehen und Muttenz noch aus, deren Entwicklung scheinbar nicht mit dieser Regel erklärt werden kann; auf die Sonderstellung dieser beiden Ortschaften im Rahmen der Vorortsgemeinden soll später noch zurückgekommen werden.

[2]) 1860 = Beginn der grosstädtischen Agglomeration in der Stadt Basel.

[3]) vgl. Allg. Teil S. 20.

[4]) Da die Agglomerationseinwirkung durch spontan einsetzende gesteigerte Bevölkerungsvergrösserung gekennzeichnet ist, dürfte auch die Verwendung der Interpolation zu keiner nähern Aufklärung führen.

nur die Ergebnisse der von Jahrzehnt zu Jahrzehnt erfolgten Volkszählungen zur Verfügung; mit Bestimmtheit kann daher nur das Jahrzehnt, in dem die Agglomeration beginnt, festgestellt werden. (vgl. Tabelle 4).

Die objektiven Voraussetzungen für die restlose Auswirkung der grosstädtischen Agglomeration im Wirtschaftsgebiet der Stadt Basel wurden ungefähr im Jahre 1860 als gegeben ermittelt. Wann setzt in jeder Vorortsgemeinde dieser Agglomerationsprozess wahrnehmbar ein? Tabelle 2 enthält die Volkszählungsergebnisse vom Jahre 1833 bis 1920. Obschon von einer Agglomeration erst seit dem Jahrzehnt 1860/70 gesprochen werden kann, wird eine Darstellung der Entwicklung der Vorortsgemeinden vor diesem Zeitpunkt für das Verständnis der nachfolgenden Entwicklungsperiode notwendig sein.

Aus der Tabelle 2 scheint hervorzugehen, dass die Gemeinden Binningen und Birsfelden schon seit 1833 (Trennung von Baselland und Basel-Stadt) unter dem Einfluss der grosstädtischen Agglomeration stehen. Die Bevölkerungsanhäufung vor dem Jahre 1860 in den Vorortsgemeinden ist aber unseres Erachtens anders zu beurteilen, als die Agglomeration nach diesem Zeitpunkt. Beide sind Wirkungen des Einflusses des Wirtschaftszentrums; die in der ersten Epoche erfolgte Agglomeration kann als selbständig bezeichnet werden. In der letzteren Periode erfolgt der Bevölkerungszuwachs nur im Rahmen des grosstädtischen Bevölkerungsbedarfes, d. h. die letztere Bewegung ist typisch an der Trennung von Wohnort (Vorortsgemeinde) und Arbeitsstätte (Wirtschaftszentrum) erkennbar. Die agglomeratorische Bewegung vor 1860 ist auf die Absperrmassnahme zwischen Stadt und Landschaft zurückzuführen[1]). (Die gegenseitige Einfuhr von Gewerbeerzeugnissen ist untersagt). Aus diesem Grunde siedelt sich in den Vorortsgemeinden Binningen und Birsfelden ein selbständiger Gewerbestand an.

Als direkte Folge der Trennung kennzeichnet sich die Entwicklung, ja sogar die Entstehung der Gemeinde Birsfelden[2]). Die Ansiedelung umfasste ursprünglich einige wenige Bauernhöfe; die Trennung veranlasste, mit der eben erwähnten Verkehrssperre zunächst den Bau verschiedener Gasthöfe, in denen die Botenwagen, welche die im obern Kanton Baselland hergestellten Seidenbänder nach den Fabriken in der Stadt verbrachten, Unterkunft suchten. Aus diesen Anfängen einer Herbergsstätte hat sich in kurzer Zeit eine vom Dorfe Muttenz, zu dem Birsfelden politisch gehörte, unabhängige Gemeinde entwickelt, die noch

---

[1]) Higy, a. a. O.

[2]) K. Gutzwiller, Die Entwicklungsgeschichte der Gemeinde Birsfelden.

1850, erst ca. 600 Einwohner zählt und dann nach Aufhebung der Verkehrssperre 1860 infolge seiner geringen Entfernung von der Stadt ähnlich der Gemeinde Binningen einen rapiden Aufschwung nimmt.

Da bei der Behandlung der grosstädtischen Agglomeration nach unserer Auffassung ein wesentliches Merkmal in der Trennung von Arbeits- und Wohnort erblickt wird, so ist die Bewegung vor 1860 (vgl. Tabelle 4) als nicht der eigentlichen Agglomeration zugehörig zu bezeichnen. Es mag daher genügen, auf diese voragglomeratorische Entwickulng hingewiesen zu haben.

Der Beginn der Agglomeration in den untersuchten Vorortsgemeinden kann m. E. nicht genau bestimmt werden. Selbst bei jährlicher Ermittlung der Bevölkerungsgrösse wird sich kein objektiver Faktor erkennen lassen, mit dessen Hilfe einwandfrei der Beginn der Agglomeration nachweisbar ist. Die Ermittlung einer Normalzuwachsprozentrate, bei deren Ueberschreitung die Einwirkung der Agglomeration anzunehmen wäre, ist nicht stichhaltig. Die Volkszählungsergebnisse der einzelnen Gemeinden lassen jedoch in jeder Vorortsgemeinde von einem bestimmten Zeitpunkt an eine besonders stark gesteigerte Bevölkerungsvermehrung erkennen (vgl. Tabelle 4); dieser Moment wird als Beginn der Agglomeration in der betreffenden Gemeinde angenommen.

Tabelle 4 lässt für jede untersuchte Gemeinde nach meiner Auffassung einen charakteristischen Zeitpunkt des Beginnes der Agglomerationseinwirkung erkennen.

Die Agglomerationseinwirkung in Binningen und Birsfelden beginnt — ersichtlich aus dem Bevölkerungswachstum — mit dem Zeitpunkt, in dem die bereits hervorgehobenen objektiven Voraussetzungen geschaffen sind, also im Jahrzehnt 1860/70[1]).

An dritter Stelle in der Reihenfolge der der grosstädtischen Agglomeration unterworfenen Gemeinden steht Allschwil; diese Gemeinde weist bis 1870 eine relativ stationäre Bevölkerung auf; in diesem Jahrzehnt setzt eine ganz enorme Bevölkerungssteigerung ein. Nachdem das Dezenium 1860/70 eine Zunahme der Wohnbevölkerung von nur 55 Personen gebracht hatte, erhöht sich die Zunahme bis 1888 auf das zehnfache.

In ähnlich markanter Weise zeigen auch die übrigen Vorortsgemeinden eine ganz spontan und zwar gleichzeitig mit dem Jahre 1888 einsetzende intensive Steigerung des Bevölkerungszu-

---

[1]) Aus der graphischen Tabelle 4 geht zwar hervor, dass das Bevölkerungswachstum im Jahrzehnt 1860/70 gegenüber 1850/60 eine Abschwächung erfährt. Da aber dieser Wanderungsgewinn vor 1860 nicht durch den Arbeiterbedarf der Stadt verursacht ist, so kann diese Entwicklung nicht als Agglomerationseinwirkung bezeichnet werden.

wachses. Bei engerer Aufeinanderfolge der Volkszählungen würden sich jedenfalls noch weitere Abstufungen im Beginn der Agglomeration in diesen vier Gemeinden erkennen lassen.

Die weiter oben aufgestellte Regel, nach der sich die Agglomeration in den Vorortsgemeinden auswirkt, kann daher erweitert werden und lautet nun: *Je weiter eine Vorortsgemeinde vom Zentrum des grosstädtischen Wirtschaftsgebietes entfernt ist, um so später und weniger wirksam zeigt sich der Einfluss der Stadt in der Bevölkerungsagglomeration.*

b) Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Vorortsgemeinden von der Stadt Basel.

Die Entwicklungstendenz, nach der sich die Agglomeration in den Vorortsgemeinden auswirkt, kann auch in anderem Zusammenhang nachgewiesen werden. Aus der Struktur der Erwerbstätigen der verschiedenen Vorortsgemeinden geht ebenfalls der Unterschied der grösseren oder geringeren Abhängigkeit vom Wirtschaftszentrum hervor.

Das Statistische Amt der Stadt Basel hat 1910 über die Berufsverhältnisse der Vorortsgemeinden eine Enquête durchgeführt[1]). Der unterschiedliche Grad der Selbständigkeit der Agglomerationsbevölkerung in den einzelnen Vorortsgemeinden ist besonders deutlich erkennbar.

3 Gemeinde	Entfernung von Basel km	BERUFSTÄTIGE		
		absolut	davon in Basel Tätige	
			absolut	Prozent
Binningen	2¼	2724	1446	53,5
Birsfelden	2¾	2325	1335	58,0
Allschwil	4	1681	664	39,0
Riehen	5½	1556	260	17,3
Münchenstein	5¾	1253	307	23,6
Muttenz	6	1191	354	29,5
Arlesheim	7¾	838	97	12,0

Die Uebereinstimmung zwischen der Entfernung einer Gemeinde und dem Anteil der im Wirtschaftszentrum Berufstätigen ist hier, oberflächlich betrachtet, an einzelnen Stellen durchbrochen.

Binningen, mit absolut 2724 Berufstätigen, von denen 1446 oder 53,5% i. J. 1910 in Basel beschäftigt sind, kommt in der Glie-

[1]) Mitteilungen, No. 28, Heft 4.

derung nach dem prozentualen Anteil der in Basel Berufstätigen erst an zweiter Stelle. An der Spitze steht Birsfelden mit 58% in städtischen Betrieben beschäftigten Berufstätigen. Auch bei den übrigen Gemeinden scheint eine ziemliche Regellosigkeit in dieser Beziehung Platz zu greifen. Bei näherer Untersuchung der tatsächlichen Verhältnisse treten aber andere Faktoren in Erscheinung, auf Grund derer sich die oben statuierte Regel aufrecht erhalten lässt. Eine restlose Uebereinstimmung zwischen Entfernung der Vorortsgemeinden vom Wirtschaftszentrum und Grad der wirtschaftlichen Abhängigkeit würde meines Erachtens eintreten, wenn:

1. alle Vorortsgemeinden erst infolge der grosstädtischen Agglomeration entstanden wären,

2. jede Vorortsgemeinde sich als reine Wohnkolonie städtischer Erwerbsbevölkerung entwickelt hätte[1]).

Bekanntlich haben aber mit Ausnahme von Birsfelden alle von uns untersuchten Gemeinden schon vor der Einwirkung der städtischen Agglomeration bestanden. Sie weisen daher neben der durch die Stadt beeinflussten Entwicklung auch eine eigene selbständige Entwicklungstendenz auf. Je grösser nun der Grad der bisherigen Selbständigkeit ist, umso schwieriger und weniger erfolgreich wird sich der Einfluss der städtischen Agglomeration durchsetzen können. Ich beschränke mich auf die Hervorhebung einiger charakteristischen Merkmale, in der Entwicklung dieser Gemeinden.

Auf die Entwicklung und Entstehung der Gemeinde *Birsfelden* wurde bereits oben hingewieesn. Schon der Anteil der in Basel Berufstätigen (58%) beweist, dass Birsfelden vorwiegend den Charakter einer Wohnkolonie städtischer Erwerbsbevölkerung hat. Kennzeichnend für den Vorortstypus von Birsfelden ist der ausserordentlich geringe Anteil von landwirtschaftlicher Bevölkerung. Nur 96 Personen oder rund 4% aller Berufstätigen finden in der Landwirtschaft Beschäftigung. Etwas grösser ist der Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe im Verhältnis zur Gesamtzahl der in der Gemeinde ansässigen Gewerbebetriebe. Er erhöht sich auf 12% aller Betriebe.

Einen ganz anderen Typus einer Vorortsgemeinde stellt *Binningen* dar. Der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen erhöht sich bereits auf $^1/_7$ aller Berufstätigen. Immerhin nehmen die in Basel Berufstätigen noch den Hauptanteil in Anspruch mit 53,5%.

---

[1]) In Frage kommen hier auch die verschiedenen Vorortsbahnen. Es wäre jedoch eine Arbeit für sich, die Vorortsgemeinden unter dem Einfluss der Vorortsbahnen zu untersuchen.

Typisch für den Vorortscharakter sind die relativ zahlreichen Gärtnereibetriebe, die ganz auf den Konsum der Stadt eingestellt sind. Ein Erwerbszweig, der namentlich im Laufe des 19. Jahrhunderts in der Gestalt von Kleingewerbebetrieben in Binningen eine grössere Bedeutung erlangt hat, ist die Ziegelfabrikation, die heute in der ganzen Umgebung der Stadt auf einige wenige Mittel- und Grossbetriebe konzentriert ist. Binningen allein zählte an der Wende des 19. Jahrhunderts ungefähr 20 Ziegelbrennereien, die in der Regel mit Landwirtschaftsbetrieben verbunden waren[1]).

An dritter Stelle, mit einem wesentlich geringeren Anteil von in Basel Berufstätigen, folgt die Gemeinde *Allschwil*. Die bedeutende Tonwarenindustrie, sowie ein beträchtlicher Stamm eigener Landwirtschaft vermögen hier $^3/_5$ der Berufstätigen in der Gemeinde zu beschäftigen.

Riehen sollte seiner Entfernung vom Wirtschaftszentrum entsprechend an vierter Stelle folgen; mit einem ganz unerwartet kleinen Prozentsatz von in Basel Berufstätigen wird diese Gemeinde jedoch in den 6. Rang versetzt. Weder ein übermässig grosser Anteil eigener Landwirtschaft, noch die Vorherrschaft irgend eines andern grössern eigenen Gewerbezweiges vermag diese Ursache zu erklären. Dagegen bewirkt hier ein anderes Wirtschaftszentrum, wenn auch bei weitem nicht von der Bedeutung Basels eine Anziehungskraft auf die Berufstätigen dieser Gemeinde, das Industriegebiet *Lörrach-Stetten*. Stellt man lediglich auf die in beiden Wirtschaftszentren beschäftigten Personen ab, so halten sich beide Zentren in Bezug auf die Beeinflussung der Gemeinde Riehen das Gleichgewicht. In Basel sind 1910 260, in Lörrach-Stetten 256 in Riehen wohnender Berufstätiger beschäftigt.

Ein typisches Beispiel grosstädtischer Dezentralisation, das insgesamt noch in anderem Zusammenhange zu untersuchen sein wird, findet sich in der Gemeinde *Münchenstein*. Die besonders günstigen Verhältnisse (Ausnützung der Wasserkräfte der Birs) und die Bahnverbindung mit Basel haben hier nicht nur die Ansiedelung städtischer Erwerbsbevölkerung verursacht, sondern auch eine Begründung bedeutender eigener industrieller Betriebe (Elektrizitätsindustrie) hervorgerufen.

Den Typus einer bäuerlichen Dorfgemeinde mit Vorortscharakter weist *Muttenz* auf; beinahe $^3/_5$ aller Betriebe und über $^2/_5$ der Berufstätigen gehören der Landwirtschaft an. Den Vorortstypus kennzeichnet der beträchtliche Anteil Berufstätiger (29,5%), die in Basel ihren Erwerb finden. Diese Angaben beziehen sich

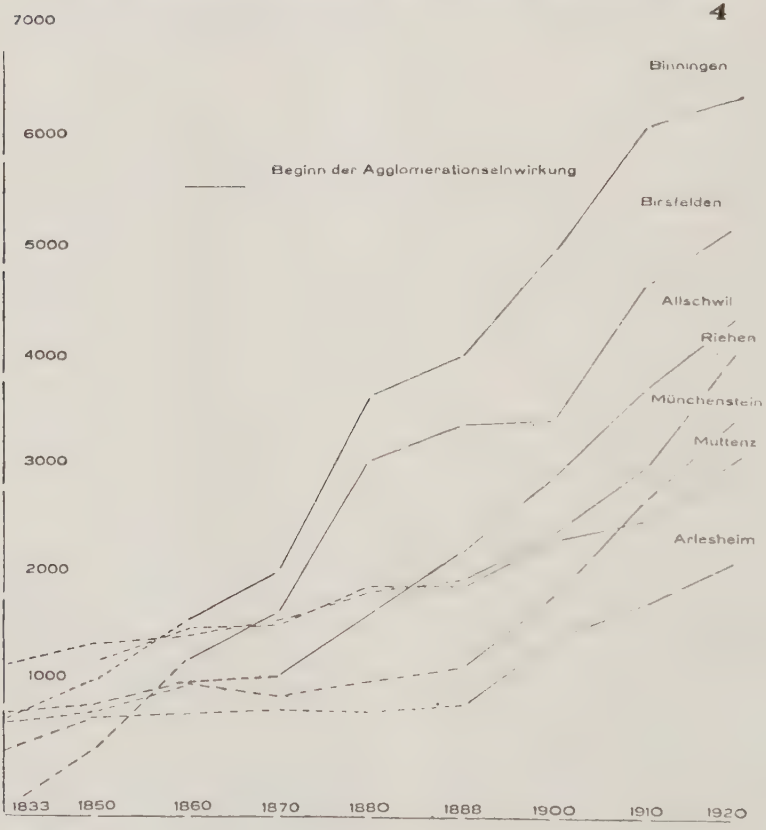
---

[1]) Persönliche Mitteilungen.

allerdings auf das Jahr 1910; die seitherige Entwicklung lässt eine bedeutend stärkere Einwirkung des Wirtschaftszentrums erkennen[1]).

Die geringste Beeinflussung der untersuchten Vorortsgemeinden durch die Stadt Basel erfährt *Arlesheim*. Die Frage, ob Arlesheim überhaupt in den Kreis der Vorortsgemeinden einzubeziehen ist, muss bejaht werden, nicht wegen der zahlenmässig nachweisbaren Grösse der Abhängigkeit, sondern wegen dem speziellen Charakter der Gemeinde als Villenvorort von Basel.

Bevölkerungswachstum der Vorortsgemeinden.



[1]) 1919/20 ist zwischen Muttenz und Basel immerhin noch im Gemeindebann Muttenz eine neue unabhängige Ansiedlung, das Freidorf, entstanden; sie setzt sich ausschliesslich aus städtischer Erwerbsbevölkerung zusammen. Der Anteil in Basel Berufstätiger, die in Muttenz wohnen, ist daher heute wesentlich grösser.

Der relativ geringe Abhängigkeitsgrad vom Wirtschaftszentrum ist einerseits durch die grosse Entfernung bedingt, anderseits und zwar vorwiegend durch die ganz bedeutende eigene Industrie (Schappespinnerei). Die Wohnbevölkerung von Arlesheim weist total 858 Berufstätige auf; dagegen finden 1112 Personen in Gewerbe- und Industriebetrieben von Arlesheim ihren Erwerb. In gewissem Sinne liegt hier bereits ein selbständiges Agglomerationszentrum einer Vorortsgemeinde vor.

Könnten alle Faktoren, die eine restlose Durchsetzung der grosstädtischen Agglomeration hindern, zahlenmässig ermittelt werden, so würde m. E. bei deren Eliminierung eine vollständige Uebereinstimmung der Entfernung von der Stadt und der Zahl der in Basel Berufstätigen Platz greifen.

Bei der Untersuchung der Uebereinstimmung von Bevölkerungsgrösse und Entfernung der Vorortsgemeinden wurden die Gemeinden Riehen und Muttenz nicht berücksichtigt, und eine Abklärung dieser Frage auf einen spätern Zusammenhang verschoben. Nachdem nun aber die Ursachen der geringeren oder grössern Abhängigkeit vom Wirtschaftszentrum im Grade der Selbständigkeit der einzelnen Vorortsgemeinden erkannt wurden, sind m. E. auch die Abweichungen in den ursprünglich selbständigen Bauerngemeinden Riehen und Muttenz erklärt.

III. Die Agglomeration der Vorortsgemeinden als Akklimatisierungsstufe der zentripetal gerichteten Wanderbevölkerung.[1])

Bis jetzt haben sich nur Wirkungen der Agglomeration in den Vorortsgemeinden erkennen lassen. Wie die gesamte Konzentrationsbewegung vor sich geht, ist aus den bisherigen Untersuchungen noch nicht hervorgegangen. Welche besondere Stellung nehmen die Vorortsgemeinden in der grosstädtischen Agglomeration ein? Bei den Wanderungen in zentripetaler Richtung, also stadtwärts, findet man eine ständig wachsende Konzentration der Bevölkerung Basellands im Bezirk Arlesheim[2]).

5	Bürger anderer Bezirke des Kantons							
Bezirke	1850	1860	1870	1880	1888	1900	1910	1920
Arlesheim	1454	2449	3183	*4371*	*4468*	4971	*5700*	*6799*
Liestal	2108	2567	2876	3571	3808	4479	5122	5453
Sissach	*2671*	*3083*	*3563*	4084	4332	*5038*	5293	5835
Waldenburg	1524	1775	1753	1953	2129	2431	2732	2924

[1]) vgl. Gutzwiller a. a. O.; im übrigen hat Prof. Mangold erstmals auf diese Akklimatisierungsstufe in den Vorortsgemeinden hingewiesen (vgl. Berichte des stat. Amtes des Kts. Baselstadt: Die Arbeitslosigkeit in Basel; Basel 1903, S. 12 u. f.

Noch 1850 weist Sissach die grösste Zahl von Kantonsbürgern aus andern Bezirken auf. Der Anteil der Bürger anderer Bezirke verschiebt sich aber sehr bald zu Gunsten des Bezirks *Arlesheim* und in den folgenden Jahrzehnten tritt hier eine besonders starke Konzentrationsbewegung ein. Seit 1850 hat sich im Bezirk der Anteil der Bürger anderer Bezirke verfünffacht. Sissach und Waldenburg weisen in der gleichen Periode ungefähr eine Verdoppelung auf.

Die Konzentrationsbewegung, wie sie in umfassender Weise namentlich Furlan[1]) darstellt, beweist, dass nicht nur die nächste Umgebung eines Wirtschaftszentrums (das äussere Agglomerationsgebiet) durch dessen Beeinflussung Veränderungen erfährt, sondern sich weit über die Grenzen hinaus Strömungen erkennen lassen, die auf die Beeinflussung der Stadt zurückführbar sind.

Trotzdem die Stadt auf eigenem Gebiete eine Erweiterungsmöglichkeit hat, siedelt sich in prozentual höherem Masse die Agglomerationsbevölkerung in den Vorortsgemeinden an. Die Bevölkerungszunahme beläuft sich seit 1860 in der Stadt auf 238%, im Bezirk Arlesheim auf 200%. In einzelnen Vorortsgemeinden ist sie in dieser Zeitspanne noch wesentlich grösser. Sie beträgt seit 1860 in

6			
Binningen	208 %	Münchenstein	202 %
Birsfelden	283 %	Muttenz	91 %
Allschwil	280 %	Arlesheim	157 %
Riehen	161 %		

Drei verschiedene Bewegungsrichtungen, die zusammen die prozentual stärkere Konzentration in den Vorortsgemeinden hervorgerufen haben, müssen auseinander gehalten werden.

1. Nahwanderungen.
2. Fernwanderungen.
3. Grosstädtische Dezentralisation.

1. *Die Nahwanderungen:* Der Bewegungsverlauf der Nahwanderungen erfolgt etappenförmig zentripetal (vgl. Tabelle 5; wachsender Anteil der im Bezirk Arlesheim wohnsitzberechtigten Bürger anderer Bezirke und Tabelle 9). Ein wesentlicher Teil der Nahwanderungen kommt in den Vorortsgemeinden zum Abschluss (daher der grosse Prozentsatz der in den Vorortsgemeinden wohnenden und in der Stadt berufstätigen Personen; vgl. Tabelle 3.

2. *Die Fernwanderungen:* Sie ergiessen sich zuerst direkt in das Wirtschaftszentrum; ein Teil von ihnen wird radial zerstreut und kommt in den Vorortsgemeinden zum Abschluss (anders

[1]) Furlan, a. a. O.

kann der geringe Unterschied im Anteil der in einem andern Kanton Geborenen vgl. Tabelle 12 nicht erklärt werden). Auf die Ausnahmestellung der Gemeinden Münchenstein und Arlesheim wird später einzutreten sein.

3. *Die grosstädtische Dezentralisation:* Sie ist eine Erscheinung, die in Basel erst im 20. Jahrhundert eine Bedeutung erlangt; ihre Wirkung ist der radialen Ansiedlung der Fernwanderungen gleichzusetzen. Die Bedeutung der grosstädtischen Dezentralisation wird im Kapitel: «Vorortsgemeinden und industrielle Dezentralisation» untersucht.

Eine Trennung dieser drei verschiedenen Wanderbewegungen ist mit den zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln zahlenmässig undurchführbar[1]). Sie ist für unsere Untersuchung auch nicht von Bedeutung.

Die Erklärung des etappenförmig zentripetalen Bewegungsverlaufes der Nahwanderungen stützt sich auf nachfolgende Gesichtspunkte: In einer Aufschwungsperiode vermag das städtische Arbeitsangebot die Nachfrage nicht zu befriedigen; ein Zuschuss von aussen wird notwendig. Diese Nachfrage macht sich zuerst in der nächsten Umgebung bemerkbar. Die städtische Nachfrage vermag jedenfalls günstige Entlöhnungsbedingungen zu bieten; dadurch werden Arbeitskräfte aus näherliegenden Vorortsgemeinden veranlasst, ihre dortige Stellung aufzugeben und das günstigere Angebot in der Stadt anzunehmen. Da aber jene frei gewordenen Arbeitsstellen ebenfalls wieder besetzt werden müssen, so wird eine von dort erfolgte Nachfrage auf Arbeitskräfte in weiter entfernt liegenden Gemeinden eine entsprechende Wirkung ausüben. Diese Bewegung setzt sich so weiter fort, bis schliesslich die Nachfrage in einem mit Arbeitskräften übersättigten Gebiete vollständig befriedigt werden kann. Die Existenz solcher Gebiete und die Ursachen ihres Arbeiterüberschusses hat Cassel zutreffend nachgewiesen[2]). Aus welchen Gründen erfolgt die Befriedigung der grosstädtischen Arbeitsnachfrage nicht direkt aus den Gebieten, die Ueberschüsse von Arbeitskräften aufweisen, sondern in etappenförmigem Verlauf?[3]) Nicht die gesamte Wanderbewe-

---

[1]) In den Vorortsgemeinden wird bei der Niederlassungskontrolle erst seit wenigen Jahren die Herkunft der gewanderten Personen ermittelt. Aber auch bei der jetzigen Erfassung der Wanderungen aus der Stadt in die Vorortsgemeinden ist nicht ersichtlich, ob es sich um eigentliche Dezentralisationswanderungen oder um vorübergehend angesiedelte Fernwanderungen handelt.

[2]) Cassel, a. a. O.

[3]) Es muss doch angenommen werden, dass die ländliche Ueberschussbevölkerung aus eigener Initiative die Arbeitsstellen im Wirtschaftszentrum aufsuchen wird.

gung erfolgt in dieser Etappenform. Ein bedeutender Teil der Wanderungen ergiesst sich direkt in die Grosstadt[1]). Andererseits ist aber diese Etappenform ein typisches Merkmal der grosstädtischen Agglomeration.

Die einzige Schlussfolgerung, die m. E. den etappenförmigen Bewegungsverlauf der zentripetalen Wanderungen zu erklären vermag, ist in dem Umstand zu erblicken, dass ein wesentlicher Teil der ländlichen Ueberschussbevölkerung, die das Bestreben hat, in städtischen Industrie- und Gewerbebetrieben ihre Arbeitskraft zu verwerten, sich zuerst in der äussern Agglomerationszone der Grosstadt akklimatisieren will. Diese Tendenz geht aus der Wanderbewegung in den Vorortsgemeinden hervor; die einzelnen Jahre weisen sehr grosse Zuwanderungsquoten auf; andererseits ergeben aber auch die Abwanderungsquoten verhältnismässig grosse Zahlen (vgl. Tabelle 22).

Die Feststellung von Herkunft und Ziel der Gewanderten in den Vorortsgemeinden kann leider nur in ganz wenigen Gemein-

7	Basel [2])			Binningen [3])	
Jahr	Zu- und Wegzug nach 7 basellandschaftlichen Vorortsgemeinden		Jahr	Zu- und Wegzug von und nach Basel	
	Zuzug	Wegzug — +		Zuwanderung aus Basel	Wanderung nach Basel
1912	1209	1361 —	1912	39	149
13	1167	1433 —	13	261	180 +
14	1279	1334 —	14	162	81 —
15	990	1481 —	15	219	150 —
16	1208	1361 —	16	261	171 —
17	1216	1190 +	17	234	170 —
18	1152	984 +	18	75	71 —
19	1241	1192 +	19	155	91 —
1920	1062	1147 —	1920	141	97 —
21	471	622 —	21	147	144 —
22	450	275 +	22	166	58 —
23	348	945 —	23	160	99 —
24	327	1261 —			
25	340	1236 —			
26	1297	1258 +			

[1]) vgl. stat. Jahrbuch des Kts. Baselstadt: Tabelle: Gewanderte Personen nach Heimat und Herkunft.

[2]) vgl. stat. Jahrbuch des Kts. Baselstadt.

[3]) Die Zahlen sind auf Grund der Niederlassungs- und Aufenthaltskontrolle berechnet.

den für einige Jahre ermittelt werden. Gerade die Unterlagen zur Ermittlung des Wechsels vom Ueberwiegen der zentripetalen Wanderungen aus den Vorortsgemeinden in die Stadt zur Vorherrschaft der zentrifugalen Wanderungen aus der Stadt in die Vorortsgemeinden lassen sich nicht rekonstruieren. Es muss angenommen werden, dass dieser Umschwung ungefähr um die Jahrhundertwende erfolgt sei. Zahlenmässig lässt sich der Nachweis des Ueberwiegens der Dezentralisation erst seit dem Jahre 1911 erbringen[1]).

Mit Ausnahme einiger weniger Jahre, zeigt sich das Ueberwiegen der Dezentralisationswanderungen gegenüber der Konzentrationswanderungen.

Innere Wanderungen in qualitativer Hinsicht.

Der etappenförmige Verlauf der innern zentripetalen Wanderungen ist kein selbstverständlicher Tatbestand. Diese Annahme bedarf eines Beweises, der zum Teil schon in der Untersuchung von Furlan erbracht ist[2]). Furlan hat das Wanderungsproblem für die Schweiz nach Bewegungsrichtung und Intensität systematisch dargestellt. Seine Untersuchung interessiert hier nur soweit, als die praktische Nutzanwendung der Ergebnisse seiner Arbeit für unsern Spezialfall herangezogen werden soll; dabei werden immerhin einige grundsätzliche Fragen der theoretischen Erörterungen gestreift werden müssen. «Der Begriff der Bevölkerung lässt sich immer in eine gewisse funktionelle Beziehung zwischen einer Gesamtheit von Lebenden, einem gegebenen Teritorium und einem gegebenen Zeitpunkt auflösen. Wir können demnach verschiedene Bevölkerungen unterscheiden, die Gesamtheiten von Lebenden darstellen, die sich auf dasselbe Territorium und auf denselben Zeitpunkt, aber auf verschiedene funktionelle Abhängigkeit beziehen; z. B. sämtliche in einem Kanton heimatberechtigten und daselbst wohnenden Personen, oder sämtliche in einem Kanton wohnenden, aber in einem bestimmten andern Kanton geborenen Personen»[3]).

Jeder Kanton weist aus allen andern Kantonen heimatberechtigte oder dort geborene Personen auf. Mit dieser Erkenntnis ist aber noch nichts gewonnen. Wenn z. B. im Kanton Bern hundert im Kanton Neuenburg Geborene Wohnsitz haben, so liegt in dieser Erkenntnis keine Besonderheit; wenn dagegen die Mehrzahl der im Kanton Neuenburg Geborenen, aber nicht daselbst Wohnenden im Kanton Bern wohnhaft ist, so sagt dieser Tatbestand, dass

[1]) vgl. im übrigen auch die Entwicklung der Gemeinde Riehen seit 1900 in Tab. 11.

[2]) Furlan, Ztschrft. für S. St. und Volksw. 1915, S. 443.

[3]) vgl. Furlan, a. a. O.

zwischen dem Kanton Bern und dem Kanton Neuenburg eine engere Beziehung besteht, dass der Kanton Bern eine Anziehungskraft auf den Kanton Neuenburg ausübt. Von diesem Gesichtspunkt aus hat Furlan für alle Kantone die maximalen Wanderungsrichtungen ermittelt und damit auch die Abhängigkeitsverhältnisse der verschiedenen Wirtschaftsgebiete. Unter diesen Wirtschaftsgebieten nimmt Basel unsere Aufmerksamkeit besonders in Anspruch.

Die in der Schweiz geborene und in der Stadt *Basel* wohnsitzberechtigte Bevölkerung gliedert sich nach ihren bedeutendsten Geburtskantonen in folgende Zuwanderungsgebiete.

Nach den in der Stadt Basel selbst Geborenen, die mit ein Maximum des Geburtskantons aufweisen, folgt der direkt an die Stadt anschliessende Kanton Baselland mit	53,804 10,182
an dritter Stelle steht der Kanton Bern mit einer Wanderungsquote von	6,772
dann folgt Aargau mit	5,028
Zürich mit	3,421
und Solothurn mit	2,940

(Ich beschränke mich auf die Untersuchung der aus der Schweiz erfolgten Zuwanderung und lasse das Ausland ausser Betracht).

Der Kanton Baselland, der schweizerischerseits das unmittelbare Hinterland der Stadt bildet, stellt das grösste Kontingent der in Basel wohnenden aber in Baselland Geborenen. Die übrigen erwähnten Kantone, Bern, Aargau und Solothurn umschliessen gürtelförmig den Kanton Baselland. Der Wanderungsstrom von Zürich nach Basel ist unter dem Gesichtswinkel der Fernwanderung zu untersuchen.

Nun aber zu den Nahwanderungen aus den Kantonen Baselland, Bern, Aargau und Solothurn. Die Mehrzahl der in Basel wohnenden ausserhalb des Kantons Geborenen stellt der Kanton Baselland und in diesem wiederum der Bezirk Arlesheim, also die erste Zone der äusseren Agglomeration. Die zentripetal wandernde Bevölkerung jeder Zone mit ungenügender Ueberschussbevölkerung muss wieder ersetzt werden. Die Feststellung der Gegenden, aus denen diese Bevölkerung ergänzt wird, zeigt ein Maximum der Wohnbevölkerung, die im Bezirk Liestal geboren sind, also dem Bezirk, der sich — zentrifugal betrachtet — unmittelbar an den vorhergehenden anschliesst. Liestal ergänzt sich aus dem Bezirk Sissach; Sissach aus dem Bezirk Waldenburg.

Die zweitgrösste Wanderungsquote der in der Stadt Basel Wohnsitzberechtigten ist im Kanton Bern geboren. Auch hier sind es wiederum die direkt an den Kanton Baselland grenzenden Bezirke, die das grösste Kontingent stellen (Laufen). Dann folgt der

Kanton Aargau und darin wieder in erster Linie die Baselland tangierenden Grenzbezirke. Ganz entsprechend liegen die Verhältnisse für den Kanton Solothurn.

Die Gliederung der Wohnbevölkerung des Kantons Baselland nach den hauptsächlichsten Geburtskantonen ergibt die Reihenfolge Bern, Aargau, Solothurn, Basel. Unter diesen vier Nachbarkantonen nimmt Basel gegenüber den andern eine Sonderstellung ein. Die Wanderungsrichtungen von den drei Kantonen Bern, Aargau und Solothurn ist typisch als Konzentrationsbewegung gegen das Wirtschaftszentrum Basel erkennbar; die rückläufige Bewegungsrichtung von Basel nach Baselland bildet einen Anhaltspunkt für die grosstädtische Dezentralisation.

Da nicht alle Bezirke von Baselland die gleiche Reihenfolge der wichtigsten Geburtskantone aufweisen, ergibt sich ein neuer Beweis für die radial-zentripetale Richtung der Nahwanderungen. (vgl. Tabelle 8 mit der Reihenfolge der wichtigsten Geburtskantone der vier Bezirke).

8	KANTON BASELLAND			
	Arlesheim	Liestal	Sissach	Waldenburg
	Bern	Bern	Aargau	Bern
	Aargau	Aargau	Bern	Solothurn
	Solothurn	Solothurn	Solothurn	Aargau
	Basel	Basel	Basel	Basel

Bei der Berücksichtigung der Lage der betreffenden Kantone im Verhältnis zu den vier Bezirken erübrigt sich eine weitere Erklärung.

In den einzelnen Bezirken des Kantons Baselland sind deutlich die Wirkungen, die auf einen etappenförmigen Verlauf der zentripetalen Wanderungen schliessen lassen, erkennbar.

9	Geburtsbezirk 1910			
	Arlesheim	Liestal	Sissach	Waldenburg
Gesamte Geburtsbevölkerung	24201	17220	19500	12377
Wohnort in der Geburtsgemeinde	14396	9490	10352	6199
Wohnort in einer andern Gemeinde des Bezirks	1831	1745	2735	1164
Wohnort in einem andern Bezirk	738	1654	1847	1836
davon im Bezirke Arlesheim		724	609	578
„ „ „ Liestal	481		909	781
„ „ „ Sissach	155	590		477
„ „ „ Waldenburg	102	340	329	
Wohnort in einem andern Kanton	7236	4329	4566	3178
davon in Basel	4092	2001	2447	1642

Hier fällt der Anteil der in der Geburtsgemeinde wohnhaften Bevölkerung, der mit zunehmender Entfernung vom Wirtschaftszentrum abnimmt, auf (Arlesheim 60%, Liestal 55%, Sissach 53%, Waldenburg 50%). Die Wanderbewegung der Geburtsbe-

völkerung in den Vorortsgemeinden ist folglich geringer, als die Wanderungsintensität in den weiter entfernt liegenden Gemeinden. Die in den Vorortsgemeinden geborene Bevölkerung ist infolge der geringern Entfernung vom Wirtschaftszentrum jedenfalls weniger oft genötigt, bei der Aufsuchung von Arbeitsgelegenheiten auch den Wohnort zu wechseln.

Eine restlose Bestätigung des etappenförmigen zentripetalen Verlaufes der Wanderbewegung geht aus dem Verhältnis der in einem Bezirk geborenen und in einem andern Bezirk wohnenden Personen hervor. Der Anteil der einzelnen Bezirke steigt hier wieder mit zunehmender Entfernung. Während Arlesheim nur eine Quote von 3% in einem andern Bezirk Wohnender aufweist, erhöht sie sich in Liestal und Sissach auf je 10% und in Waldenburg auf 15% der gesamten Geburtsbevölkerung. Die Hauptrichtung der Wanderbewegung wird durch die Aufteilung der Geburtsbevölkerung nach den verschiedenen Bezirken ersichtlich. Von den 738 im Bezirk Arlesheim Geborenen, die in einem andern Bezirk wohnen, fallen ⅔ auf den Bezirk Liestal und nur ⅓ auf Sissach und Waldenburg. Der Bezirk Liestal sendet das Hauptkontingent nach Arlesheim (46%). Bedeutend geringer ist die rückläufige Bewegung, d. h. der Anteil in Sissach und Waldenburg. Die Bezirke Sissach und Waldenburg verzeichnen die Mehrheit der in ihren Grenzen Geborenen und auswärts Wohnenden im Bezirk Liestal. Sie bestätigen nur die Regel des zentripetalen Wanderungsverlaufes.

Diese Abschweifung vom engeren Thema, die aber meines Erachtens wertvolle Aufschlüsse über den generellen Verlauf der Nahwanderungen und die Ausdehnung der Einflusssphäre der Grosstadt ermöglicht und deren Ergebnis den Nachweis des etappenförmigen Verlaufes der Nahwanderungen gebracht hat, dient als Ausgangspunkt für die Untersuchung der Wanderbewegung oder die Fluktuation in den eigentlichen Vorortsgemeinden.

Aus den Ergebnissen der Niederlassungs- und Aufenthalterkontrollen der Gemeinden sind leider Herkunft und Ziel der Wandernden nicht mehr festzustellen. Auf Grund der Volkszählungsergebnisse kann aus den Geburtsverhältnissen der Wohnbevölkerung der Vorortsgemeinden auf die Herkunft der Wandernden geschlossen werden. Wenn Wohnsitz und Geburtsort einer Person nicht identisch sind, so muss die betreffende Person mindestens einmal den Wohnort gewechselt haben[1]). Wann dieser Wechsel jedoch erfolgt ist und auf welchem Wege, ist nicht ersichtlich. Immerhin lässt die Häufigkeit der in einem bestimmten Kanton oder Land geborenen und in einer der Vorortsgemeinden nieder-

[1]) Bücher, Basler Volkszählung von 1888.

gelassenen Person auf einen Wanderungsstrom vom Geburts- zum Wohnort schliessen. Die Analyse der Volkszählungsergebnisse nach den Geburtsverhältnissen der Wohnbevölkerung ergibt folgenden Bestand an Ortsgeborenen:

10 Anteil der Ortsgeborenen an der Wohnbevölkerung

Gemeinde	1860		1888		1900		1910		1920	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Binningen	712	40	1578	37	1972	39	2197	35	2226	34
Birsfelden	171	12	935	26	1193	33	1533	35	1698	31
Allschwil	803	67	1091	45	1351	44	1073	43	1778	38
Riehen	1002	59	1135	54	1113	43	1193	38	1226	29
Münchenstein	397	33	629	47	724	36	968	33	1130	31
Muttenz	1077	69	1439	68	1525	61	1584	58	1636	43
Arlesheim	538	59	477	47	547	34	692	35	662	28

11 In einer andern Gemeinde des Kantons Geborene

Gemeinde	1860		1888		1900		1910		1920	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Binningen	499	28	886	22	742	14	787	12	842	13
Birsfelden	704	50	984	28	790	21	798	15	850	16
Allschwil	112	9	215	9	220	7	257	6	274	6
Riehen	69	4	199	9	326	12	462	15	810	19
Münchenstein	177	15	156	12	275	14	386	13	437	12
Muttenz	274	16	263	13	359	14	381	14	506	16
Arlesheim	80	8	108	10	196	12	239	12	302	13

12 In einem andern Kanton Geborene

Gemeinde	1860		1888		1900		1910		1920	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Binningen	394	22	1099	26	1329	26	1752	28	2293	35
Birsfelden	393	27	1040	29	1007	28	1367	27	1886	35
Allschwil	179	14	518	21	610	20	861	22	1608	34
Riehen	306	19	332	17	522	20	690	21	1099	26
Münchenstein	510	42	443	32	709	36	954	33	1576	44
Muttenz	264	16	289	14	377	15	521	19	876	26
Arlesheim	214	23	349	34	595	37	776	40	962	42

13 Im Ausland Geborene

Gemeinde	1860		1888		1900		1910		1920	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Binningen	171	10	618	15	1092	21	1567	25	1167	18
Birsfelden	148	11	618	17	664	18	1159	23	950	18
Allschwil	121	10	578	24	915	29	1090	29	923	20
Riehen	274	18	480	22	615	25	840	26	1092	26
Münchenstein	118	15	132	9	280	14	599	21	491	13
Muttenz	89	5	111	5	241	10	217	9	246	7
Arlesheim	104	11	85	9	261	15	245	13	424	17

Der Anteil der Ortsgeborenen in den verschiedenen Gemeinden gibt Aufschluss über die Entwicklung der Gemeinden aus eigener Kraft (Geburtenüberschuss) und aus fremden Elementen (Wanderungsgewinn). Die Ergebnisse des Jahres 1860 bestätigen meine Feststellungen (Tabelle 2 und 4); die Gemeinden Riehen, Allschwil, Muttenz und Arlesheim stehen noch keineswegs unter dem Einfluss der grosstädtischen Agglomeration. Eine Ortsgebürtigkeit von 60—90% der Wohnbevölkerung lässt ohne weiteres erkennen, dass die Gemeinden bis zu diesem Zeitpunkt vorwiegend aus sich selbst entstanden sind. Es trifft dies namentlich auf Muttenz und Allschwil zu (vgl. Tabelle 4).

Leider wurde in den Volkszählungen von 1870 und 1880, die Gebürtigkeit der Wohnbevölkerung nicht nach der Herkunft der Zugewanderten ausgeschieden, so dass erst die Ergebnisse von 1888 wieder zum Vergleich herangezogen werden können. Bemerkenswert erscheint die Feststellung, wie verschieden der Gang der Entwicklung in den einzelnen Gemeinden zum Ausdruck kommt. Zu den Gemeinden, deren Anteil Ortsgebürtiger keine nennenswerte Aenderung erfahren hat, gehören Binningen, Riehen und Muttenz. Dieser Tatbestand lässt auf eine Entwicklung schliessen, in der das Wachstum der stationären mit der fluktuierenden Bevölkerung Schritt hält.

Unter einer zweiten Gruppe werden alle Gemeinden zusammengefasst, deren Anteil an Ortsgeborenen eine merkliche Steigerung erfahren hat: Birsfelden und Münchenstein. Ihr Anteil an Ortsgeborenen hat sich von 12 auf 26 resp. von 33 auf 47% erhöht. In Birsfelden ist diese Entwicklung sehr leicht erklärlich. Da die Gemeinde erst in den 40er Jahren entstanden ist, muss der anfängliche Bevölkerungszuwachs mit überwiegender Mehrheit auf einen Wanderungsgewinn zurückgeführt werden. Dies zeigt sich ja deutlich aus der geringen Ortsgebürtigkeit im Jahre 1860 (12%). Nachdem nun aber ein gewisser Stock angesiedelter Bevölkerung vorhanden war (im Jahre 1860: 1416) ergab sich von selbst eine grössere Bedeutung des Geburtenüberschusses im gesamten Bevölkerungswachstum. Münchenstein erfährt in der Periode 1860—1888 einen effektiven Wanderungsverlust. Die Gesamtzunahme der Wohnbevölkerung (von 1202 auf 1360) beziffert sich auf 158. Die Ortsgebürtigkeit erhöht sich aber während dieser Zeit allein von 397 auf 629, also um 232 Personen. Infolgedessen muss die Zahl der auswärts geborenen zugewanderten Personen eine Abnahme von 74 erfahren haben. Im ersten wie im zweiten Falle ist die Steigerung einer Erhöhung des Geburtenüberschusses zuzuschreiben, wozu im zweiten Falle der Wanderungsverlust noch eine weitere Erhöhung des Ortsgeborenenanteil verursacht.

Eine dritte Gruppe umfasst alle Gemeinden, die in dieser Pe-

riode eine Abnahme des Anteils an Ortsgeborenen erfahren haben, wie Allschwil und Arlesheim. Der relative Rückgang ist besonders in Allschwil ganz enorm (20% des Gesamtanteiles). Die Entwicklung der Gemeinde in dieser Periode zeigt deutlich die Vorherrschaft des Wandergewinnes an der gesamten Bevölkerungszunahme. Die Gesamtzunahme beträgt von 1860 bis 1888 1187 Personen. An dieser Erhöhung ist der Anteil der Ortsgeborenen nur mit 288 oder zirka 25% beteiligt.

In der Zeit von 1888 bis 1900 zeigt die Entwicklung der Vorortsgemeinden folgendes Bild. Zu den Gemeinden, in denen die Entwicklung der ortsgebürtigen Bevölkerung mit der Vergrösserung der Gesamtbevölkerung parallel geht, der Anteil der Ortsgebürtigkeit folglich ungefähr gleich bleibt, gehören Binningen und Allschwil. Der Wanderungsgewinn erfährt daher in diesen Gemeinden keine Beschleunigung. Die Entwicklung Allschwils ist in der vorhergehenden Periode fast ausschliesslich auf den Wanderungsgewinn zurückzuführen. Im letzteren Entwicklungsabschnitt ist die Gemeinde bereits in das Stadium eingetreten, in dem das Wachstum aus Wanderungsgewinn und Geburtenüberschuss parallel verläuft. Ueberwiegende Agglomerationsentwicklung kennzeichnet das Wachstum der Gemeinden Riehen, Münchenstein, Muttenz und Arlesheim. In diesen vier Gemeinden charakterisiert das Jahr 1888 den Beginn der grosstädtischen Agglomeration (vgl. Tabelle 4). Es lässt sich also auch auf diesem Wege die verschiedenartige Beeinflussung der Agglomeration durch das Wirtschaftszentrum deutlich erkennen.

Birsfelden steht mit einer vermehrten Eigenentwicklung in dieser Periode allein da; der Anteil der Ortsgeborenen hat sich von 26% auf 33% erhöht. Mit dem Jahre 1900 kann die gesteigerte Agglomerationsentwicklung aller Vorortsgemeinden als abgeschlossen betrachtet werden. Die Komponenten des Bevölkerungswachstums (Geburtenüberschuss und Wanderungsgewinn), verlaufen in allen Gemeinden parallel. Die kleinen Schwankungen geben nicht Anlass zu irgendwelchen Erörterungen. Die letzte, die Kriegsjahre umfassende Periode, ist nicht besonders zu Vergleichszwecken geeignet. Die Verschiebungen im Anteil des Bevölkerungswachstums sind vorwiegend nicht-agglomeratorischen Einwirkungen zuzuschreiben.

Eine wesentliche Verschiebung des Verhältnisses zu Gunsten des Wandergewinnes kommt besonders stark in Riehen und Muttenz zum Ausdruck[1]).

[1]) Diese Erscheinung ist hauptsächlich auf Dezentralisationswanderungen zurückzuführen; sie sind in Riehen bedingt durch Erschliessung des Baugebietes zwischen Stadt und Riehen, in Muttenz durch die neue Freidorfansiedelung.

Aus dem Anteil der Ortsgeborenen gemessen an der Gesamtentwicklung in den verschiedenen Vorortsgemeinden lässt sich folgendes erkennen: Allgemein ist die Unterstellung einer Vorortsgemeinde unter den Einfluss des Wirtschaftszentrums am gesteigerten Anteil des Wandergewinnes an der Gesamtentwicklung erkennbar (vgl. die Ergebnisse der Gemeinden Riehen, Münchenstein, Muttenz und Arlesheim im Jahre 1888 und 1900). In der Regel tritt sehr bald wieder ein Ausgleich zwischen dem Anteil des Wanderungsgewinnes und der Ortsgeborenen ein, und die beiden Komponenten nehmen mit gleichbleibender Intensität am Bevölkerungswachstum teil.

Bei der Herkunft der Wanderbevölkerung ist ein Unterschied zwischen Nah- und Fernwanderung zu machen. Unter Nahwanderungen werden alle Wandernden zusammengefasst, deren Geburtsort innerhalb der Zone der von Hassinger ermittelten Grenze des geistigen und wirtschaftlichen Einflusses der Stadt Basel liegt[1]) .Alle übrigen Wanderungen, sowohl aus andern Kantonen, wie auch die Einwanderungen aus ausserstaatlichen Gebieten, sind der Fernwanderung beizumessen.

Eine gemeindeweise Aufzählung der Zugewanderten nach ihrer Herkunft erachte ich als überflüssig. In diesem Zusammenhang soll lediglich auf einige typische Erscheinungen verwiesen werden, aus deren Erklärungen sich charakteristische Merkmale der Wanderbewegung nachweisen lassen.

Auf der einen Seite fällt der geringe Anteil der Zuwandernden aus dem eigenen Kantonsgebiet in der Gemeinde Allschwil auf. Der Zuwanderungsgewinn aus andern Gemeinden des Kantons partizipiert nur mit 6—9% am Gesamtbestand. Ebenfalls einen geringen Anteil weisen die Gemeinden Arlesheim und bis zum Jahre 1900 Riehen auf. Im Gegensatz dazu stehen die Ergebnisse der Gemeinden Muttenz, Birsfelden, Binningen und Münchenstein mit einem beträchtlichen Prozentsatz in einer andern Gemeinde des Kantons Geborenen.

Die geographische Lage der Gemeinden, die zur einen oder andern Gruppe gehören, macht die Ursache dieser Erscheinung deutlich erkennbar[2]).

---

[1]) Hassinger; Basel, ein geographisches Städtebilde (Tafel V).

[2]) Denkt man sich vom Wirtschaftszentrum nach allen Vorortsgemeinden Radien gezogen, so zeigt sich bei den Vororten mit einem kleinen Bestand Zugewanderter aus dem eigenen Kantonsgebiet, dass die Gemeinden in zentrifugaler Richtung unmittelbar auf kantonsfremdes Gebiet stossen: bei der andern Gruppe Zugewanderter, mit einem relativ grossen Bestand aus eigenem Kantonsgebiet, erstreckt sich die radiale Ausdehnung weiterhin über eigenes Kantonsgebiet.

Die Erfassung dieser Erscheinung erbringt gleichzeitig den Nachweis für die Verschiedenheit der Bewegungsrichtungen von Nah- und Fernwanderungen. Ganz besonders prägnant kommt die Wirkung dieser Gesetzmässigkeit in der Gemeinde Allschwil zum Ausdruck (vgl. Tabelle 11). Die Wanderungsrichtung der Nahwanderungen in den Vorortsgemeinden erfolgt radial zentripetal, diejenige der Fernwanderungen radial-zentrifugal.

Riehen, in ganz entsprechender Stellung wie Allschwil, scheint namentlich in der Zeit seit 1900 durch den steigenden Anteil der Stadtbürger diese Regel zu negieren (vgl. Tabelle 11. In Wirklichkeit ist diese Erscheinung aber ein Beweis für den Beginn der grossstädtischen Dezentralisation. Die zentrifugale Ansiedlung der Fernwanderungen wird aus der Tabelle 12 und 13 ersichtlich. Im Jahre 1920 weist der Anteil der in andern Kantonen Geborenen in allen Vorortsgemeinden mit Ausnahme von Münchenstein und Arlesheim nur geringe Unterschiede auf, ein Beweis für die Richtigkeit dieser Annahme. Der bedeutend grössere Anteil in Münchenstein und Arlesheim ist auf die Nähe des Kantons Bern zurückzuführen, aus dem ein beträchtlicher Teil der Wanderungen ins Wirtschaftsgebiet der Stadt Basel in der Bewegungsrichtung der Nahwanderungen erfolgt.

Die im Ausland geborenen Zugewanderten dringen ebenfalls zuerst in das Innere der Stadt und werden von dort radial in die Vorortsgemeinden zerstreut. Immerhin geht auch hier aus dem Anteil der im Ausland Geborenen in den Gemeinden Allschwil und Riehen hervor, dass ein Teil dieser Wanderungen infolge der besonderen geographischen Lage zentripetal erfolgt. Auf der einen Seite grenzt das Elsass, auf der andern das Wiesental unmittelbar an die beiden Gemeinden. Für sie gilt der Grundsatz, der bei den Gemeinden Münchenstein und Arlesheim auf die Wanderungen aus andern Kantonen angeführt wurde.

a.) Der Verlauf der Agglomerationswanderungen.

Aus den Volkszählungsergebnissen wurden Wanderungsrichtung und Intensität, sowie Herkunft und Ziel der Wandernden festgestellt, d. h. die Wirkungen von Wanderungsakten ermittelt[1]). Die Ermittlung der Zeit, zu der die verschiedenen Wanderungsakte stattgefunden haben, lassen sich nur bis in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückverfolgen[2]). Der Beginn

[1]) Tabellen 10—13.

[2]) Erst seit dem Jahre 1884 werden in allen Gemeinden des Kts. Baselland Niederlassungskontrollen nach einheitlichem Schema geführt. Die Kontrolle erstreckt sich nur auf die Ermittlung des Eintrittes und Wegzuges in einer Gemeinde; vgl. Tabelle 23.

der grosstädtischen Agglomeration kann folglich nicht mehr einbezogen werden.

Die einzelnen Vorortsgemeinden unter dem Gesichtswinkel der Wanderungen betrachtet, zeigen folgende Entwicklung (vgl. Tabelle 21). Binningen weist in der Mitte der 80er Jahre eine durchschnittliche jährliche Gesamtzuwanderungsquote von zirka 200 bis 300 Personen auf. Aus bereits angeführten Gründen kann die Herkunft der Wandernden nicht genau ermittelt werden. In anderm Zusammenhange wurde schon auf diese Wanderungen in die Vorortsgemeinden hingewiesen, die sich aus drei verschiedenen Gruppen zusammensetzen:

1. zentripetal gerichteten Nahwanderungen.
2. zentrifugaler Ansiedlung der Fernwanderungen.
3. zentrifugal gerichteter Dezentralisationswanderung.

Der Anteil der einzelnen Gruppen an der Gesamtwanderung ist nicht feststellbar. Aus der ganz bedeutenden Ueberlegenheit[1]), der zentripetalen Nahwanderungen gegenüber den beiden andern Wanderungsgruppen darf man — ohne das wirkliche Bild der Wanderbewegung in seiner Gesamtheit zu verzerren —, die Zuwanderung nach den Vorortsgemeinden als vorwiegend durch die zentripetalen Nahwanderungen verursacht annehmen. Die Gesamtwanderung wird daher unter dem Gesichtswinkel der Nahwanderungen untersucht[2]).

Die Wanderungsquoten nach den verschiedenen Vorortsgemeinden sind beträchtlichen Schwankungen unterworfen; deren Bedeutung und Verursachung ist später zu untersuchen. Die Gemeinde Binningen weist eine anfängliche Wanderungsintensität von 200—300 Personen auf; diese Quote steigt mit erheblichen jährlichen Unterschieden bis zu 700 Personen pro Jahr.

Birsfelden zeigt eine ganz entsprechende Bewegung in der jährlichen Zuwanderung. Schon in den 1880er Jahren erhöht sich die Zahl der Zuwandernden auf zirka 400 und verläuft mit mehr oder weniger regelmässigen periodischen Auf- und Abstiegsepochen. Wesentlich geringer ist der Umfang der Wanderbewegung in den übrigen Vorortsgemeinden (vgl. Tabelle 21).

Die angeführten Zahlen erstrecken sich nur auf die wandernde Niederlassungsbevölkerung. In verstärktem Masse zeigt sich aber die intensive Wanderbewegung in den Vorortsgemeinden bei den

---

[1]) Eidg. Volkszählung vom 1. Dez. 1920; Herkunft der zugewanderten Personen.

[2]) Ich bin mir dabei des Fehlers der Ungenauigkeit dieser Methode bewusst; aber in Ermangelung einer zweckmässigeren Methode bleibt keine andere Möglichkeit offen.

Aufenthaltern[1]). Binningen steht in der Zuwanderung wiederum an erster Stelle (vgl. Tabelle 21). Die gesamte Aufenthalterzuwanderung ist sehr grossen Schwankungen unterworfen, ein Umstand der bei der Beurteilung des Einflusses der Konjunkturschwankungen auf die Bevölkerungsagglomeration näher zu be-

---

[1]) Unterschied von Niedergelassenen und Aufenthaltern. Es gibt keine einheitliche Umschreibung, da die Begriffsbildung der beiden Wohnsitzkategorien in den verschiedenen Kantonen ausserordentlich verschieden ist. Wesentlich ist die Unterscheidung für unsere Untersuchung nicht. Die Verschiedenheit in agglomeratorischer Hinsicht besteht nur darin, dass die Aufenthalterbevölkerung einen noch grösseren Fluktuationsgrad aufweist als die Niederlassungsbevölkerung. Fleiner (schweiz. Bundesstaatsrecht) umschreibt die beiden Begriffskategorien wie folgt: «Jedem Schweizer, der in einem fremden Kanton eine bundesrechtlich gesicherte Stellung erwerben will, und dort um die Bewilligung der Niederlassung einkommt, muss diese gewährt werden ohne Rücksicht auf die voraussichtliche Dauer seines Verweilens. Die Regelung des Aufenthaltes ist dem kant. Recht überlassen. Die Kantone dürfen das Recht des Aufenthaltes zeitlich beschränken; sie sind ferner von Bundes wegen nicht verpflichtet den Aufenthaltern politische Rechte in kantonalen und Gemeindeangelegenheiten zu gewähren. Dem kant. Recht ist ferner freigestellt, welche Personen es der Kategorie der Aufenthalter und welche derjenigen der Niedergelassenen zuzählen will. Aber dies gilt nur unter einem grossen Vorbehalt: jeder Schweizer hat das Recht, für sich das Niederlassungsverhältnis zu verlangen. Die Staatsverfassung von Baselland teilt die Bevölkerung nach folgenden Gesichtspunkten in Niedergelassene und Aufenthalter:

I. Niederlassung. Kantonsbürger, welche in einer andern Gemeinde des Kantons, in welcher sie nicht Bürger sind, ebenso Schweizer und Ausländer, welche im Kt. Baselland Wohnsitz nehmen, werden als Niedergelassene betrachtet und bedürfen einer Niederlassungsbewilligung:

a) wenn sie in der betr. Gemeinde zugleich Grundeigentum besitzen;
b) wenn sie ein Gewerbe oder einen Beruf daselbst ausüben;
c) wenn sie sich in einer festen Anstellung in einem Privatgeschäft befinden;
d) wenn sie einen eigenen Haushalt führen;
e) wenn sie nach zurückgelegtem 20. Altersjahr länger als ein Jahr in der Gemeinde verbleiben.

II. Aufenthalt. Wer in einer Gemeinde, in der er nicht heimatberechtigt ist, verweilen will, ohne dass bei ihm die Erfordernisse, die für den Begriff der Niederlassung aufgestellt sind, zutreffen, gilt als Aufenthalter und hat um eine Aufenthaltsbewilligung nachzusuchen. Dies gilt insbesondere für Dienstboten, Handwerksgesellen, Fabrikarbeiter und Taglöhner.

Stimmberechtigt sind in kantonalen und Gemeindeangelegenheiten:

a) die in der Gemeinde wohnenden Ortsbürger;
b) die niedergelassenen Kantons- und Schweizerbürger;
c) die kantonalen und schweiz. Aufenthalter und zwar die ersteren in Gemeindeangelegenheiten, die letzteren in kantonalen und Gemeindeangelegenheiten erst nach einem Aufenthalt von 3 Monaten nach der Erteilung der Aufenthaltsbewilligung an gerechnet.

Bei der Umschreibung der Aufenthalterbevölkerung ist der grössere Fluktuationsgrad gegenüber der Niederlassungsbevölkerung ohne weiteres ersichtlich.

trachten sein wird. Zwischen 1884 bis 1900 bewegen sich die Zahlen zwischen 200 und 900. Nach 1900 ist die Bewegung etwas ausgeglichener, beträgt doch die Differenz zwischen Maximal- und Minimal-Quote nur noch höchstens 300 Personen; immerhin sind auch bei dieser Differenz Verschiebungen erkennbar, die Schlüsse auf Veränderungen in der Konjunkturlage ermöglichen. Es erscheint überflüssig, zu der Zusammenstellung in der Tabelle 21 den Bewegungsverlauf der Aufenthalterwanderungen in jeder Gemeinde noch einzeln aufzuzählen. Als eigenartige Erscheinung muss die Entwicklung der Gemeinde *Allschwil* hervorgehoben werden. Dort fällt merkwürdigerweise die Zuwanderungsquote der Aufenthalter in den Jahren 1920 bis 1923 von 300 auf 84; dann auf 6; 1923 fällt die Zuwanderung der Aufenthalter überhaupt ganz aus[1]).

Bei der Vergleichung der Gesamtwanderungsquoten in den verschiedenen Vorortsgemeinden erhellt der allen Vorortsgemeinden gemeinsame Tatbestand: *die Schwankungen in der Bewegungsintensität der Zuwanderung sind periodisch, und zwar sind die entsprechenden Phasen dieser Perioden in allen Vorortsgemeinden gleichzeitig; d. h. überall und gleichzeitig sind Perioden vermehrter und abnehmender Zuwanderung zu erkennen.*

Der Nachweis der Schwankungen in der Wanderungsintensität wird bei der Behandlung von Wanderungsintensität und Konjunkturschwankungen noch näher zu untersuchen sein.

1.) Die Abwanderung aus den Vorortsgemeinden in die Stadt.

Begreiflicherweise verbleiben nicht alle in einem Jahre zugewanderten Personen in der betreffenden Gemeinde. Schon die grosse jährliche Zuwanderungsquote (vgl. Tabelle 21), die sehr oft umfangreicher ist, als der Bevölkerungszuwachs eines ganzen Jahrzehnts, lässt nach kürzerem oder längerem Aufenthalt die Abwanderung eines wesentlichen Teiles der gewanderten Personen vermuten. Tatsächlich wandert schon im gleichen Jahre hauptsächlich aber in den nächstfolgenden Jahren ein grosser Teil dieser Bevölkerung aus den betreffenden Gemeinden weg

[1]) Diese Bewegung ist nicht als Wirkung einer bevölkerungspolitischen Massnahme aufzufassen. Die entsprechenden Zuwanderungszahlen der Niederlassungsbevölkerung zeigen dort ein ausserordentlich starkes Ansteigen der Wanderungsziffern. Diese Wirkung ist durch eine steuerpolitische Massnahme verursacht. Da die Besteuerung der Aufenthalter kopfsteuerartigen Charakter hat, und eine Heranziehung des Einzelnen nach seiner Leistungsfähigkeit ausgeschlossen ist, sahen sich verschiedene — namentlich die nächsten — Vorortsgemeinden veranlasst, zur Erreichung höherer Steuererträge alle Zuwandernden durch die Niederlassungsbewilligung an die Gemeinden zu binden.

(vgl. Tabelle 22). Die nähere Untersuchung des Verlaufes der letzten Etappe der Wanderbewegung führt zu folgenden Ergebnissen:

Die Abwanderung der Zugewanderten von den Vorortsgemeinden in die Stadt als Einzelerscheinung betrachtet, zeigt keine Besonderheiten; der eine verlässt die Gemeinde früher, der andere später, um in der Stadt einen neuen Wohnsitz aufzusuchen. Der frühere oder spätere Weggang oder die kürzere oder längere Aufenthaltsdauer sind persönlichen Motiven des einzelnen Wandernden zuzuschreiben. Als Massenerscheinung betrachtet, d. h. bei der Untersuchung der Gesamtheit der in einem Jahre Zugewanderten, gehen aber bei der Abwanderung aus vielen Einzelzufällen Regelmässigkeiten hervor. Stellt man die jährliche Zahl der Abwandernden, den in einem Jahre Zugewanderten vergleichsweise gegenüber, so ergeben sich namentlich in den ersten Jahren relativ grosse Abwanderungen. Sodann erscheint die Parallelität der Vergrösserung der Zuwanderung und der Steigerung der Abwanderung besonders beachtenswert (vgl. Tabelle 22). M. E. führt diese Tatsache zum Schluss, dass zwischen der im Einzelfall auf Zufälligkeiten zurückzuführenden Zu- und Abwanderung als Massenerscheinung betrachtet, ein innerer Zusammenhang besteht. Diese Wechselwirkung ist mit einer Akklimatisierungsperiode der zentripetal stadtwärts gewanderten Bevölkerung in den Vorortsgemeinden zu erklären[1]). Nicht jede zentripetale Wanderung weist diese Zwischenstufe auf; immerhin kann sie als typische Erscheinung für die Wanderbevölkerung in den Vorortsgemeinden aufgefasst werden.

In welcher Art erfolgt nun die Abwanderung? Für vier verschiedene Gemeinden wurde von den in einem Jahre Zugewanderten die Abwanderung der nachfolgenden Jahre ermittelt (vgl. Tabelle 14 und 22). Im gleichen und nachfolgenden Jahre der Zuwanderung wandern zirka 30% der Zugewanderten wieder ab. Nach drei Jahren sind nahezu $^2/_5$ fortgezogen. Im Laufe der ersten 5 Jahre erhöht sich die Anzahl der Weggezogenen bereits auf 50%. Es wurden vergleichsweise Gesamtdurchschnitte der einzelnen Gemeinden errechnet, um unter Umständen Anhaltpunkte für Zusammenhänge der Entfernung von Vorortsgemeinden vom Wirtschaftszentrum und Dauer des Aufenthaltes der Wanderbevölkerung zu erkennen. Der durchgeführte Vergleich in den Gemeinden Binningen, Birsfelden, Münchenstein und Muttenz bestätigt unsere Annahme.

---

[1]) Die Ueberschussbevölkerung des Landes gewöhnt sich durch vorübergehenden Wohnsitz in den Vorortsgemeinden an die Lebensgewohnheiten der Stadt.

14 Gemeinde	Abwanderungen nach		
	2 Jahren	3 Jahren	5 Jahren
Binningen	28,3 %	39,0 %	51,1 %
Birsfelden	29,4 %	38,9 %	50,0 %
Münchenstein	27,3 %	37,6 %	46,9 %
Muttenz	24,2 %	37,7 %	46,3 %

Die Uebereinstimmung dieser Ergebnisse beweist den grösseren Fluktuationsgrad in den näher liegenden Gemeinden, gegenüber den entfernteren Gemeinden. Besonders stark zeigt sich die Fluktuationsintensität der verschiedenen Vorortsgemeinden bei der Gegenüberstellung von Einwohnerzahl und Gesamtzuwanderung in den einzelnen Volkszählungsjahren. Aus der nachstehenden Tabelle geht der relativ kleine Prozentsatz der in der Gemeinde verbleibenden Wanderbevölkerung hervor.

15	Binningen		Birsfelden		Allschwil		Münchenstein		Muttenz	
Jahr	Zuwander.	Einwohner	Zuwander.	Einwohner	Zuwander.	Einwohner	Zuwander.	Einwohner	Zuwander.	Einwohner
1888		4181		3577		2402		1360		2102
	11681		7959		7168		4072		2793	
1900		5135		3614		3096		1988		2502
	8622		7179		8280		5519		3032	
1910		6303		4857		3911		2907		2703
	9011		8713		9057		6444		3294	
1920		6528		5384		4853		3634		3264

b) **Die Ermittlung der Bewegung der Agglomeration.**

Nachdem der Bewegungsverlauf der Wanderungen in den Vorortsgemeinden festgestellt worden ist, ergibt sich die weitere Frage, nach dem Zusammenhang der Agglomeration in den Vorortsgemeinden und der Bevölkerungskonzentration in der Grossstadt selbst. Bedeutende parallel verlaufende Schwankungen der jährlichen Zuwanderungsquoten kennzeichnen die Wanderungen nach der Stadt und den Vorortsgemeinden.

Ein zahlenmässiger Vergleich zwischen Wanderungen nach dem inneren Agglomerationskreis und Agglomeration in den Vorortsgemeinden ist nicht durchführbar. Für die Stadt Basel wird der jeweilige jährliche Wanderungsgewinn oder Verlust festgestellt (vgl. Tabelle 25); die effektive jährliche Zuwanderungsquote wird erst seit dem Jahre 1911 ermittelt (vgl. Tabelle 7). Dagegen kann für die Vorortsgemeinden nur die Gesamtzuwanderung nachge-

wiesen werden (Tabelle 23). Es ist aber ohne weiteres anzunehmen, dass den Jahren grosser Zuwanderung ein vermehrter Wanderungsgewinn entspringt und umgekehrt bei kleiner werdender Zuwanderung auch der Gewinn kleiner wird. Das geht übrigens auch aus den Abwanderungsquoten in den Vorortsgemeinden hervor (vgl. Tabelle 22). Die Zahlenergebnisse der Abwanderungsquoten bestätigen die parallel zur Zuwanderung verlaufende Intensität der Abwanderung. Tabelle 23 enthält den jährlichen Wanderungsgewinn der Stadt Basel, d. h. den Wanderungsgewinn oder Verlust der aus der Differenz der Gesamtzu- und Wegwanderung hervorgeht. Er beziffert sich 1885 in Basel auf 200 Personen und steigt bis 1889 auf 1730. Diesem Gewinn steht in den Vorortsgemeinden eine Gesamtzuwanderung gegenüber, die folgende Entwicklung nimmt[1]). Das Maximum der Wanderungsquote in den Vorortsgemeinden weicht von der Bewegung in der Stadt ab und erfährt eine Verschiebung. Merkwürdigerweise ist die Verschiebung des Maximums der Zuwanderung auf einen späteren Zeitpunkt nicht in allen Vorortsgemeinden gleichmässig, sondern allgemein in den näher bei der Stadt liegenden Gemeinden kürzer, als bei den entfernteren (vgl. Tabelle 23). Die Scheitelpunkte der Wanderungsmaxima in Stadt und Vorortsgemeinden erstrecken sich über 1—4 Jahre[2]). (Die Bewegungsabschnitte der Wanderungsintensität werden von Maximum zu Maximum angenommen). Die nächste Periode kommt in der Stadt 1897—98 zum Abschluss. In den Vorortsgemeinden zeigt sich wieder das 1—4jährige Nachhinken des Maximums der Zuwanderung. Da in späterem Zusammenhang bei der Untersuchung der Wanderungsintensität unter dem Einfluss der Konjunkturschwankungen eingehender auf die einzelnen Phasen der Konjunkturperioden eingegangen wird, genügt hier die blosse Feststellung der einzelnen Maxima.

In der folgenden Periode wird das Maximum in der Stadt 1906 erreicht, in Muttenz erst zwei Jahre später 1908. In der letzten Untersuchungsperiode ergibt sich in Basel 1912 ein Höhepunkt; in vier Vorortsgemeinden erst 1913. Es ist anzunehmen, dass auch hier eine weitere Differenzierung eingetreten wäre,

---

[1]) Es muss vorausgeschickt werden, dass hier keinesfalls die absoluten Zahlen des Wanderungsgewinnes der Stadt einerseits und der Gesamtzuwanderung in den Vorortsgemeinden andererseits einander vergleichbar gegenübergestellt werden; nur der Bewegungsverlauf der Zahlen als solcher soll einer Vergleichung unterzogen werden.

[2]) Wenn also das Wanderungsmaximum in der Stadt überschritten wird, erfolgt ein maximaler Wanderungszuwachs in den verschiedenen Vorortsgemeinden erst in einer Zeitspanne von 1—4 Jahren nach diesem Zeitpunkt.

wenn nicht der Kriegsbeginn störend in die ganze Bewegung eingegriffen hätte. Die Kriegsperiode selbst ist nicht zu Vergleichszwecken geeignet.

Die während vier Wirtschaftsperioden im Wanderungsgewinn der Stadt Basel einerseits und der Gesamtzuwanderung in den Vorortsgemeinden andererseits nachgewiesenen Schwankungen haben ergeben, dass im allgemeinen sowohl die Perioden der städtischen, wie auch der vorortsgemeindlichen Zuwanderung im Grossen und Ganzen übereinstimmen; ein Nachhinken der Maxima in den Vorortsgemeinden gegenüber den Maxima in der Stadt um 1—4 Jahre ist jedoch deutlich erkennbar.

1.) Die Ursachen der Schwankungen im Wanderungsstrom.

Die Schwankungen in der Intensität der Bevölkerungsagglomeration können m. E. nicht als Zufallserscheinung aufgefasst werden. Das beweisen die in regelmässigen Zeitabständen sich wiederholenden entsprechenden Wellenbewegungen. Die Uebereinstimmung von Wanderungsintensität und Konjunkturschwankungen führt dazu, das Auf und Ab im Wanderungszustrom als typischen Reflex konjunkturaler Schwankungen im Wirtschaftsleben aufzufassen. Der Beweis für die Richtigkeit dieser Annahme wird sich später ergeben. Die Uebereinstimmung einer mit einem Wellenberg abschliessenden aufsteigenden Bewegung der Gesamtzuwanderung mit einer Periode steigender Konjunktur im Wirtschaftsleben und die Parallelität von Wellental in der Gesamtzuwanderung zu einer wirtschaftlichen Depression wird hier als Tatsache vorausgesetzt. Da der Konjunkturstand des Wirtschaftszentrums auch die wirtschaftlich abhängigen Vorortsgemeinden gleichzeitig trifft, so muss die Tatsache auffallen, dass die Phasen der Intensität der Wanderbewegung in den Vorortsgemeinden denjenigen des wirtschaftlichen Zentrums in der Regel nachfolgen und nicht mit ihr identisch sind[1]).

[1]) M. E. führen folgende Erwägungen zur Erklärung dieser Erscheinung: Durch eine wirtschaftliche Aufschwungsperiode hervorgerufen, erfährt der städtische Arbeitsmarkt eine steigende Nachfrage nach Arbeitskräften. Diese Bewegung, aus der heraus der etappenförmige Verlauf der Nahwanderungen erklärt wurde, erstreckt sich über die Grenzen der Vorortsgemeinden hinaus und bewirkt dort einen breit angelegten zentripetalen Wanderungsstrom. Dieser Wanderungsstrom ergiesst sich in das Wirtschaftszentrum und siedelt sich in den noch freien Wohnungen an. Der Arbeitsbedarf wächst natürlich mit steigender Konjunktur, da in den Betrieben Erweiterungen vorgenommen werden, die ständig grössern Arbeitermassen Beschäftigung bieten können. Natürlich wird der Wanderungsstrom auch in den nähern und weitern Vorortsgemeinden zum Stillstand kommen. Allgemeine Tendenz wird es aber sein, in möglichste Nähe des Wirtschaftszentrums zu gelangen. Es liegt aber im Wesen konjunktu-

Die Ursache dieser Verschiebung ist später nachzuweisen.

In der ersten untersuchten Periode fällt in der Stadt ein Wanderungsmaximum auf das Jahr 1889 (vgl. Tabelle 23). Binningen, Birsfelden und Allschwil folgen erst zwei Jahre später 1891 nach. Die Zahlen für Riehen weisen zu geringe Schwankungen auf, um irgend welche Bewegungsrichtung zu erkennen. Dagegen ist die Konzentration 1892 in Münchenstein sehr deutlich; merkwürdigerweise folgt Muttenz als entfernteste Gemeinde im Jahre unmittelbar nach der Stadt. In der nächsten Periode verzeichnet Basel den Wellenberg 1897. Es erübrigt sich, eine chronologische Aufzählung dieser Verschiebungen in den nachfolgenden Perioden hier anzuführen. Aus Tabelle 23 ist der Zusammenhang deutlich erkennbar.

Als Grund der Verschiebung der Wanderungsmaxima wurde der ungenügende Leerwohnungsbestand der Stadt angeführt. Die Leerwohnungszählungen, die Prof. Mangold in Basel im Jahre 1904[1]) eingeführt hat, zeigen in vollem Umfange die Bestätigung dieser Annahme. Leider lässt sich nicht der gesamte untersuchte Zeitabschnitt unter diesem Gesichtswinkel vergleichen. Eine kritische Darstellung der mit den Leerwohnungen im Zusammenhang stehenden Probleme ist nicht beabsichtigt. Lediglich der auf Grund des empirisch ermittelten Tatsachematerials gefundene Normalleerwohnungsbestand soll mit den Leerwohnungsbeständen der Jahre 1904—1912 in der Stadt Basel verglichen werden (im übrigen verweisen wir auf die Darstellung von Mangold, sowie die neueren Untersuchungen von Brüschweiler[2]). Nach Brüschweiler setzt sich der jährliche Neuwohnungsbedarf aus der Zahl der mehr entstehenden Haushaltungen (Zuwanderungen von Familien, Eheschliessungen) und der wegen Abbruch oder anderen Gründen fortfallenden Wohnungen zusammen; dazu kommt noch

---

raler Schwankungen, dass die Hochkonjunkturen unmittelbar in Krisen und Depressionen umschlagen. Der Uebergang von der Periode steigender Konjunktur führt ziemlich rasch zu einer Periode wirtschaftlicher Stagnation. Anders geartet hat man sich das Wesen der zentripetalen Wanderungen vorzustellen. Die in Bewegung befindliche Wanderbevölkerung kann nicht entsprechend rasch, wie der Konjunkturumschwung erfolgt, aufgehalten werden; sie wird daher nach erfolgter Stagnation im Wirtschaftsleben sich vorerst noch mit gleicher Intensität auswirken. Der städtische Arbeits- und Wohnungsmarkt ist jedoch bereits übersättigt. Die Neuzuwandernden werden notgedrungen aus der Stadt zurückgedrängt und suchen sich in den Vorortsgemeinden niederzulassen. Den Niederschlag dieser Bewegung treffen wir zuerst in den nähern, dann in den weitern Vorortsgemeinden. Die Uebereinstimmung dieser Erklärung mit der tatsächlichen Entwicklung muss logischerweise aus den beobachteten Zahlenergebnissen hervorgehen.

[1]) Mitteilungen des stat. Amtes des Kantons Basel-Stadt Nr. 4.

[2]) Statistik der Stadt Zürich, Nr. 15.

ein notwendiger Leerwohnungsbestand, der zur normalen Wohnungsproduktion gehört[1]). Wie gross die gesamte jährliche Wohnungsproduktion ist, interessiert hier nicht. Massgebend ist ausschliesslich der jeweilige Leerwohnungsbestand (vgl. Tabelle 17).

Die Stockungsjahre von 1901 bis 1904 weisen einen Leerwohnungsbestand auf, der die damals noch als normal errechnete Ziffer von 3% bedeutend überschreitet. 1905 und 1906 verfügten über einen sog. Normalbestand. In den folgenden Jahren tritt dann aber eine ganz erhebliche Abnahme der Leerwohnungen ein, die bis 1,1% im Jahre 1909 und gar nur 1% im Jahre 1911 hinunterfällt.

Ein Vergleich mit den entsprechenden Wanderungsgewinnen der Stadt Basel zeigt in dem Jahre, in dem der Leerwohnungsbestand unter die Norm sinkt, gleichzeitig auch ein Maximum des Wanderungsgewinnes. Der Abschluss der Hochkonjunktur, der normalerweise den Wendepunkt in der Wanderungsintensität bedingen sollte, fällt erst in einen spätern Zeitpunkt. Beim Abschluss der nachfolgenden Hochkonjunktur geht das Wanderungsmaximum wiederum dem Abschluss der Hochkonjunktur voraus; die Verursachung ist jedoch nicht in der ungenügenden Leerwohnungsziffer zu suchen. Die ganze Periode von 1908—1913 ist durch eine viel zu geringe Leerwohnungsziffer gekennzeichnet, sodass dieses Argument für das Vorauseilen des Wanderungsmaximums vor dem Scheitelpunkt der Hochkonjunktur nicht stichhaltig ist. Für die Zeitspanne 1890 bis 1900 sind keine Angaben über die Leerwohnziffern erhältlich; gerade in jener interessantesten Periode, in der das Wanderungsmaximum dem Umschlag in der Hochkonjunktur um drei Jahre vorauseilt, ist eine Vergleichsmöglichkeit ausgeschlossen. Für die Stadt Zürich liegt der gleiche Tatbestand vor. Dr. H. Wolff[2]) kommt bei der Untersuchung dieser Erscheinung zu einer Erklärung, die sicher für die Basler Verhältnisse nicht zutrifft: «Die Wirtschaftskrise um 1900 hat in Zürich in einer Wanderungskrise bereits seit 1897/98 ihren Vorläufer gehabt, und die Wanderungskrise hat fast noch mal so lange angehalten, wie die Wirtschaftskrise, da wir die Wanderungskrise von der rapiden Steigerung der Wegzüge von 1897 an rechnen müssen bis 1900 einschliesslich, die Wirtschaftskrise aber 1899 zum Ausbruch kam. Wenn man will, kann man vielleicht sagen, dass die Wirtschaftskrise in Zürich in latentem Zustande schon vorlag 1897, da ein anderer Grund als wirtschaftlicher Stillstand, resp. Rückschlag für die ganz ausserordentliche Zunahme der Wegzüge kaum vorhanden gewesen sein kann».

---

[1]) Die Grösse dieses Leerwohnungsbestandes ist in der Literatur bestritten, und hängt wesentlich von den zeitlichen und örtlichen Verhältnissen ab. In der zu untersuchenden Periode ist er mit 2—3% anzunehmen.

[2]) Statistik der Stadt Zürich; Jahrgang 1906, Nr. 6, S. 14.

Aus den Jahresberichten der Basler Handelskammer über die Geschäftstätigkeit verschiedener Basler Industrien kann zweifellos für Basel das vorzeitige Nachlassen der Wanderungsintensität nicht auf einen gleichzeitigen Beginn einer Wirtschaftskrise zurückgeführt werden, denn der Aufschwung erfährt in der Mehrzahl der Basler Industrien eine Ausdehnung bis zum Jahre 1899. Es ist allerdings nicht feststellbar, ob in Basel wie in Zürich der von 1897 an abnehmende Wanderungsgewinn durch eine Steigerung der Wegzüge oder ein Nachlassen der Zuzüge bedingt ist. Meines Erachtens sind die vermehrten Wegzüge in einer in diesem Jahrzehnt lebhafter einsetzenden industriellen Dezentralisation[1]), zu suchen.

2.) Die Agglomerationsintensität unter dem Einfluss der Konjunkturschwankungen.

Konjukturale Fluktationen sind Schwankungen im Wirtschaftsleben, die nicht durch den Wechsel der Jahreszeiten bedingt, sondern bisher in grössern Zeitabschnitten mit einer gewissen Regelmässigkeit als wiederkehrende Erscheinungen aufgetreten sind. Generell verzeichnet eine vollständige Konjunkturperiode, eine Periode der Stockung und eine des Aufschwungs.[2]) Bernet[3]) gibt folgende Schematisierung der einzelnen Konjunkturphasen, die durch besondere Eigenschaften charakterisiert sind:

1. Tiefstand (Depression).

Geldseite:

1. Märkte: Die Warenpreise verändern sich wenig, aber eher nach unten als nach oben; die Effektenkurse steigen, wobei die Kurse der festverzinslichen Papiere den Dividendenpapieren vorangehen; der Geldmarkt ist durchaus flüssig.
2. Einkommensstrom: Unternehmungs- sowie Arbeitseinkommen und die Ausgaben (soweit sie elastisch sind) befinden sich in einem Tiefpunkt.

Güterseite:

1. Produktion: Die Gütererzeugung erreicht einen Tiefpunkt, wobei die Produktivgütererzeugung der Verbrauchsgütererzeugung vorangeht.

---

[1]) vgl. das Kapitel: Vorortsgemeinden und industrielle Dezentralisation.
[2]) Die Bezeichnungen sind dem Hdwbch. d. St. W. 4. Aufl. Art. Krisen entnommen.
[3]) Bernet, Konjunkturforschung, S. 9. und 10.

2. Aussenhandel: Die Einfuhr stagniert, die Ausfuhr aber steigt schnell an.

2. Aufschwung.

Geldseite:

1. Märkte: Die Warenpreise steigen; Effektenhausse, die gegen Ende der Periode zu einer Abwärtsbewegung umschwingt; der Geldmarkt bleibt zunächst noch flüssig; die Geldsätze erhöhen sich erst im weitern Verlauf.
2. Einkommensstrom: Das Unternehmungseinkommen beginnt stark zuzunehmen, das Arbeitseinkommen folgt langsam nach, die elastischen Ausgaben fangen an zu wachsen.

Güterseite:

1. Produktion: Die Produktion nimmt auf der ganzen Linie zu.
2. Aussenhandel: Die Einfuhr wächst, die Ausfuhr hält sich unter Schwankungen auf der erreichten Höhe.

3. Hochspannung.

Geldseite:

1. Märkte: Starke Versteifung auf dem Geldmarkt; Finanzierungs- und Kreditschwierigkeiten; weiteres Sinken der Effektenkurse; Stillstand oder Abbröckeln der Warenpreise bei teilweise scharfer Verschiebung der Preisrelationen (Kapital- und Konsumgüter).
2. Einkommensstrom: Das Unternehmungs-Einkommen hört auf zuzunehmen, gegen Ende dieser Periode geht es zurück. Das Arbeitseinkommen hält sich zunächst noch im ganzen auf der erreichten Höhe, ebenso die elastischen Ausgaben.

Güterseite:

1. Produktion: Stillstand in der Zunahme der Produktion: die Produktivgütererzeugung tritt den Rückzug an, während die Verbrauchsgütererzeugung zunächst noch steigt.
2. Aussenhandel: Die Zunahme der Einfuhr kommt zum Stillstand, die Ausfuhr bewegt sich nach wie vor unter Schwankungen auf der erreichten Höhe.

4. Krisis.

Geldseite:

1. Märkte: Rückgang der Warenpreise; Baisse auf dem Effektenmarkt; die äusserst verschärften Kredit- und Finanzierungsschwierigkeiten führen zu zahlreichen Zusammenbrüchen. Verflüssigung des Geldmarktes.

2. Einkommensstrom: Scharfer Rückgang des Unternehmungseinkommens. Absinken des Arbeitseinkommens und der elastischen Ausgaben.

Güterseite:

1. Produktion: Scharfer Rückgang der Produktivgütererzeugung und im Anschluss daran der Verbrauchsgütererzeugung.
2. Aussenhandel: Gleichzeitiger scharfer Rückgang sowohl der Einfuhr wie der Ausfuhr.

Die einzelnen Phasen der verschiedenen Konjunkturperioden sind ungleich gross. Im untersuchten Zeitabschnitt sind die Stokkungsperioden bedeutend kürzer als die Aufschwungsepochen. Die Ermittlung dieser Angaben bezieht sich allerdings auf das Wirtschaftsgebiet Deutschland[1]). Bei der engen Verknüpfung der Staaten des Kontinents durch wirtschaftliche Beziehungen wird sich auch das schweizerische Wirtschaftsleben in diesem Rahmen der Konjunkturperioden abwickeln. An Hand von Wirtschaftsberichten[2]) bedeutender Basler Industrien soll die Uebereinstimmung mit den für Deutschland ermittelten wirtschaftlichen Wechsellagen nachgewiesen werden.

Nicht jede Konjunkturperiode weist alle bezeichneten Phasen auf. In Deutschland wird die Stockungsperiode von 1901/02. und 1908/09 unmittelbar in Perioden der Hochspannung übergeleitet: die Uebergangsstufe des zweiten Anstieges bleibt ausgeschaltet. Die Konjunkturschwankungen im Wirtschaftsleben treten nicht in allen Industrie- und Gewerbebetrieben mit gleicher Intensität auf: einige bedeutende Industrien sollen unter dem Wechsel der Wirtschaftslagen beobachtet werden. Diese Untersuchung bezweckt ferner den Nachweis derjenigen Industrien, die wesentlich die Schwankungen in der Wanderungsintensität hervorgerufen haben.

Zu den Industrien, die sehr empfindlich auf Konjunkturschwankungen reagieren, gehören in erster Linie die Exportindustrien (Farbenchemie-, Seidenband-, Schappe- und Maschinenindustrie). Dazu kommt als vorwiegend dem einheimischen Konsum dienend, das Baugewerbe. Zahlenmässig kann nicht festgestellt werden, in welchem Umfange die grössere oder geringere Zuwanderung dem stärkeren oder schwächeren Beschäftigungsgrad der einzelnen Industrien zuzuschreiben ist. «Die Mannigfaltigkeit der Wirklichkeit ist allerdings so gross, dass es zuweilen zweifelhaft bleibt, welcher Wechselstufe ein bestimmtes Jahr zuzuweisen ist.

---

[1]) Hdwbch. d. St. W. Art. Krisen, Seite 60.

[2]) Jahresberichte der Basler Handelskammer.

Das zeitliche Eintreten bestimmter arteigener Erscheinungen erfolgt hier früher, dort später. Das erschwert die zeitliche Abgrenzung der Wechsellagen»[1]). Ferner enthält die Aufteilung der einzelnen Phasen einer Konjunkturperiode in ganze Jahre ebenfalls grössere Fehlerquellen. Die verschiedenen Wechsellagen können zu allen Jahreszeiten eintreten, und es erscheint somit eine Gliederung der Dauer der Phasen nach Monaten zweckmässiger. Zu dieser Untersuchung fehlt einerseits das einschlägige Beweismaterial; ausserdem sind die zu vergleichenden Wanderungsgewinne ebenfalls nach ganzen Jahren aufgeteilt. Im Hinblick auf die gestellte Aufgabe genügt die Ermittlung von Aufschwungs- und Stockungsjahren. Das Fehlen zahlenmässiger Unterlagen über den jährlichen Beschäftigungsgrad der verschiedenen Industrien wird hier immer wieder als grosse Lücke empfunden. Die Jahresberichte der Basler Handelskammer lassen aus den Werturteilen, die über die Wirtschaftslage einer bestimmten Industrie in einem Jahre gefällt werden, den Anteil am Gesamtwanderungsgewinn der diesem Industriezweig zuzuschreiben ist, nicht erkennen[2]). Immerhin können aus den Bestandesaufnahmen der Volkszählungsergebnisse die über die Gliederung der Gesamtbevölkerung nach der Berufszugehörigkeit Aufschluss geben, Rückschlüsse über die Verteilung der zugewanderten Bevölkerung auf die einzelnen Industriezweige gezogen werden.

Von Konjunkturperiode zu Konjunkturperiode soll auf Grund der Wirtschaftsberichte der Basler Handelskammer der Geschäftsgang der bedeutendsten Industrien festgestellt werden; diesen Ergebnissen ist die jährliche Zuwanderungsquote in Stadt und Vorortsgemeinden vergleichsweise gegenüberzustellen. Wanderungszahlen in den Vorortsgemeinden stehen erst von 1885 an zur Verfügung. Die Untersuchung setzt mit einer Stockungsperiode ein, die von 1883—1887 dauert (vgl. Tabelle 23)[3]). Der Geschäftsgang der *Band- und Schappeindustrie* lässt in seinem Gesamtverlauf einwandfrei den Charakter der Stockungsperiode erkennen. Nach einem normalen Wirtschaftsjahre 1881 zeigen sich in den beiden folgenden Jahren unerquickliche Zustände, die aller-

---

[1]) vgl. Anmerkung Seite 63.

[2]) Beispielsweise geht aus der Beurteilung einer Industrie, deren Geschäftsgang als gut und lohnend bezeichnet wird, nicht hervor, ob es sich hier nur um eine Beschäftigung der schon in Betrieben tätigen Arbeitskräfte handelt, oder ob nennenswerte Erweiterungen vorgenommen werden, die die Einstellung neuer Arbeitskräfte erfordern.

[3]) Ich werde jeweils den Geschäftsgang eines Industriezweiges während der Dauer der ganzen Konjunkturperiode zusammenhängend darstellen und zwar in der Reihenfolge ihrer Bedeutung, d h. abgestuft nach der Zahl der aus einem Industriezweig ernährten Personen.

dings schon im Jahre 1886 eine neue Aufschwungsperiode vermuten lassen. Nach einem kurzen Rückschlag tritt dann 1887 die Aufschwungsperiode deutlich in Erscheinung.

Die Beurteilung der Lage im *Baugewerbe* stellt auf deren Wirkungen, die neuerstellten Wohnungen ab[1]). Der geringe Zuwachs an Neubauten ist zweifellos charakteristisches Symptom der Stockungsspanne[2]). Auf Grund der sprungweisen Steigerung der Bautätigkeit ist der Beginn der Aufschwungsperiode bereits im Jahre 1887 anzunehmen. Die chemische Industrie verzeichnet während der ganzen Dauer einen geringen Beschäftigungsgrad und leidet immer noch unter den Folgen der Ueberproduktion. Bis 1886 weist auch die Maschinenindustrie einen Mangel an Beschäftigung auf, der dann allerdings 1887 in einen normalen Geschäftsgang übergeleitet wird; das letztere Jahr ist auch hier der Aufschwungsperiode angehörend anzunehmen.

Stellt man diesen Wertungen die Wanderungsgewinne der Stadt Basel gegenüber, so stehen die verhältnismässig geringen Ziffern in Uebereinstimmung zur Konjunkturlage. Ob die merkbare Ausbuchtung der Wanderungskurve im Jahre 1886 auf die spontane Aufschwungsepoche in der Bandindustrie zurückführbar ist, kann nicht mit Bestimmtheit nachgewiesen werden[3]). Die Wanderbewegung in den Vorortsgemeinden bietet in diesem Zeitabschnitt noch kein besonderes Interesse.

Die Aufschwungsspanne, die für die deutschen Wirtschaftsverhältnisse die Jahre 1888—1890 umschliesst, wirkt sich für die Stadt Basel wie folgt aus: Die Aufschwungsperiode in der *Bandindustrie* erstreckt sich nur über die Jahre 1888—1889. Dazu kommt allerdings noch das bereits der Aufschwungsperiode zugezählte Jahr 1887. Dagegen ist das Jahr 1890 für diese Industrie bereits wieder einer Depressionsperiode zuzurechnen. Das *Baugewerbe*, dessen Beurteilung wie erwähnt, auf Grund der neuerstellten Wohnungsbauten[4]) erfolgt, ist durch eine intensive Steigerung gekennzeichnet, die erst 1892 eine kurze Unterbrechung erfährt. Aber auch der unbedeutende Rückschlag von 265 auf 246 Wohnhäuser kann nicht als Stagnation bezeichnet werden. Die Aufschwungsperiode erstreckt sich bis zum Jahre 1899; dieses Jahr weist zwar bereits eine Reduktion um zirka 40% auf. Der Bericht der Handelskammer bemerkt 1900 dazu: «Der grösste

[1]) vgl. Tabelle 24.

[2]) vgl. allg. Teil: Einfluss konjunkturaler Schwankungen auf die Produktion von festem Kapital.

[3]) Für die Seidenbandindustrie kommen lediglich gelernte Facharbeiter in Betracht; sie rekrutieren sich vorwiegend aus dem obern Kanton Baselland bedingt durch die dort ansässige Heimindustrie der Seidenbandweberei.

[4]) vgl. Tabelle 24.

Teil des Berichtsjahres stellt den unvermeidlichen Rückschlag von dieser zuletzt teilweise fieberhaft übertriebenen Aufwärtsbewegung dar. Weite Kreise von Handwerk und Gewerbe sind durch den endlichen Eintritt eines volkswirtschaftlich schon längst notwendigen Nachlasses der übertriebenen Bautätigkeit betroffen worden»[1]). Die *chemische Industrie* arbeitet bei normalem Geschäftsgang bis zum Jahre 1890. Auch der Umschwung in die nächste Depressionsperiode erfolgt hier nicht überraschend, da auch das Jahr 1891 immer noch einen befriedigenden Beschäftigungsgrad zu verzeichnen hat. Eine ausgesprochene Hochkonjunktur erfährt von 1888—1890 die *Metallindustrie*, insbesondere der *Maschinenbau*.

Die Stockungsperiode — in der deutschen Wirtschaft die Jahre 1891/94 umfassend — weist drei Jahre des Niederganges und ein Jahr eines ersten Aufstieges auf. Nicht in allen Industrien kommen die einzelnen Konjunkturphasen zum Ausdruck (vgl. die Bauindustrie, die eine 12jährige Aufschwungsperiode von 1888—1899 aufweist). Der relativ hohe Wanderungsgewinn der Jahre 1891 bis 1893 ist vorwiegend dem Bedarfe der *Bauindustrie* beizumessen. Die *Bandindustrie* und damit eng verbunden die *Färberei* blicken von 1890—1894 auf eine die ganze Zeit über andauernde, einheitliche Depressionsperiode zurück; diesem Industriezweig ist zweifellos keine Intensivierung des Wanderungsgewinnes der Stadt zuzuschreiben. Das Jahr 1891 bedeutet für einige Industrien, darunter auch die *chemische Industrie* eine allmähliche Uebergangsstufe; die Depression nimmt aber von 1892—93 um so empfindlichere Formen an. Das Jahr 1894 kennzeichnet bereits den Wendepunkt zur Aufschwungsspanne. Ebenso lässt das Jahr 1894 aus dem Geschäftsgang der *Metallindustrie* den Beginn einer neuen Aufschwungsperiode erkennen.

Die längste allgemeine Aufschwungsperiode umfasst die Jahre 1895—1900; sie ist durch eine, über vier Jahre sich erstreckende, Hochkonjunktur gekennzeichnet. Die einbezogenen Basler Industrien verhalten sich in diesem Wertrahmen wie folgt: Im Gegensatz zum allgemeinen Aufschwung kann sich die *Bandindustrie* während der ganzen Dauer nie eines blühenden Geschäftsganges erfreuen. Auf Grund des Leerstehens zahlreicher Bandwebstühle ist m. E. eine Abnahme der in dieser Industrie Beschäftigten eingetreten. Einzig die *Schappeindustrie* bezeichnet das eine Jahr 1899 als eine Periode lebhafter Bewegung und fortwährenden Aufschlages. Die *chemische Industrie* entspricht mit ihrem Geschäftsverlauf ganz der allgemeinen Konjunkturperiode. Eine vorübergehende Lähmung der Geschäftstätigkeit erfolgt 1896;

[1]) Berichte der Basler Handelskammer 1900, S. 3.

sodann machen sich bereits im Jahre 1899 die Anzeichen einer bevorstehenden Stockung bemerkbar. Einen in jeder Beziehung die Hochkonjunktur erkennen lassenden Verlauf nimmt die *Bauindustrie:* er zeigt sich im gesteigerten Bedarf an Baueisen. Anderseits verursacht aber auch eine gesteigerte Produktion auf den verschiedensten Gebieten eine vermehrte Nachfrage nach Maschinen und damit eine gesteigerte Tätigkeit in der *Maschinenindustrie.*

Die Stockungsperiode zu Beginn des 20. Jahrhunderts setzt für die Mehrzahl der Industrien schon in der Mitte des Jahres 1900 ein und dauert allgemein nur bis 1902. Die *Bandindustrie* zeigt keine nennenswerten Abänderungen vom allgemeinen Konjunkturverlauf. In der vorausgegangenen Aufschwungsperiode ist keine besondere Steigerung der Geschäftstätigkeit eingetreten; daher ist auch der Rückschlag kein besonders empfindlicher geworden. Die Depression in der*Bauindustrie* überschreitet schon 1900 ihren Tiefpunkt, und die allgemeine Depressionsperiode ist durch eine gesteigerte Bautätigkeit gekennzeichnet, die sogar 1903 einen neuen Höhepunkt erreicht. In der *chemischen Industrie* wird der Rückschlag während den beiden Depressionsjahren empfindlich bemerkbar. Der immer noch lebhafte Eisenbedarf in der Bauindustrie bewirkt keine nennenswerten Rückschläge.

Die allgemeine Konjunkturkurve der nachfolgenden Aufschwungsperiode ist charakterisiert durch die unmittelbare Ueberführung der Stockungsspanne in eine vier Jahre umfassende Hochkonjunktur. Lediglich der Geschäftsgang in der *Bandindustrie* rechtfertigt die Bezeichnung eines ununterbrochenen Hochschwunges nicht. Die Epochen reger Geschäftstätigkeit sind sporadisch über die ganze Aufschwungsperiode verteilt. Die *Bauindustrie* verzeichnet merkwürdigerweise während der Aufschwungsspanne einen fortwährenden Rückgang der Bautätigkeit; wir finden in ihr gerade den umgekehrten Verlauf der Konjunkturkurve an der Zahl der neuerstellten Wohnhäuser gemessen: 1903 weist mit 294 Gebäuden ein Maximum, 1907 mit 98 ein Minimum auf[1]). Vollständige Uebereinstimmung mit der allgemeinen Konjunkturbewegung verzeichnet die *chemische Industrie,* mit einer fortlaufenden intensiv sich steigernden Geschäftstätigkeit. Trotz der ständigen Abnahme der neu erstellten Wohnbauten, auf die bereits hingewiesen wurde, beurteilen die Wirtschaftsberichte, die *Bauindustrie* recht günstig; erst der im Jahre 1907 erfolgende Umschwung zur Depression wird als Stockung empfunden.

Die Stockungsperiode 1908/09 hat allgemein keine schweren Folgen nach sich gezogen. Der Geschäftsverlauf der *Bandindu-*

[1]) Dies kommt auch deutlich im abnehmenden Leerwohnungsbestand zum Ausdruck; vgl. Tabelle 17.

strie die neben konjunkturalen Einflüssen wesentlich durch Modeverschiebungen Veränderungen erfährt, zeigt in diesem Zeitraum sowohl Phasen guten, als auch schlechten Geschäftsganges.

Im *Baugewerbe* ist nur das Jahr 1908 eine Zeit des Rückganges, während 1909 bereits wieder eine lebhafte Erhöhung und sogar namhafte Steigerung der Bautätigkeit verzeichnet; sie ist u. E. verursacht durch den empfindlichen Wohnungsmangel (vgl. Tabelle 17). Die *chemische Industrie* stellt sogar 1909 Rekordziffern im Export auf. Der Geschäftsgang der Metallindustrie erfährt eine gleiche Beurteilung wie die Bauindustrie; eine Intensivierung wird noch durch die gesteigerte Geldflüssigkeit bedingt.

Die letzte untersuchte Aufschwungsspanne umfasst die Jahre 1910/13. Sie ist wiederum durch den unmittelbaren Uebergang von der Stockungsspanne zur Hochkonjunktur gekennzeichnet und übergeht folglich die Phase eines zweiten Anstieges. Der Bewegungsverlauf der Konjunkturkurve bei den einzelnen Industrien weicht nur unwesentlich von der allgemeinen Bewegung ab. Schon in der vorhergehenden Zeitspanne wurde hervorgehoben, dass die Geschäftslage der *Seidenbandindustrie* in bedeutendem Umfange von den unterschiedlichen Bedürfnissen der Modeverschiebungen abhängt; solche Verschiebungen bewirken den unterschiedlichen Geschäftsverlauf in dieser Periode. Die Aufschwungsperiode der *Bauindustrie* erstreckt sich nur bis zum Jahre 1912; 1913 macht sich infolge der zunehmenden Zinsverteuerung ein nahmhafter Rückschlag bemerkbar.

Welche Industrien haben wesentlich die Intensität des Zuwanderungsstromes verursacht? Das Fehlen einer jährlichen Fortschreibung der Berufsgliederung lässt nur einen Vergleich der aus den Volkszählungsergebnissen hervorgehenden Bestandesmassen zu.

Die Stadt Basel weist in der Berufsgliederung von 1880 bis 1920 folgende Verschiebungen auf:

16	Total ernährte	Industrie						
Jahr	Personen	Verkehr	Handel	Total	Baugewerbe	Textil-industr.	Chemische Industrie	Metall-Indust.
1880	65101	4470	11491	34347	9273	9354	3677	1972
Zu- oder Abnahme	+ 13%	63%	17%	+ 6%	— 6%	+ 23%	— 33%	+ 20%
1888	73749	7246	13470	36477	8685	11515	2500	2356
Zu- oder Abnahme	+ 52%	+ 64%	+ 52%	+ 59%	+ 127%	+ 5%	+ 99%	+ 90%
1900	111227	11902	20490	57904	19652	12093	4987	4443
Zu- oder Abnahme	+ 21%	+ 42%	+ 25%	+ 13%	— 4%	+ 5%	+ 44%	+ 63%
1910	135918	16916	25730	65397	18819	12715	7194	7238
Zu- oder Abnahme	+ 3%	0%	+ 12%	+ 1%	— 26%	— 13%	+ 60%	+ 26%
1920	140708	16955	28898	65993	13827	10888	11562	9149

Gestützt auf die eben dargestellte Entwicklung der verschiedenen Industriegruppen kann die Bedeutung der einzelnen Industrien an der Gesamtentwicklung bewertet werden. In der Periode von 1880—88 weichen vom Gesamtzuwachs der ernährten Bevölkerung in der einen Richtung *chemische-* und *Bauindustrie* in der andern das *Verkehrsgewerbe* erheblich vom Durchschnittszuwachs ab. Der Wanderungsgewinn muss in diesem Zeitabschnitt vornehmlich das Verkehrsgewerbe befruchtet haben. Das Jahrzwölft intensivster Entwicklung von 1888—1900 weist eine Gesamtzunahme der ernährten Bevölkerung um 52% auf. Mit der allgemeinen Entwicklung halten *Handel* und *Verkehr* Schritt; *Baugewerbe, chemische-* und *Metallindustrie* erfahren zum Teil einen mehr als 100prozentigen Zuwachs. Einzig die *Textilindustrie* ist stationär geblieben. Diese Periode muss zweifellos als die der stärksten industriellen Entwicklung bezeichnet werden. Der Wanderungsgewinn wird namentlich vom *Baugewerbe,* von der *chemischen-* und der *Metallindustrie* aufgesogen. 1900—1910 sind vornehmlich *Verkehrsgewerbe, chemische-* und *Metallindustrie* mit überdurchschnittlichem Anteil am Bevölkerungszuwachs beteiligt; die *Textilindustrie* bleibt wiederum nahezu stationär, und das *Baugewerbe* hat sogar eine Abnahme der ernährten Personen zu verzeichnen.

Eine Erklärung für die Bevölkerungszunahme, der zweifellos beizupflichten ist, wird in dem Berichte der Basler Handelskammer über das Jahr 1902 gegeben. «An der Zunahme der erwerbenden Bevölkerung von 1888 auf 1900 sind weitaus am stärksten die *Baugewerbe* nebst der *Metallbearbeitung* beteiligt. Die Erklärung für das rasche Wachstum der Stadt liegt demnach nicht ganz einfach. Der stärkste Zuwachs, der der *Baugewerbe,* kann offenbar nicht als Ursache der Bevölkerungszunahme ausgesprochen werden; er ist vielmehr deren Wirkung und Begleiterscheinung. Das Hauptgewicht liegt in den gestiegenen Ziffern der *Verkehrsgewerbe,* des *Handelsstandes,* der *Beamten,* der *freien Berufsarten,* der *Berufslosen*».

Dieser indirekte Anteil des Baugewerbes an der Entwicklung der Gesamtbevölkerung der Stadt Basel vermag aber der Tatsache, dass das Baugewerbe im Abschnitte 1880—1900 in vorwiegendem Masse den Wanderungsgewinn absorbiert, keinen Einhalt zu tun.

Insgesamt geht aus den Jahresberichten der Basler Handelskammer über die Geschäftslage der erwähnten Basler Industrien hervor, dass sie allgemein, mit dem auf ein wesentlich grösseres Beweismaterial gestützten Schema der Wechsellagen in der deutschen Wirtschaft übereinstimmen. Die Schwankungen der Geschäftstätigkeit einzelner Industrien zeigen Abweichungen

vom allgemeinen Konjunkturverlauf. Erst die Zusammenstellung der Ergebnisse eines grösseren Wirtschaftsgebietes lässt einen eindeutigen Verlauf der konjunkturalen Fluktuationen erkennen. Das Fehlen eines einwandfreien Kriteriums für die Beurteilung der Wechsellage bestätigt sich aus den obigen Ausführungen[1]).

Eines hat sich aber während der ganzen untersuchten Zeitperiode von drei Jahrzehnten zweifellos herausgestellt: *Die Hochkonjunkturen der Wirtschaftslage stimmen nicht — wie zu erwarten ist — mit Wanderungsmaxima überein.* Aus dieser Erkenntnis ergibt sich m. E. ein wesentliches Kriterium für die Erklärung der Zusammenhänge von Grosstadt und Vorortsgemeinden, namentlich die Bedeutung der Vorortsgemeinden. Es gelingt nicht, wie gehofft wurde, zahlenmässig nachzuweisen, welche Industrien die schwankende Grösse der Zuwanderungszahlen verursacht haben; die Volkszählungsergebnisse gewähren jedoch Einblick auf die Verteilung der Wanderungsbevölkerung auf die verschiedenen Berufs- oder Industriezweige.

Es erscheint naheliegend, die zeitliche Verschiebung des Maximums des Wandergewinnes und Scheitelpunkts der Hochkonjunktur mit dem von Cassel[2]) erbrachten Nachweis des vorzeitigen Nachlassens der Produktion von festem Kapital vor dem Abschluss der Hochkonjunktur zu erklären. Diese Erklärung ist m. E. dann berechtigt, wenn die engere Stadt getrennt und unabhängig von den Vorortsgemeinden betrachtet wird. Der Zusammenhang von Grosstadt und Vorortsgemeinden wurde jedoch in den verschiedensten Beziehungen nachgewiesen; die Wirkungen konjukturaler Fluktuationen in den Vorortsgemeinden müssen daher im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Vorgängen der eigentlichen Stadt beurteilt werden. Das Maximum des Wanderungsgewinnes geht dem Abschluss der Hochkonjunktur um 1—3 Jahre voraus. Das jeweilige Wanderungsmaximum kann daher nicht ohne weiteres mit einem Maximum in der Produktion von festem Kapital identifiziert werden. Dies erhellt namentlich aus dem Verlauf der Aufschwungsspanne 1895—1900, wo die Wanderungsintensität schon 1897 den Höhepunkt überschreitet. Wie sind die Differenzen aber zu erklären? Da die Konjunkturbewegungen ihrem Wesen nach Schwankungen in der Produktion von festem Kapital sind, so muss sich auch die Krisenerscheinung in erster Linie in den Produktionsfaktoren bemerkbar machen[3]). Die Uebereinstimmung der Konjunkturschwankungen der Stadt Basel und die Wechsellagen des übrigen europäischen Wirtschaftsgebietes wurden nachgewiesen. Die Wanderungsintensität ist nicht

[1]) vgl. allg. Teil, Konjunkturschwankungen.
[2]) vgl. Allg. Teil.
[3]) vgl. Cassel, S. 577.

identisch mit der allg. Konjunkturlage[1]). Die Heranziehung der Wanderungsverschiebungen in den Vorortsgemeinden wird eine restlose Erklärung dieses Tatbestandes ermöglichen. Die zeitliche Verschiebung des Maximums der Wanderungsquoten der Vorortsgemeinden nach demjenigen des wirtschaftlichen Zentrums wurde auf Seite 59 und 60 nachgewiesen. Der Grund dieser Verschiebung erklärt sich aus dem ungenügenden Wohnungsbestand der Grosstadt in einer Aufschwungsperiode; die zur Verfügung stehenden Wohnungen genügen der Wohnungsnachfrage nicht bis zum Abschluss der Hochkonjunkturperiode. Die Uebereinstimmung dieser Annahme mit der Wirklichkeit geht aus dem Bestand der Leerwohnungen hervor[2]).

17

Jahr		1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911
Zahl der Leerwohnungen		1349	1052	811	565	425	304	498	317
Prozent		5,0	3,8	3,0	2,0	1,5	1,1	1,6	1,0
Jahr		1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
Zahl der Leerwohnungen		469	401	688	1114	960	714	177	67
Prozent		1,4	1,3	2,1	3,3	2,8	2,2	0,5	0,2
Jahr		1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	
Zahl der Leerwohnungen	absolut	204	186	159	76	84	154	304	
	Prozent	0,6	0,5	0,5	0,2	0.2	0,4	0,9	

Die Notwendigkeit eines normalen Leerwohnungsbestandes wird auf Seite 59 nachgewiesen. Der Hinweis auf die 600—800 leeren Wohnungen in den Jahren des Maximums der Hochkonjunktur widerlegt daher das Argument des ungenügenden Wohnungsangebotes der Stadt in der Periode des Hochschwunges nicht. Die Intensität des Wanderungsgewinnes verringert sich, wenn ein als normal anzunehmender Leerwohnungsbestand nicht erreicht wird. Der immer noch steigende Arbeitsbedarf kommt um so intensiver in der noch wachsenden Zuwachsziffer der Vorortsgemeinden zum Ausdruck. Untersucht man den Verlauf der wirtschaftlichen Fluktuationen und die Wanderungsintensität nach diesem Gesichtspunkte, so findet man unsere Annahme durchwegs bestätigt. Das Jahr 1890 ist das erste wirtschaftliche Krisenjahr, das in unsere Beobachtungsperiode fällt. Der Wan-

[1]) Der Bewegungsverlauf der Konjunkturkurve in Basel würde sonst der allg. für das europäische Wirtschaftsgebiet geltenden Konjunkturlage vorauseilen.

[2]) Die Zahlen sind dem stat. Jahrbuch der Stadt Basel entnommen.

derungsgewinn der Stadt Basel überschreitet aber schon 1889 den Höhepunkt. Im Krisenjahr findet sich in den Vorortsgemeinden Riehen und Muttenz ein Maximum der Zuwanderungsquote. Die Stadt ist im eigentlichen Krisenjahr durch das Minimum der nachfolgenden Depressionsperiode gekennzeichnet. Bereits in der Phase der Stockung 1891 folgen die Verdichtungen in der Wanderungsziffer der Vororte Binningen, Birsfelden und Allschwil und sogar zwei Jahre nach der Krise folgt noch Münchenstein.. Warum aber in der Mehrzahl der Vorortsgemeinden die Wanderungsmaxima dem eigentlichen Krisenjahre nachfolgen, ist noch zu untersuchen. Die Annahme, die Vorortsgemeinden weisen eine vom Wirtschaftszentrum abweichende Konjunkturperiode auf, ist als unmotiviert abzulehnen; die Vorortsgemeinden sind in ihrer Existenz mehr oder weniger vollständig vom Wirtschaftszentrum abhängig, da sie ja auch vorwiegend nur Wohnkolonien in der Stadt beschäftigter Erwerbstätiger sind. Der in früherem Zusammenhang nachgewiesene zentripetale Verlauf der Wanderungsbewegung lässt nun erkennen, dass der Umschwung der Wanderbewegung nicht entsprechend rasch, wie der Wechsel der Konjunkturphase erfolgt. Diese bedeutend schwerfälligere Wanderbewegung kommt erst zum Stillstand, nachdem die veränderte Konjunkturlage schon während einer gewissen Zeitspanne ihre Wirkungen ausübt; sie findet in den verschiedenen Vorortsgemeinden eine Regulierung der Gleichgewichtslage. Von diesem Gesichtswinkel betrachtet, nehmen die Vorortsgemeinden eine doppelte Stellung ein.

1. *In der Periode wirtschaftlichen Aufschwunges ermöglichen sie der Stadt, einen über den Rahmen ihrer zur Verfügung stehenden Wohnungen hinausgehenden Arbeiterzuschuss anzuziehen und ihm Wohngelegenheit zu bieten.*

2. *In der Periode wirtschaftlicher Depression sind sie in der Lage, den über den Zeitpunkt der Umbiegung der Konjunkturbewegung vom Aufschwung zur Stockung hinausgehenden immer noch steigenden zentripetalen Wanderungsstrom ins Gleichgewicht zu bringen*[1]).

Die Uebereinstimmung dieser Auffassung mit den tatsächlichen Verhältnissen geht aus der Tabelle 23 hervor. Eine gemeindeweise Aufzählung der Verschiebungen der Wanderungsmaxima in Stadt und Vorortsgemeinden erübrigt sich. Im allgemeinen fallen die Wanderungsmaxima in den näher bei der Stadt liegenden Vor-

[1]) Die Vorortsgemeinden können mit einem Stausee eines Elektrizitätswerkes verglichen werden. Je grösser das unter dem Einfluss des Wirtschaftszentrums stehende Gebiet ist, umso leichter und reibungsloser wird ein Ausgleich im Wechsel der Wanderungsintensität geschaffen werden können.

ortsgemeinden auf einen früheren Zeitpunkt als die Wanderungsmaxima in entfernteren Gemeinden.

IV. Vorortsgemeinden und industrielle Dezentralisation.

a) Ursachen und Voraussetzungen der industriellen Dezentralisation.

Bis jetzt wurden die Vorortsgemeinden immer nur unter dem Gesichtswinkel des grosstädtischen Arbeiterbedarfes betrachtet. In der Bestimmung, dem städtischen Arbeiterbedarf genügend Kräfte zur Verfügung zu stellen, lag bisher auch die bedeutendste Aufgabe der Vorortsgemeinden enthalten. Ein Entwicklungsstadium, auf das bereits am Schluss des allgemeinen Teils hingewiesen wurde, bedarf zur Vervollständigung des Bildes der Vorortsgemeinden noch einer eingehenden Erörterung: Die industrielle Dezentralisation nach den Vorortsgemeinden. Mit Recht hat von Mangoldt[1]) darauf hingewiesen, dass mit der Zeit nicht nur die Städte allein, sondern auch kleinere Orte, die Bedingungen und Voraussetzungen, die zur Ansiedlung von Industriebetrieben erforderlich sind, erfüllten. Die notwendigen Voraussetzungen industrieller Ansiedlung lassen ohne weiteres die besonders günstige Lage der Vorortsgemeinden erkennen; sie sind in weitgehendem Masse prädestiniert, bestehende Industriebetriebe aus der Stadt heranzuziehen oder als Standort neuer Industriebetriebe gewählt zu werden. In erster Linie bilden die Arbeitskräfte einen ganz wesentlichen Faktor, der für die Dezentralisationsmöglichkeit in Betracht fällt. Die Vorortsgemeinden, die bis jetzt ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt der Wohngemeinden städtischer Erwerbsbevölkerung betrachtet wurden, verfügen über einen genügenden Bestand gelernter und ungelernter Arbeitskräfte und sind folglich geeignet, neuen Industriebetrieben die notwendige Arbeiterzahl bereit zu stellen. Der besondere Vorzug der Vorortsgemeinden vor der Stadt liegt hauptsächlich in den billigeren Bodenpreisen; sie sind jedenfalls der bedeutendste Faktor industrieller Dezentralisationstendenz. Abgesehen von der Kostspieligkeit des Baulandes verunmöglicht die geschlossene Bauweise der Stadt, vielfach die Erweiterung bestehender Industriebetriebe. Die Möglichkeit, bei der Verlegung einer industriellen Unternehmung aus der Stadt in eine Vorortsgemeinde, die kaufmännische und Absatzorganisation in der Stadt weiter zu führen — eine Sondererscheinung in den Industriebetrieben der Vorortsgemeinden, auf

[1]) vgl. allg. Teil.

die ich noch zurückkommen werde — dürften die Vorteile einer solchen Umsiedelung ohne weiteres erkennen lassen. Viele Industrieunternehmungen, die durch entstehende Abwässer, Lärm und dergl. belästigend auf die Umgegend einwirken, sind aus sanitätspolizeilichen Gründen genötigt, ihre Betriebe da zu errichten, wo bestimmte Voraussetzungen — namentlich die Absonderungsmöglichkeit von Wohngebäuden — erfüllt sind.

Der Grund des relativ späten Eintrittes der Vorortsgemeinden in ihre heutige Stellung, muss hauptsächlich in den Kommunikationsschwierigkeiten gesucht werden[1]). In ganz auffallender Weise zeigt sich wie die Industrien bei der Umsiedlung in das äussere Agglomerationsgebiet in überwiegender Zahl bei der Standortswahl die an Eisenbahnlinien und grösseren Wasserläufen liegenden Vorortsgemeinden bevorzugt haben[2]). Insbesondere aber ist eine lebhaftere industrielle Entwicklung wohl da zu erwarten, wo bereits ein Anfang der Industrialisierung gemacht ist. Nach diesen Gesichtspunkten soll in den Basler Vorortsgemeinden die Ansiedlung verschiedener Industrien verfolgt werden. Die Grundsätze in der Ansiedlung von Industriebetrieben, die Sombart bei der Entwicklung der reinen Industriestadt hervorgehoben hat[1]). können hier in kleineren Verhältnissen ebenfalls nachgewiesen werden.

In den Gemeinden Münchenstein, Dornach und Arlesheim besteht schon seit bald 100 Jahren eine bedeutende Frauenindustrie, die Schappenspinnerei. Der Ausgleich des Geschlechtsverhältnisses erfolgt durch die vorwiegend Männerarbeit beschäftigende elektrotechnische Maschinenindustrie. Ein ganz ähnliches Verhältnis zeigt sich im Industriegebiet Pratteln-Niederschöntal. Pratteln — inbegriffen Schweizerhalle — hat in seiner nahmhaften chemischen- und Eisenindustrie vorwiegend Bedarf an männlichen Arbeitskräften; dagegen verkörpert die Floretspinnerei in Niederschöntal eine typische Frauenindustrie. Eine Anhäufung von Komplementärindustrien verzeichnet die Gemeinde Pratteln: Die Säurefabrik und verschiedene andere chemische Fabriken Schweizerhalle sind an das Salzvorkommen in der Saline Schweizerhalle gebunden.

Da mir über die Industriebetriebe in den Vorortsgemeinden — Gründung und Entwicklung — genaue Unterlagen zur Verfü-

---

[1]) Hassinger, a. a. O.; er weist namentlich auf die geringe Zahl grösserer Industriebetriebe im Leimental hin, die auf das Fehlen einer Normalbahn in diesem Tal zurückzuführen sind.

[2]) vgl. Münchenstein-Arlesheim, Pratteln.

[1]) vgl. allg. Teil.

gung stehen, kann die industrielle Dezentralisation im äusseren Agglomerationsgebiet der Stadt Basel näher untersucht werden.[1])

Es wird sich hauptsächlich um die Frage handeln, wann und warum die Industrialisierung der Vorortsgemeinden erfolgt ist, ob es sich um Verlegungen von Betrieben aus der Stadt oder um Neugründungen handelt?

b) **Beginn der industriellen Dezentralisation.**

Der Beginn der industriellen Dezentralisation setzt merkwürdigerweise ein, bevor die Voraussetzungen einer grosstädtischen Agglomeration gegeben sind. Die Voraussetzungen der grosstädtischen Agglomeration wurden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als vorhanden nachgewiesen[2]). Die industrielle Dezentralisation reicht zurück bis ins erste Drittel des vorigen Jahrhunderts. Die 1824 in Basel gegründete Schappefabrik sieht sich im Jahre 1830 veranlasst, den Betrieb nach Arlesheim zu verlegen. Der Grund dieser Umsiedelung ist allerdings auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Für unsere Untersuchung ist dabei namentlich von Interesse, dass die Verlegung infolge

1. Der Ausnützungsmöglichkeit der Wasserkraft an der Birs «um hinlänglicher Wasserkraft willen»;

2. der Erweiterungsmöglichkeit des Betriebes auf *eigenem Grund und Boden*, der wesentlich billiger ist, als in der Stadt;

3. der Verwendung billigerer Arbeitskräfte erfolgt ist.

Eine bedeutende Phase der industriellen Entwicklung der Vorortsgemeinden wird durch die Entdeckung der *Salzlager* in Schweizerhalle bedingt. Hier handelt es sich um eine durch ein wichtiges Rohstoffvorkommen bedingte selbständige industrielle Entwicklung. Immerhin bildet die Gründung der Saline Schweizerhalle den Grundstein für die Ansiedlung einer erklecklichen Zahl industrieller Betriebe (Komplementär-Industrien). Die günstige Verkehrslage in Pratteln (Knotenpunkt zweier verschiedener Eisenbahnlinien) hat ebenfalls fördernd auf die Ansiedlung neuer Industrien gewirkt.

Eine rohstoff-orientierte Industrie entsprechend der Salzgewinnung und deren Verarbeitung in Schweizerhalle verkörpern die Tonwarenfabriken in Allschwil und im vordern Leimental. Eine industrielle Dezentralisation liegt somit auch hier nicht vor. Allschwil, Oberwil und Binningen verfügen bekanntlich über ausserordentlich reiche Lehm- und Lettenschichten (die durch den

---

[1]) Diese Untersuchung stützt sich auf eine grössere Anzahl persönlicher Erkundigungen bei den meisten Industriebetrieben in den Vororten; sie erfolgte in der Form einer Enquête.

[2]) vgl. Higy, a. a. O.

städtischen Absatz bedingte, wesentliche Konsumorientierung muss jedoch hervorgehoben werden). Die heutige Entwicklung dieser Industrie ist hauptsächlich durch den gesteigerten Konsum der Stadt bedingt. Die Begründung der ersten mechanischen Ziegelei fällt in das Jahr 1878. Es wurde auf das in Binningen seit dem vorigen Jahrhundert bestehende Zieglergewerbe, das vorwiegend konsumorientiert war, hingewiesen[1]). Die 1878 als industrieller Betrieb gegründete Ziegelei ist somit nur als Industrialisierung des vorher als Zieglergewerbe betriebenen Nebenerwerbes der Landwirtschaft aufzufassen[2]). Heute bestehen in drei Vorortsgemeinden Basels fünf Ziegeleien, wovon drei aus gewerblichen Betrieben hervorgegangen sind (3 in Allschwil, je eine in Binningen und Oberwil).

Aus dem Werdegang einer Mehrzahl von Unternehmungen der Vorortsgemeinden sollen Richtlinien für die allgemeine Entwicklungstendenz der Industrialisierung der Vorortsgemeinden gefunden werden. Wesentlich für unsere Untersuchung ist die Ermittlung objektiver Faktoren, auf Grund derer die Ansiedlung eines Industriebetriebes am betreffenden Standort erfolgt ist[3]).

Aus einer Holzschuhfabrik, die 1889 in *Allschwil* gegründet wurde (1895 3 Arbeiter), deren Standort vorwiegend durch die Absatzmöglichkeit ihrer Produkte auf dem nahen städtischen Markte bedingt war, hat sich ein industrielles Unternehmen entwickelt, das 1923 schon 137 Arbeiter beschäftigte. Ebenfalls ins Jahr 1889 fällt die Gründung der Kaffee-Surrogat-Fabrik in Pratteln. Für die Standortwahl dieses Betriebes ist sowohl der *städtische Absatzmarkt*, wie auch die günstige Verkehrslage für den Versand der Produkte nach andern Orten massgebend. Die erste Verlegung eines städtischen Betriebes, infolge sanitätspolizeilicher Vorschriften betrifft eine Gemüsefabrik in *Muttenz*, die infolge der starken Ausdünstung das Gebiet der Stadt verlassen musste (1891). Merkwürdigerweise zeigt sich hier eine gänzliche Umstellung der Produktion auf ein Nebengewerbe. Die ursprünglich im eigenen Betriebe zur Aufbewahrung des eigentlichen Produktes hergestellten Holzgefässe bilden nun die Hauptfabrikation; die Gemüsefabrikation ist eingestellt worden.

Ein Jahr später 1892 ist ebenfalls in Muttenz eine Dachpappenfabrik entstanden, als Neugründung, deren Produktion na-

---

[1]) vgl. Seite 37.

[2]) Noch jahrelang haben diese Gewerbebetriebe neben den industriellen Unternehmungen vegetiert und sind erst ungefähr um die Jahrhundertwende ganz durch die Industriebetriebe verdrängt worden; Binningen hat etwa 20 solcher Betriebe aufgewiesen.

[3]) Die Untersuchung der einzelnen Betriebe erfolgt in der Reihenfolge ihrer zeitlichen Entstehung.

mentlich dem gesteigerten Bedarf der durch die starke Bautätigkeit in den 90er Jahren hervorgerufen wurde, genügte. Der Grund der dortigen Ansiedlung ist u. a. auch auf den Bahngeleiseanschluss zurückzuführen.

Einen typischen Fall *industrieller Dezentralisation* weist die elektrotechnische Maschinenfabrik *Brown Boveri & Cie.* in *Arlesheim* auf. Das Unternehmen war 1881 in Basel gegründet worden; 1894, zu Beginn der bedeutendsten Hochkonjunkturperiode, sieht sich die Betriebsleitung veranlasst, eine Verlegung des Betriebes nach Münchenstein vorzunehmen. Der Grund dieser Umsiedlung ist zur Hauptsache auf die Möglichkeit eines Bahngeleiseanschlusses und die vorhandene Wasserkraft zurückzuführen. Die Voraussetzung für eine günstige Entwicklung der Unternehmung am jetzigen Standort geht aus der beschäftigten Arbeiterzahl hervor. 1895 = 174, 1901 = 627.

Ein Schulbeispiel industrieller Dezentralisation verkörpert der Entwicklungsgang eines Eisenkonstruktionswerkes in Pratteln. Das Unternehmen wurde 1883 in Basel als Kleingewerbebetrieb gegründet; nach mehrmaligem Wechsel des Standortes in der Stadt selbst, der durch die Erweiterung des Betriebes notwendig geworden war, erfolgt 1894 eine Verlegung ausserhalb der Stadt. Der Standort Pratteln ist bedingt durch den günstigen Eisenbahnknotenpunkt. Selbstverständlich waren auch hier bei der Wahl des Standortes billigere Bodenpreise und Arbeitskräfte mitbestimmend. Dazu fehlte in Basel auch ein genügend grosses Terrain mit Geleiseanschluss.

Dass gerade zwei Grossbetriebe der Metallindustrie gleichzeitig eine Umsiedlung aus der Stadt in die Vorortsgemeinden vornehmen, gibt Veranlassung auf eine Begründung solcher Verlegungen durch v. Mangoldt hinzuweisen. «Die für die mit schweren Gütern arbeitende Industrie, z. B. Walzwerke, im allgemeinen notwendige flache Bauart wird in den Grosstädten wegen der Bodenpreise allmählich zur völligen Unmöglichkeit»[1]). Die im Jahrzehnt ganz besonders gesteigerter Bautätigkeit erfolgte Verlegung wird für die Umsiedlung viel erklärlicher, weil eine günstigere Verwertungsmöglichkeit der bisherigen Objekte zu erwarten ist.

1894 errichtet die Zementfabrik Laufen in Münchenstein eine Zweigniederlassung. Wir finden hier erstmals eine *Konzentrationstendenz* von Industriebetrieben *nach der Stadt*. Die gesteigerte Bautätigkeit in Stadt und Umgebung und das Vorkommen von grossen Kalksteinbrüchen als Rohstoff dieses Industriezweiges muss als ausschlaggebend für den Sitz dieser Unternehmung

[1]) v. Mangoldt, Seite 604.

betrachtet werden[1]). Eine ähnliche Entwicklung kennzeichnet die 1895 in Pratteln neu entstandene *Zementwarenfabrik*. Berücksichtigt man dazu noch die Zementwarenfabrik Schänzli (Muttenz), sowie die Tonwarenfabrik in Allschwil, deren Betriebe 1897 eröffnet werden, so sind dabei alle Unternehmungen der Bauindustrie, deren Gründung ins vorige Jahrhundert fällt, beisammen. Die Entstehung der bauindustriellen Unternehmungen der Vorortsgemeinden vorwiegend am Anfang oder mitten in der Aufschwungsperiode, die 1895 ihren Anfang nimmt, muss als natürliche, durch die Konjunkturlage bedingte Entwicklung betrachtet werden. Die Periode ist sowohl in der Stadt als auch in den Vorortsgemeinden durch eine ganz enorm gesteigerte Bautätigkeit gekennzeichnet.

Zu den Unternehmungen industrieller Dezentralisation gehört ferner auch die chemische- und Seifenfabrik in Münchenstein. Das Unternehmen, das vorwiegend für den städtischen Konsum arbeitet, verlegt 1899 seinen Betrieb aus Basel hieher infolge billigerer Bodenpreise, günstigerer Arbeitsverhältnisse, und der Möglichkeit eines Geleiseanschlusses.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Hadernsortierwerk und der Putzfadenfabrik in Birsfelden. Der Betrieb ist durch die aus der Stadt kommenden Rohstoffe an die Nähe der Stadt gebunden. Zufolge *sanitärer Veranlassung* wird der 1899 erfolgte Umzug bedingt. Die Elektra Birseck (1897 in Münchenstein gegründet) siedelt schon 1899 in die Gebäude der ehemaligen Sarasin'schen Baumwollspinnerei in Neuewelt über. Diese Verlegung der Elektra Birseck ist hauptsächlich auf die vorhandene Wasserkraft zurückzuführen. Dazu muss aber auch angenommen werden, dass das Vorhandensein bereits geschulter Arbeiter (Brown, Boveri & Cie.) mitbestimmend war.

Die Wirtschaftsperiode 1901—1907 namentlich die Aufschwungsspanne 1904—1907 bringt an Neugründungen die Aluminiumwarenfabrik in Binningen, die erste grössere industrielle Unternehmung in dieser Gemeinde[2]).

Verschiedene kleinere Industriebetriebe, deren Standort vielfach zufällig und weniger von Bedeutung ist, werden nicht berücksichtigt.

Eine namentlich für die Stellung der Vorortsgemeinden kennzeichnende Gruppe von Unternehmungen verdankt ihre Entstehung wesentlich den ausserordentlichen Kriegsverhältnissen. Das

[1]) M. E. ist hier die Furcht vor der Konkurrenz auf dem städtischen Absatzmarkt ebenfalls für die Standortbestimmung mit zu berücksichtigen.

[2]) Da die Aluminiumindustrie keine schweren Stückgüter produziert, so wird der Mangel einer Normalbahn nicht empfunden; der Transport erfolgt mit Camions.

geht übrigens auch daraus hervor, dass einige von ihnen bald nach Friedensschluss wieder eingegangen sind oder haben eingehen müssen. Zwischen 1914—1918 verzeichnen die Vorortsgemeinden ein Zunahme von 15 Betrieben, von denen heute nur noch sechs bestehen. Es ist bezeichnend, dass gerade die Vorortsgemeinden für solche Betriebe ausgewählt wurden. Eine typische Erscheinung industrieller Dezentralisation, die bei verschiedenen Vorortsbetrieben zum Ausdruck kommt, verkörpert sich in einer chemischen Fabrik in Pratteln. Die Unternehmung, die schon seit einiger Zeit in Basel bestanden hat, erfährt 1913 eine Trennung: kaufmännischer Betrieb und Sitz in Basel — Fabrikationsbetrieb in Pratteln. Diese Organisation ist m. E. typisch für den Charakter einer Vorortsindustrie. Der Fabrikbetrieb, der in der Regel einen relativ grossen Raum einnimmt, wird dorthin verlegt, wo billige Bodenpreise und Arbeitskräfte die Produktionskosten am wenigsten erhöhen. Der kaufmännische Betrieb und die Absatzorganisation, die einen kleinen Raum beanspruchen, bleiben in der Stadt; dadurch gehen die Beziehungen zu den bisherigen Klienten nicht verloren, und die Angliederung neuer Konsumenten geht so leichter vor sich. Diese Trennung ist in einer Mehrzahl von Betrieben durchgeführt.

Von den während des Krieges entstandenen heute noch bestehenden Betrieben sind als typisch hervorzuheben, die Aga Dissous-Werke in Pratteln. Für das Wirtschaftsgebiet der Stadt Basel ist dieser Betrieb eine Neugründung. Kennzeichnend für die städtische Konsumorientierung ist die Ansiedlung dieser Werke in Vororten von drei schweizerischen Grosstädten (Zürich, Genf, Basel). Die Eröffnung des Betriebes ausserhalb der Stadt ist durch verschiedene zum Teil bereits erwähnte Momente bedingt. (Eisenbahnknotenpunkt; billige Bodenpreise; Entfernung bis zum nächsten Konkurrenzwerke; günstigere Steuerverhältnisse als in der Stadt). Entsprechend ist auch die Errichtung eines weiteren Betriebes der Metallindustrie in Münchenstein (Walzwerke) 1917 zu beurteilen. Hier ist m. E. für die Wahl des Standortes das Vorhandensein bereits geschulter Arbeitskräfte der Metallindustrie wesentlicher Faktor. Das Moment der bereits ansässigen branchenkundigen Arbeitskräfte kommt auch bei der Standortswahl der Abfallsortierwerke A.-G. in Birsfelden deutlich zum Ausdruck.

c) Die industrielle Entwicklung der Vorortsgemeinden in der Nachkriegszeit.

Rein zahlenmässig muss die Neugründung oder Umsiedlung von Unternehmungen von 1918—1927 hervorgehoben werden; *sie weisen eine ebenso grosse Zahl auf, wie sämtliche Industriellen*

Unternehmungen aller Vorortsgemeinden vor dem Kriege. Es handelt sich vorwiegend um kleinere und mittlere Betriebe. Aber gerade in diesem Tatbestand kommt die neuere Entwicklungstendenz der Industrialisierung des Wirtschaftsgebietes der Stadt Basel deutlich zum Ausdruck. Nicht nur grosse, viel Platz beanspruchende Unternehmungen, sondern auch mittlere und kleinere Betriebe siedeln sich in neuerer Zeit in vermehrtem Masse in den Vorortsgemeinden an. *Charakteristisch für die Industriegründungen in den Vorortsgemeinden nach dem Kriege ist auch die in überwiegender Mehrheit erfolgte Ansiedlung in den nächsten Vorortsgemeinden.* Es wäre vielleicht die Frage aufzuwerfen, ob hier überhaupt noch eine Dezentralisation vorliegt, oder ob die allernächsten Vororte, Allschwil, Binningen und Birsfelden, wirtschaftlich gesprochen als Aussenquartiere der Stadt aufzufassen sind. Die Untersuchung der Standortsfaktoren einzelner Industrien lässt diese Erwägung jedoch ausser Betracht fallen.

Es erscheint überflüssig, die nach dem Kriege gegründeten Industriebetriebe einzeln hervorzuheben. Erstens sind es in der Mehrzahl der Fälle Betriebe, deren Umsiedlung aus den bereits geläufigen Gründen erfolgt sind. *Gelegentlich sind auch die günstigern Steuerverhältnisse und die einfachere Handhabung der Vorschriften in gewerbepolizeilicher Hinsicht als Faktoren der Umsiedlung mitbestimmend.* Einen typischen Fall der Trennung von Industriebetrieb und Absatzorganisation, die vorher beide in der Stadt vereinigt waren, liegt bei einer Unternehmung der Lederindustrie in der Gemeinde Allschwil vor. Bei einer Maschinenfabrik in Binningen liegt der Grund der Umsiedlung hauptsächlich in der Möglichkeit der Angliederung eines Versuchsfeldes an den Betrieb, für die Ausprobierung der fertigen Maschinen.

Nach dieser Skizzierung der Standortsfaktoren einzelner Industriebetriebe, soll die gesamte industrielle Entwicklung der einzelnen und aller Vorortsgemeinden untersucht werden. Es wird sich dabei namentlich auch um die Verteilung der Arbeitskräfte und auch hier, wie bereits für die Stadt Basel dargetan wurde, um das Problem der Trennung von Wohnort und Arbeitsort handeln. Die Untersuchung der industriellen Entwicklung der Vorortsgemeinden hat auch Pratteln und Oberwil einbezogen[1]).

Die Reihenfolge der Vorortsgemeinden, die bis jetzt immer unter dem Gesichtspunkt der Entfernung vom Wirtschaftszentrum vorgenommen wurde, erfährt nun eine Umstellung nach der Bedeutung ihrer Industrien[2]) (vgl. Tabelle 25). In der Fabriksta-

[1]) Namentlich die Entwicklung der Gemeinde Pratteln ist ein Musterbeispiel industrieller Dezentralisation.

[2]) Das Verhältnis der einzelnen Gemeinden zueinander verschiebt sich allerdings von Zählung zu Zählung.

tistik von 1895 nimmt *Arlesheim* nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter die erste Stelle ein; zwar ist es nur ein Betrieb (Schappespinnerei), der über 464 Arbeiter, wovon 338 weibliche, verfügt. Die Zählung von 1901, die wiederum die gleiche Unternehmung umfasst, weist einen kleinen Rückgang der beschäftigten Arbeitskräfte auf. Gestützt auf die Wirtschaftsberichte der Basler Handelskammer muss dieser Rückgang auf die 1901 empfindlich wirksame allgemeine Wirtschaftskrisis zurückgeführt werden. Die Kriegs- und Nachkriegszeit vermag in Arlesheim dank der Entwicklung der Schappespinnerei die Arbeiterzahl auf beinahe 600 zu erhöhen. Die übrigen Neugründungen oder Neuunterstellungen spielen bei diesem Zuwachs eine untergeordnete Rolle. Der Rückgang im Beschäftigungsgrad der Schappeindustrie nach einer Zählung von 1926[1]) dürfte auf die allgemeine ungünstige Lage in der Seidenindustrie, die namentlich durch die Exportschwierigkeiten bedingt ist, zurückzuführen sein. Eine allgemeine Schlussfolgerung lässt sich jedoch nicht ziehen, da die Schappespinnerei in Arlesheim nur einen Teilbetrieb eines über verschiedene Orte sich erstreckenden Unternehmens bildet.

In *Münchenstein* figurieren als älteste industrielle Unternehmungen eine Baumwollspinnerei und eine Zuckersägerei, zu denen 1894 die Elektrizitätsgesellschaft Alioth und die Zweigniederlassung der Zementfabrik Laufen hinzukommen. Das Zählungsjahr 1895 stellt 351 beschäftigte Arbeitskräfte fest. Aber schon das Jahr 1901 bringt Münchenstein mit der beschäftigten Arbeiterzahl an die Spitze aller Vorortsgemeinden. Die Elektrizitätsgesellschaft Alioth beansprucht mit nahezu $^4/_5$ den Hauptanteil. Die Baumwollspinnerei, die 1899 eingeht, macht einer Crepeweberei Platz, die allerdings schon 1906 den Betrieb einstellt. Zahlenmässig erfahren die Betriebe von 1895—1901 eine Vermehrung von vier auf sieben Unternehmungen. 1911 sind es bereits 11, und die Arbeiterzahl erhöht sich um 175, wovon der grösste Betrieb allein immer noch über $^3/_4$ beansprucht. Aus der Zählung von 1923 geht in den drei grössten Unternehmungen eine Reduktion der Arbeiterzahlen um ungefähr 120 hervor. Der bedeutend geringere Gesamtrückgang der beschäftigten Arbeiter ist auf die Steigerung der Arbeiterzahlen in den übrigen Betrieben zurückzuführen. Auch im Jahre 1926 wird die 1911 erreichte Arbeiterzahl noch nicht ganz aufgeholt.

Pratteln steht in der Zahl der industriellen Unternehmungen an der Spitze; in der Arbeiterzahl folgt Pratteln erst an dritter

[1]) Die Angaben für 1926 stützen sich auf eine interne Untersuchung des eidg. Fabrikinspektorates über die Trennung von Wohnort und Arbeitsort der Industriebevölkerung.

Stelle. Kennzeichnend für den Charakter der Industrialisierung dieser Gemeinde ist das Vorherrschen der chemischen Industrie, sie betrifft sowohl die Zahl der Arbeiter, wie auch die Betriebe. Auf der andern Seite konzentriert sich die Vorherrschaft der Metallindustrie in Münchenstein (Brown, Boveri & Cie A.-G., Elektra Birseck, Schriftgiesserei und Aluminiumwalzwerk). Die Reduktion der Arbeiterzahl von 1895 = 255 auf 244 im Jahre 1901 ist auf den Wechsel der Konjunkturlage zurückzuführen[1]). Dann setzt eine enorme Steigerung ein, die namentlich zwischen 1911 und 1923 ausserordentlich gross ist, dank der Entwicklung der chemischen Industrien und namentlich auch des Eisenbauwerkes. Die Vorkriegsunternehmungen überwiegen die seitherigen Gründungen um ein bedeutendes.

In *Allschwil* drückt bis 1911 die Tonwarenfabrikation dem Industriebild der Gemeinde den Stempel auf. 1895 und 1901 gehören je 95% der in der Gemeinde beschäftigten Arbeiter der Tonwarenindustrie an. Absolut erhöht sich die Gesamtzahl industrieller Arbeiter von 192 im Jahre 1895 auf 760 im Jahre 1926. Es muss namentlich die enorme Steigerung in den drei Jahren 1923 bis 1926 um 210 auffallen; in dieser Zeit erhöht sich die Zahl der Industriebetriebe von 7 auf 13.

Bezeichnend für die Gemeinde *Binningen*, wie auch für *Birsfelden*, ist das Fehlen irgend eines Industriebetriebes vor dem Jahre 1895. Eine in den 90er Jahren gegründete Gewehrfabrik in Binningen ist nach verhältnismässig kurzer Zeit wieder eingegangen. Der Typus der ursprünglichen reinen Wohnkolonie städtischer Erwerbsbevölkerung verbunden mit landwirtschaftlicher Ansiedlung geht zweifellos einwandfrei aus dieser Feststellung hervor. 1901 nimmt Binningen mit zwei Unternehmungen und 32 Arbeitern einen ausserordentlich bescheidenen Anfang industrieller Entwicklung. Erst die 1904 gegründete Aluminiumwarenfabrik vermag die eigene industrielle Entwicklung der Gemeinde zu heben. Von den 1926 bestehenden Betrieben gehören drei der Vor- und drei der Nachkriegszeit an. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter hat sich von 32 auf 238 gehoben, wovon zirka 70% der Aluminiumindustrie angehören. Relativ gross ist die Zahl der eingegangenen Betriebe, die alle als Kriegs- oder Nachkriegsunternehmungen gegründet worden waren.

Birsfelden tritt 1899 mit der Verlegung eines Hadernsortierwerkes aus der Stadt in das Stadium eigener Industrieentfaltung. Doch sind es bis zum Kriegsbeginn nur drei Betriebe, die dem Fabrikgesetz unterstellt sind, dagegen Ende 1926 bereits 9[2]). Mit

[1]) 1895 fällt in eine Aufschwungs-, 1901 in eine Depressionsperiode.
[2]) Für Birsfeldens Entwicklung ist ferner der Flugplatz von Bedeutung.

Ausnahme der Gemeinde Allschwil, wo der Standort der Tonwarenindustrie schon frühzeitig die bedeutende selbständige Industrieentwicklung zu fördern vermochte, liegt zeitlich betrachtet der Schwerpunkt der Industrialisierung in diesen drei nächsten Vorortsgemeinden hauptsächlich in der Nachkriegszeit. Die industrielle Entwicklung der drei nächsten Vorortsgemeinden beginnt erst in aller neuester Zeit. (vgl. Tabelle 25).

In *Oberwil* haben von den heute bestehenden Unternehmungen — 5 an der Zahl — 4 bereits vor dem Jahre 1909 bestanden; erst 1924 hat sich noch ein weiterer Betrieb der Bauindustrie hinzugesellt.

Ebenso sind in *Muttenz* von den dem Fabrikgesetz unterstellten Unternehmungen, drei in den 1890er Jahren gegründet worden; die beiden jüngsten Betriebe sind 1920 entstanden. Es ist anzunehmen, dass in Muttenz infolge der Umsiedlung des Güterbahnhofes der Stadt Basel in nächster Zeit Voraussetzungen und günstige Verhältnisse für eine erhebliche industrielle Entfaltung geschaffen sind.

Der Vollständigkeit halber sei auch die bescheidene industrielle Entwicklung der Gemeinde *Riehen* erwähnt: drei industrielle Unternehmungen der Bau- und Papierindustrie, die zwischen 1907 und 1911 gegründet wurden, beschäftigten 1911 37 Arbeiter. Dazu kommen als Kriegs- und Nachkriegsunternehmungen vier weitere Betriebe (drei bauindustrielle und ein textilindustrieller Betrieb). In der Gemeinde werden insgesamt 1923 89 und 1926 74 Fabrikarbeiter beschäftigt.

d) Wohn- und Arbeitsort der Industriebevölkerung von Stadt und Vorortsgemeinden.

Das Statistische Amt der Stadt Basel hat erstmals 1910 anlässlich der Volkszählung eine Untersuchung der gegenseitigen Beziehungen von Wohn- und Arbeitsort der Bevölkerung von Baselstadt und sechs basellandschaftlichen Vorortsgemeinden durchgeführt. Auf die Ergebnisse dieser Untersuchung wurde zum Teil schon hingewiesen. Eine Wiederholung dieser Untesuchung ist bei der Volkszählung von 1920 nicht erfolgt, sodass keine Vergleichsmöglichkeit besteht. Dagegen hat das Eidg. Fabrikinspektorat 1924 bei allen, dem Fabrikgesetz unterstellten Unternehmungen eine Erhebung über die Wohnortsverhältnisse der industriellen Arbeiterbevölkerung durchgeführt, deren Ergebnisse im Nachstehenden verwertet werden[1]).

[1]) Die Angaben wurden mir in zuvorkommender Weise vom eidg. Fabrikinspektorat des Kreises II in Aarau zur Verfügung gestellt.

Die Untersuchung der Wohnortsverhältnisse der in der Stadt Basel tätigen Arbeitskräfte ermöglicht alle ausserhalb des Arbeitsortes wohnenden Arbeiter zu erfassen; es ergibt sich Gelegenheit, in dieser Arbeit über den engern Rahmen des Aufgabenkreises hinauszugehen und das gesamte Einzugsgebiet der städtischen Arbeiterbevölkerung nachzuweisen. Schon Hassinger[1]) hat eine Grenze des geistigen und wirtschaftlichen Einflusses der Stadt ermittelt. Da meine Untersuchung lediglich auf die Wohnorte der städtischen Arbeiterbevölkerung abstellt, ist es leicht erklärlich, dass diese Umgrenzung nicht überall mit der Grenze des geistigen und wirtschaftlichen Einflusses identisch ist. Allgemein sind dem Wohngebiet der städtischen Arbeiterbevölkerung engere Schranken gesetzt. An einigen wenigen Punkten wird aber anderseits sogar die Zone des geistigen und wirtschaftlichen Einflusses durchbrochen. Trotz diesem Tatbestand liegt keine Veranlassung vor, die Einflusssphäre der Stadt weiter ausgedehnt anzunehmen. Es handelt sich m. E. nur um vorübergehende Zufallserscheinungen; die betr. Industriearbeiter werden kaum jahrelang tagtäglich 60 und mehr Kilometer zurücklegen, um am Morgen zur Arbeitsstätte und am Abend wieder heimzukommen. An drei Punkten überschreitet die Wohngrenze die Zone der städtischen Einflusssphäre, und zwar überall an grossen Bahnlinien, in Laufenburg, Delsberg und Mülhausen.

Eine andere Frage betrifft die von Hassinger[1]) als assymetrisch bezeichnete Einflusssphäre der Stadt Basel, die namentlich durch die verschärften Bedingungen des Grenzübertrittes während des Krieges entstanden ist. Rheinabwärts erstreckt sich der wirtschaftliche Einfluss Basels weniger weit als rheinaufwärts und gegen Birs, Ergolz und Wiesental. Die geringe Ausdehnung rheinabwärts ist namentlich auch auf das naheliegende bedeutende Wirtschafts- und vorwiegend Industriezentrum Mülhausen zurück zu führen.

Von den im Jahre 1924 insgesamt 3037 ausserhalb der Stadt wohnenden städtischen Industriearbeitern, kommen nur zirka $^1/_7$ (433) aus dem Elsass und Baden. Dagegen wohnen 50% allein in den drei Vorortsgemeinden, Binningen, Birsfelden und Allschwil. Beträchtlich ist auch der Anteil des hintern Leimentals. Die ungenügenden Kommunikationen im Birsigtal haben eine ausgedehnte eigene industrielle Entwicklung verhindert. Die Vorteile der Dezentralisation (billigere Arbeitskräfte und Bodenpreise, Geleiseanschluss) werden durch die vermehrten Transportkosten der Rohstoffherbeischaffung und Absatzorganisation vollständig aufgehoben. Die Arbeiterbevölkerung des *Birsigtales* muss daher in vermehrtem Masse im Wirtschaftszentrum ihr Arbeitsfeld auf-

[1]) Hassinger, Tafel V.

suchen. Dagegen beschäftigt das *Birstal* trotz dem grossen Einzugsgebiet einen relativ kleinen Teil seiner industriellen Wohnbevölkerung in der Stadt Basel. Das bedeutende *Industriezentrum Münchenstein-Arlesheim* bildet selbst einen grossen Anziehungspunkt für die Industriebevölkerung des Birstales.

An der Bahnlinie *Basel-Olten* erstreckt sich das Wohngebiet der städtischen Arbeiterbevölkerung infolge der günstigen Bahnverbindungen bis zum Hauenstein. Ueberraschend klein ist der Anteil der in Basel tätigen Arbeiter in der *Industriegemeinde Pratteln*. Diese grössere Unabhängigkeit vom Wirtschaftszentrum hat die gleiche Ursache zur Voraussetzung wie in Arlesheim-Münchenstein. Die beträchtliche Quote der in der Gemeinde *Muttenz* wohnenden und in der Stadt tätigen Arbeiter ist seit 1920 vorwiegend durch das *Freidorf* bedingt.

In der geringen Zahl städtischer Industriearbeiter in Riehen ist der Charakter des Villenvorortes dieser Gemeinde dokumentiert. Riehen wäre sonst, infolge des Mangels an bedeutender eigener Industrie genötigt, der Stadt Basel eine erklekliche Arbeiterzahl zur Verfügung zu stellen.

Ein versuchsweiser Vergleich beabsichtigt, die Verschiebungen im heutigen Einzugsgebiete der in Basel beschäftigten Industriearbeiter mit dem Jahre 1910 herbeizuführen. Die entsprechenden Zahlen der Jahre 1910 und 1924 umfassen allerdings nicht die gleichen Erwerbskategorien. Die Angaben von 1910 erstrecken sich auf alle in Basel Berufstätigen aus den Vorortsgemeinden, dagegen beschränken sich die Zahlen von 1924 nur auf die Arbeiter, die in den dem Fabrikgesetz unterstellten Industrien tätig sind.

18 In Basel wohnhafte und auswärts arbeitende Industriearbeiter in der

Gemeinde	Jahr	
	1910	1924
Riehen	42	14
Allschwil	32	45
Arlesheim	108	51
Binningen	53	23
Birsfelden	31	26
Münchenstein	27	168
Muttenz	5	23

18a In der Umgebung Basels wohnende Industriearbeiter die in der Stadt tätig sind aus der

Gemeinde	Jahr	
	1910	1924
Allschwil	543	286
Arlesheim	25	21
Binningen	830	503
Birsfelden	988	712
Münchenstein	129	57
Muttenz	173	193
Riehen	73	41

Zunächst werden die Volkszählungsergebnisse von 1910 den Angaben der Fabrikstatistik aus dem Jahre 1911 gegenübergestellt.

In Basel wohnhaft und tätig als Arbeiter in Gewerbe- und Industriebetrieben[1])

Jahr:
1910: 19 161 (Volkszählung)
dem Fabrikgesetz unterstellte Arbeiter
1911: 15 639 (Fabrikstatistik)
1924: 17 184 »

Aus der Fabrikstatistik von 1923 geht hervor, dass von den in Basel beschäftigten Arbeitern 14 141 oder rund 80% in Basel wohnen. Für Gewerbe und Industrie wird insgesamt das gleiche Verhältnis der in Basel wohnhaften und daselbst tätigen und den auswärtswohnenden und in Basel tätigen Arbeiter angenommen. Die Volkszählungsergebnisse von 1910 müssen durch einen Zuschlag von 20% für ausserhalb der Stadt wohnende Arbeiter (19 161 + 20% Zuschlag = rund 23 000) erhöht werden. Von den insgesamt in Industrie und Gewerbe der Stadt 1910 beschäftigten Personen (23 000) gehören den Industriebetrieben 15 639 oder rund 70% an.

Eine vergleichsweise Gegenüberstellung der Ergebnisse von 1910 und 1924 muss daher die Zahlen von 1910 um $^3/_{10}$ reduzieren.

19 Gemeinde	in Gewerbe und Industrie der Stadt Basel tätig 1910	in der Industrie allein, 1910, Reduktion 3/10	in Industriebetrieben der Stadt tätig 1924
Allschwil	453	380	286
Arlesheim	25	18	21
Binningen	830	581	503
Birsfelden	988	692	712
Bottmingen	73	51	41
Münchenstein	129	90	57
Muttenz	173	121	193
Von den in Basel wohnenden Arbeitern, sind beschäftigt in			
Allschwil	32	22	45
Arlesheim	108	76	51
Binningen	53	37	23
Birsfelden	31	22	26
Bottmingen	—	—	—
Münchenstein	27	19	168
Muttenz	5	4	23

Vorausgesetzt, dass das Verhältnis der Arbeiter in den Fabrikbetrieben einerseits und in den Fabrik- und Gewerbebetrieben insgesamt andererseits 1910 und 1924 das gleiche geblieben sei,

[1]) Zu den in Basel wohnhaften und dort in Industrie- und Gewerbebetrieben Beschäftigten kommen noch die auswärtswohnenden und in Basel Tätigen; ihre Zahl ist unbekannt.

ergibt sich folgendes:[1]) *Der Anteil der in den Vorortsgemeinden wohnenden und in der Stadt Basel tätigen Industriearbeiter hat sich zwischen 1910 und 1924 von 1933 auf 1813 reduziert. Dagegen ist der Anteil der in Basel wohnenden und in den Vorortsgemeinden tätigen Industriearbeiter von 180 auf 336 gestiegen.*

Dies bestätigt die Ausführungen von Mangoldt: «Mit der Verlegung industrieller Unternehmungen in die Nähe der Grosstädte wird aber noch keine genügende Bevölkerungsdezentralisation bewirkt. Ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft dürfte zwar ausserhalb arbeiten, deswegen aber doch in der Grosstadt wohnen bleiben.

Die Wohnorte der in den Vorortsgemeinden tätigen Industriearbeiter.

Es sollte anzunehmen sein, dass die Vorortsgemeinden, deren Bedeutung als Wohnkolonien städtischer Arbeitskräfte bereits betont wurden, auch den eigenen Industriebetrieben, die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter zur Verfügung stellen. Die industriellen Unternehmungen der Vorortsgemeinden und der Industriebezirke insgesamt beschäftigen jedoch einen bedeutend grösseren Anteil auswärts wohnender Arbeitskräfte als die städtischen Betriebe.

20

Kanton oder Gemeinde	Beschäftigte	Wohnort am Arbeitsort		Auswärtswohnende in Zone [2])													
		Arb.	%	bis 3 km		3—5 km		5—8 km		8-10 km		10-15 km		15-20 km		über 20 km	
				Arb.	%	Arb.	%	Arb.	%	Arb.	%	Arb.	%	Arb.	%	Arb.	%
Basel-Stadt	17184	14147	82,2	1263	7,3	567	3,3	734	4,3	154	0,9	202	1,2	60	0,4	57	0,4
Basel-Land	7600	4355	57,3	1330	17,5	908	11,9	554	7,3	187	2,5	212	2,8	41	0,5	13	0,2
Binningen	212	121	60	33	16	19	9	12	6	12	6	15	75				
Birsfelden	196	137	68	26	13	9	5	11	6	7	3	4	4	2	1		
Allschwil	527	409	61	20	4	69	14	20	4	2	0	5	5	2	0,0		
Riehen	90	52	58	14	15			16	18			2	2			6	6
Muttenz	91	43	48			9	10	35	39	2	2	2	2				
Oberwil	176	118	65	25	14	18	10	14	8					1	0,0		
Münchenstein	894	337	37	146	16	122	13	208	23	33	4	38	4	7	1	3	0
Pratteln	895	467	52			180	20	40	4	104	12	80	9	21	2	5	0
Arlesheim	588	162	27	328	54	31	5	62	10			5	1				

Allgemein nimmt in den Vorortsgemeinden der Anteil der am Arbeitsort wohnenden Arbeitskräfte mit zunehmender Entfernung von der Stadt ab.

---

[1]) Ich verzichte infolge der Ungenauigkeit auf eine Vergleichung der Zahlen in den einzelnen Gemeinden.

[2]) Berichte der eidg. Fabrikinspektoren 1924/25 Kreis II, Tabelle S. 74.

Die einzelnen Gemeinden weichen zum Teil wesentlich von diesem Durchschnitte ab; einerseits fallen die Vororte mit erheblich grösserem Anteil am Wohnort ansässiger Industriearbeiter auf, wie Allschwil, Birsfelden und Oberwil und andererseits die Gemeinden mit wesentlich geringerem Prozentsatz Ortsansässiger, wie Arlesheim und Münchenstein. In Arlesheim liefern die unmittelbar an die Gemeinde grenzenden Ortschaften in der Zone bis zu 3 km den Hauptanteil der Industriearbeiter von Arlesheim. In Münchenstein fällt der besonders grosse Anteil der in Basel wohnhaften Arbeiter (23%) auf.

D. Zusammenfassung der Ergebnisse.

Im Verlauf der Untersuchung haben sich folgende Tatsachenfeststellungen und Entwicklungstendenzen ergeben:

Die Voraussetzungen für eine restlose Auswirkung der grossstädtischen Agglomeration im Wirtschaftsgebiet der Stadt Basel sind mit dem Jahrzehnt 1860/70 gegeben. Die Unterordnung der Vorortsgemeinden unter die Agglomerationseinwirkung steht in zeitlicher Uebereinstimmung zur Entfernung von der Stadt, d. h. die Vorortsgemeinden werden umso später in den grosstädtischen Agglomerationskreis einbezogen, je weiter sie vom Wirtschaftszentrum entfernt sind. Ebenso besteht zwischen der Intensität der Abhängigkeit der verschiedenen Vorortsgemeinden von der Stadt und deren Entfernung ein Parallelismus. Diese Uebereinstimmung geht aus dem verschieden grossen Anteil der in den Vorortsgemeinden wohnenden und in der Stadt erwerbstätigen Personen hervor.

Die Vorortsgemeinden sind in erster Linie Akklimatisierungsorte der stadtwärts ziehenden Wanderbevölkerung. Dann kommen sie aber auch für die zentrifugale Ansiedlung der Fernwanderungen in Frage. In neuester Zeit gewinnt die städtische Dezentralisation wachsende Bedeutung. Die Entwicklung der Vorortsgemeinden ist nicht immer gleich stark durch den städtischen Agglomerationseinfluss bedingt; dieser Einfluss macht sich namentlich unmittelbar nach der Unterordnung deutlich bemerkbar. Die Bewegungsintensität der städtischen und vorortsgemeindlichen Zuwanderung ist Schwankungen unterworfen; diese Schwankungen weisen periodische Regelmässigkeiten auf, die in den verschiedenen Vorortsgemeinden übereinstimmen. Sie sind auf die Wechsellagen der Konjunkturbewegung zurückzuführen.

Die Akklimatisierungsaufgabe der Vorortsgemeinden geht aus einer gewissen Gesetzmässigkeit der Abwanderung aus den Vorortsgemeinden in die Stadt hervor.

In der Bewegungsaufnahme städtischer und vorortsgemeindli-

cher Agglomeration zeigen sich Verschiebungen in den Maxima der Zuwanderungszahlen; sie sind auf eine Dissonanz der Konjunkturschwankungen und der Wohnungsproduktion zurückzuführen.. Die Bewegungskurve der Wanderungsintensität in der Stadt ist gleichsam ein Vorläufer des allgemeinen Konjunkturverlaufes. Die Zuwanderungsintensität ist durch den Geschäftsverlauf der bedeutendsten städtischen Industrien erkennbar und der verhältnismässige Anteil einzelner Industrien am Gesamtwanderungsgewinn nachweisbar.

Die Wanderungsmaxima kommen vielfach in den Vorortsgemeinden nach der Ueberschreitung der Hochkonjunktur zum Abschluss. In der Periode wirtschaftlichen Aufschwunges ermöglichen die Vorortsgemeinden der Stadt, einen über den Rahmen ihrer zur Verfügung stehenden Wohnungen hinausgehenden Arbeiterzuschuss anzuziehen und ihm Wohngelegenheit zu bieten. In der Periode wirtschaftlicher Depression sind sie in der Lage, den über den Zeitpunkt der Umbiegung der Konjunkturbewegung vom Aufschwung zur Stockung hinausgehenden zentripetalen Wanderungsstrom ins Gleichgewicht zu bringen.

Mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts hat die Bedeutung der Vorortsgemeinden in ihrem Verhältnis zur Stadt eine Verschiebung erfahren. Die ursprüngliche Stellung, die wesentlich in der Wohnkolonie städtischer Erwerbsbevölkerung bestand, hat eine Tendenz zur vermehrten Selbständigkeit erfahren. Die namentlich in neuester Zeit wachsende Bedeutung der grosstädtischenDezentralisation erstreckt sich sowohl auf die städtische Bevölkerung wie auch auf städtische Industriebetriebe. Die Ursachen der industriellen Dezentralisation aus der Stadt in die Vorortsgemeinden sind auf der Stadtseite durch die enorme Steigerung der Bodenpreise auf der Seite der Vorortsgemeinden durch billigere Arbeitskräfte, Ausdehnungsmöglichkeit und die Möglichkeit von Geleiseanschlüssen bedingt. Ein besonderes Merkmal der vorortsgemeindlichen Industrialisierung zeigt sich in der Trennung der Betriebe in Produktions- und kaufmännische Absatzorganisation. Letztere bleiben vorwiegend in der Stadt.

Die Wohn- und Arbeitsorte der Industriebevölkerung von Stadt- und Vorortsgemeinden haben im Laufe der Untersuchungsperiode Verschiebungen erfahren; der Anteil der aus den Vorortsgemeinden in der Stadt erwerbstätigen Industriearbeiter hat abgenommen, während umgekehrt die in den Vorortsgemeinden tätige und in der Stadt wohnende Industriebevölkerung eine merkbare Zunahme aufweist.

21	Niederlassungs- und Aufenthalterzuwanderung in										
Jahr	Allschwil		Binningen		Birsfelden		Muttenz		Münchenstein		Riehen
	A	N	A	N	A	N	A	N	A	N	Total
1885	162	59	213	246	234	336	114	18	97	38	21
86	123	132	245	284	274	540	152	10	93	71	23
87	169	195	257	238	305	425	127	53	106	50	19
88	255	240	429	271	329	406	134	75	133	59	18
89	272	189	514	276	334	244	140	159	114	71	23
1890	319	174	624	384	344	269	139	116	145	71	35
91	327	201	656	387	391	306	146	100	208	70	27
92	245	177	468	528	263	391	115	72	207	104	35
93	231	136	361	344	301	310	126	70	222	57	33
94	269	162	376	311	285	290	143	83	216	94	34
95	288	144	525	253	321	286	129	71	206	59	42
96	602	132	741	329	369	229	144	84	295	114	68
97	447	99	848	306	467	298	173	77	283	103	63
98	609	184	900	308	437	369	193	97	286	143	75
99	676	265	809	327	479	365	241	75	296	144	81
1900	559	461	677	429	342	261	240	120	419	155	71
01	504	365	518	334	333	409	226	160	243	222	118
02	497	352	446	350	290	358	183	170	209	238	169
03	544	281	500	310	232	336	184	112	252	217	247
04	425	291	429	318	261	421	181	110	213	176	201
05	474	449	419	346	171	249	153	93	317	215	208
06	453	390	483	320	275	411	160	118	324	327	264
07	423	483	517	404	294	425	126	95	302	265	693
08	320	392	440	466	397	423	193	167	314	205	707
09	391	364	514	450	406	494	183	107	321	300	782
1910	441	371	540	518	510	484	169	79	462	347	830
11	442	605	506	422	520	468	182	159	395	360	784
12	494	556	551	475	619	544	144	152	418	314	932
13	362	585	506	524	622	583	156	122	382	399	1043
14	283	416	449	589	489	601	149	122	306	363	1193
15	266	769	325	501	362	397	134	108	227	379	809
16	223	581	308	648	294	434	159	129	245	397	690
17	213	323	225	396	313	364	176	148	272	245	758
18	256	585	252	544	290	406	165	108	253	269	680
19	231	770	233	694	243	567	220	147	270	288	977
1920	300	798	190	623	272	326	185	432	407	252	1002

A = Aufenthalter
N = Niedergelassene

22 Abwanderungsintensität in Prozent nach Jahren

Jahr der Zuwanderung	BINNINGEN				BIRSFELDEN				MÜNCHENSTEIN				MUTTENZ			
	Zuwanderung	Abwanderung nach Jahren			Zuwanderung	Abwanderung nach Jahren			Zuwanderung	Abwanderung nach Jahren			Zuwanderung	Abwanderung nach Jahren		
		2	3	5		2	3	5		2	3	5		2	3	5
	abs.	Prozent			abs.	Prozent			abs.	Prozent			abs.	Prozent		
1885	246	28,4	41,5	57,3	336	35,1	45,8	54,7	38	26,3	26,3	42,1	18	33,3	50,0	50,0
86	284	30,3	39,2	51,7	540	36,1	45,1	60,7	71	9,8	29,5	33,8	70	41,4	60,0	78,5
87	238	33,6	44,6	54,1	425	20,2	28,7	43,0	50	10,0	22,0	30,0	53	43,4	49,0	56.6
88	271	32,6	34,0	45,4	406	28,0	34,2	45,0	59	27,1	45,7	59,3	75	30,6	45,3	67,0
89	276	30,7	40,0	51,4	244	34,4	46,6	56,7	71	12,6	15,5	31.6	109	20,2	28,4	43,1
1890	384	31,2	42.9	53,4	269	39,8	48,3	62,8	72	40,8	54,9	60,5	116	13,8	30,1	43,1
91	387	40,5	49,3	62,5	306	34,6	37,9	57,5	70	44,3	50,0	52,8	100	18,0	31,0	53,0
92	528	31,8	50,9	58,9	391	30,4	37,8	42,8	104	25,9	32,7	38,4	72	16,6	26,3	41,6
93	344	36,9	47,0	65,9	310	37,4	42,2	54,2	57	24,5	47,4	50,8	70	24,2	24,2	42,8
94	311	30,2	40,7	57,8	209	29,6	39,6	51,4	94	9,6	19,1	46,8	83	13,2	24,1	46,9
95	253	42,2	48,2	56,9	286	17,8	25,1	45,8	59	13,5	45,7	50,8	71	36,6	43,6	46,6
96	329	33,7	44,3	62,3	229	22,2	42,3	55,4	114	11,4	21,9	30,7	84	27,3	27,3	26,9
97	306	27,1	36,2	55,9	298	25,8	37,5	47,3	103	22,3	36,5	55,3	77	40,3	63,6	74,0
98	308	35,4	47,4	60,3	369	34,7	40,6	52,8	143	25,9	45,4	52,4	97	20.6	22,7	40,2
99	327	31,2	45,8	55,9	365	26,3	32,6	43,0	144	31,9	44,4	63,2	75	22,6	34,6	42,6
1900	429	27,7	39,1	49,8	269	19,7	31,5	39,4	155	30,3	46,4	58,7	120	29,2	38,3	38,3
01	334	38,3	50,0	61,3	409	27,3	35,9	51,1	222	26,1	41,8	46,8	160	26,8	43,1	53,7
02	350	30,0	41,1	57,1	358	37,4	41,9	55,8	238	18.0	28,1	32,3	170	12,3	22,9	41,1
03	310	30,6	43,2	60,0	336	32,7	45,8	52,9	217	24,4	36,4	43,3	112	28,6	55,3	65,2
04	318	28,6	39,6	43,7	421	35,4	47,7	56,0	176	33,5	45,4	56,8	110	41,8	50,0	53.6
05	346	18,5	32,9	45,6	249	35,7	42,8	56,2	215	26,0	43,7	55,8	93	6,4	21,5	39,8
06	320	20,6	30,6	37,5	411	29,2	36,7	50,6	327	33,0	44,8	52,3	118	14,4	23,7	30,5
07	404	25,2	37,5	48,5	425	35,3	38,6	46,8	265	20,7	42,3	54,7	95	38,9	54,7	66,3
08	466	28,9	41,4	49,8	423	36,4	45,1	57,9	205	30,7	39,0	45,3	167	22,7	34,1	38,3
09	450	26.9	35,5	47,3	494	25,7	34,8	43,5	300	28,0	38,6	50,6	107	27,1	31,4	58,8
1910	518	33,0	44,0	52,3	484	28,9	46,0	55,3	347	35,4	43,2	53,5	79	26,8	30,9	37,1
11	422	16,8	22,0	36,7	468	30,8	44,2	59,2	360	39,7	48,6	54,7	159	34,3	43,4	51,6
12	475	24,6	43,8	63,3	544	33,1	47,5	51,3	314	33,7	45,7	53,1	152	20,4	35,5	55,2
13	524	30,5	47,5	58,5	583	31,7	38,5	49,7	399	26,5	34,1	44,3	122	21,3	27,0	40,9
14	589	35,8	45,3	58,7	601	36,6	44,7	51,2	363	26,7	35,7	46,5	122	21,3	30,3	34,4
15	501	24,9	36,7	50,7	397	28,4	37,0	42,8	371	24,3	30,1	43,8	108	27,8	38,9	51.8
16	648	20,8	32,2	41,9	434	28,3	39,8	48,1	397	22,6	41,0	48,8	129	22,5	30,2	34,8
17	396	33,8	47,7	51,0	364	23,6	33,8	42,3	245	23,3	37,1	43,3	145	10,3	16,5	17,8
18	544	31,9	43,1	50,1	406	23,1	27,5	34,2	269	25,3	31,9	43,8	108	16,6	23,1	38,8
19	694	27,1	32,4	43,6	567	23,9	28,2	37,2	288	19,4	29,5	45,4	147	10,2	20,4	24,5
1920	623	19,7	27,2	36,4	326	31,9	39,5	50,3	252	11,9	22,2	40,4	432	8,7	15,6	32,7

23	WANDERUNGSINTENSITÄT IN STADT UND VORORTSGEMEINDEN						
JAHR	BASEL Wanderungs-gewinn	BINNINGEN Gesamtzu-wanderung	BIRSFELDEN Gesamtzu-wanderung	ALLSCHWIL Gesamtzu-wanderung	RIEHEN Gesamtzu-wanderung	MÜNCHENSTEIN Gesamtzu-wanderung	MUTTENZ Gesamtzu-wanderung
1885	200	459	570	221	31	135	132
86	710	529	814	305	23	164	222
87	400	495	730	364	19	156	180
88	610	700	735	495	18	192	209
89	1730	790	578	461	23	185	249
1890	670	1008	613	493	35	216	255
91	1420	1043	697	528	27	278	246
92	1510	996	654	422	35	311	187
93	1600	705	611	367	33	279	196
94	1120	687	575	431	34	310	226
95	2650	778	607	432	42	265	300
96	2870	1070	598	734	68	409	228
97	3640	1154	765	546	63	386	250
98	3380	1208	806	793	75	429	290
99	2680	1136	844	941	81	440	316
1900	1580	1106	611	1020	71	574	360
01	180	852	742	869	118	465	386
02	710	796	648	849	169	447	353
03	880	810	568	825	247	469	296
04	1220	747	682	716	201	389	291
05	1030	765	420	923	208	532	246
06	1680	803	686	843	264	651	278
07	1190	921	719	906	693	567	271
08	100	906	820	782	707	519	360
09	1030	964	900	755	782	621	290
1910	1640	1058	994	812	830	809	261
11	1030	923	988	1047	784	755	341
12	2070	1025	1163	1050	932	732	296
13	1320	1030	1205	947	1043	781	278
14	3700	1038	1090	699	1193	669	271
15	2300	826	759	1035	809	606	242
16	660	956	728	804	690	642	288
17	520	671	676	536	758	517	321
18	1120	796	696	841	680	525	273
19	1510	927	810	1001	977	554	367
1920	1340	813	598	1098	1002	659	617

= Wirtschaftliche Krisenjahre.
— Wanderungsmaxima.

24 JAHR	Neu erstellte Wohngebäude in							
	BASEL	RIEHEN	ALLSCHWIL	BINNINGEN	BIRSFELDEN	MUTTENZ	MÜNCHENSTEIN	ARLESHEIM
1886	83	2	2	—	1	5	—	5
87	145	1	5	3	—	3	1	1
88	162	2	1	8	2	2	9	4
89	188	3	11	3	1	1	5	2
1890	219	—	4	2	—	2	7	2
91	227	2	6	14	1	5	11	7
92	265	3	7	12	2	3	6	2
93	246	2	18	9	1	5	3	2
94	291	3	1	10	1	3	5	5
95	309	6	4	18	—	7	6	5
96	374	7	4	18	1	12	5	5
97	309	8	9	33	5	7	6	8
98	351	18	22	17	10	17	13	15
99	261	13	23	16	10	8	4	10
1900	180	6	10	13	14	14	9	8
01	263	6	11	7	8	4	19	7
02	287	3	16	23	7	6	3	8
03	294	12	9	13	5	5	4	11
04	248	10	7	19	13	2	4	6
05	164	6	10	22	10	7	6	3
06	138	11	9	18	13	9	10	11
07	98	7	5	36	23	18	10	13
08	138	9	9	20	11	11	13	8
09	241	17	12	18	13	9	14	18
1910	248	24	27	20	8	8	19	17
11	203	40	26	18	25	12	22	19
12	220	39	35	19	20	2	23	12
13	116	21	28	11	8	10	20	3
14	115	17	20	17	15	12	20	6
15	89	4	10	12	10	4	24	7
16	49	6	5	15	8	7	8	4
17	56	4	7	2	11	5	1	4
18	20	2	8	5	3	5	4	3
19	50	15	16	6	8	—	2	13
1920	144	24	27	8	7	159 Freidorf	8	11
21	295		23	15	20	8	68 Wasserh.	17
22	238		43	11	42	10	5	13
23	166		105	46	54	17	27	17
24	325		10					
25	470							

25 Veränderungen in der Zahl der Industriebetriebe und deren Arbeiterzahlen

Gemeinde	1895				1901				1911				1923				1926			
	Betriebe	Arbeiter			Betriebe	Arbeiter			Betriebe	Arbeiter			Betriebe	Arbeiter			Betriebe	Arbeiter		
		M	W	T		M	W	T		M	W	T		M	W	T		M	W	T
Allschwil	3	156	36	192	5	284	45	329	5	365	59	424	7	382	168	550	13	572	188	760
Arlesheim	1	126	338	464	1	122	316	438	2	92	312	404	7	181	410	591	7	173	375	548
Binningen	—	—	—	—	2	31	1	32	2	134	41	175	4	185	46	231	6	194	64	258
Birsfelden	—	—	—	—	1	4	26	30	2	46	111	157	8	73	85	158	9	101	132	233
Münchenstein	4	277	74	351	7	718	61	779	9	869	85	954	9	801	96	897	9	805	117	922
Muttenz	1	10		10	4	45		45	5	80		80	5	86		86	5	120	12	132
Oberwil	2	93		93	5	121		121	6	121	2	123	7	156	6	162	5	169	11	180
Pratteln	6	240	15	255	8	226	18	244	13	340	45	385	15	820	66	886	17	813	95	908
Total	17	902	463	1365	33	1551	467	2018	44	2047	655	2702	62	2684	877	3561	71	2947	994	3941

26 Wohnorte der Basler Industriearbeiter im Jahre 1924

Gemeinde	Entfernung v. Basel km	Arbeiter	Gemeinde	Entfernung v. Basel km	Arbeiter	Gemeinde Elsass	Entfernung v. Basel km	Arbeiter
Binningen	2,6	503	Metzerlen	14,5	°13	Burgfelden	3,2	°24
Birsfelden	2,7	712	Rheinfelden	16,0	25	St. Louis	3,5	71
Neu-Allschwil	2,7	38	Burg	16,0	°4	Hüningen	3,5	38
Allschwil	4,2	248	Seltisberg	17,0	°3	Hegenheim	4,8	°47
Neue Welt	4,2	31	Lausen	17,0	5	Neuweg	5,2	°3
Bottmingen	4,4	41	Bubendorf	18,0	°6	Hässingen	5,5	°13
Riehen	5,5	55	Nuglar	18,0	°1	Neudorf	5,7	°9
Oberwil	5,6	104	Itingen	18,5	°4	Buschweiler	6,3	°13
Münchenstein	5,7	57	Möhlin	20,0	1	Neuweiler	6,7	°4
Bettingen	5,8	°26	Sissach	20,5	10	Wenzweiler	8,5	°2
Muttenz	6,0	193	Laufen	20,5	4	Blotzheim	8,8	°2
Schönenbuch	7,2	°10	Zunzgen	22,0	°1	Hagenthal	9,5	°2
Therwil	7,4	37	Böckten	22,2	°2	Leimen	10,8	10
Reinach	7,5	30	Thürnen	22,2	°2	Rixheim	28,0	1
Arlesheim	7,8	21	Rickenbach	23,0	°1	Mülhausen	28,5	2
Biel-Benken	8,2	°9	Gelterkinden	23,5	4	Baden		
Dornach	9,3	10	Ormalingen	24,5	°3	Friedlingen	4,0	°5
Pratteln	9,5	33	Wallbach	24,5	°4	Leopoldshöhe	4,2	8
Ettingen	9,5	56	Wittensburg	25,0	°1	Weil	5,0	16
Witterswil	9,7	20	Diegten	26,0	°2	Grenzach	5,6	13
Bättwil	9,7	6	Obermumpf	27,0	°2	Haltingen	6,5	7
Aesch	10,6	32	Stein	28,0	3	Tüllingen	6,5	1
Augst	10,0	11	Münchwilen	29,0	°2	Lörrach	7,5	51
Flüh	11,0	2	Delsberg	29,0	3	Stetten	7,5	13
Hofstetten	11,2	°32	Laufenburg	37,0	2	Märkt	7,5	°1
Pfeffingen	11,5	°4				Wylen	7,8	11
Tuggingen	12,4	°1				Eimeldingen	7,8	3
Frenkendorf	12,5	23				Inzlingen	8,2	°7
Füllinsdorf						Thumringen	9,2	°3
Giebenach	13,0	°1				Efringen	10,3	3
Grellingen	13,4	10				Hagen	11,2	°2
Rodersdorf	13,5	5				Brombach	11,2	7
Liestal	14,0	20				Hartten	11,2	°2
						Istein	12,5	2
						Hauingen	12,5	°2
						Wittlingen	12,5	°1
						Hüttingen	12,6	°3
						Bad-Rheinfelden	14,7	2
						Höllstein-Steinen	15,0	6
						Beuggen	17,2	1
						Maulburg	18,0	°3
						Schopfheim	20,5	2
						Fahrnau	22,0	1
						Murg	22,5	1
						Hausen	23,0	°1
						Hasel	26,0	°2
						Säckingen	27,5	2

°= Orte ohne Bahnverbindung.

27a Wohnorte der Industriearbeiter der Vorortsgemeinden im Jahre 1924 in der Gemeinde

Allschwil			Arlesheim			Münchenstein			Birsfelden		
Wohnort	Entfernung v. Arbeitsort	Arbeiter	Wohnort	Entfernung v. Arbeitsort	Arbeiter	Wohnort	Entfernung v. Arbeitsort	Arbeiter	Wohnort	Entfernung v. Arbeitsort	Arbeiter
Hegenheim	1,8	20	Dornach	1,8	135	Arlesheim	2,0	101	Basel	2,6	26
Neuweiler	3,2	6	Münchenstein	2,0	76	Muttenz	2,4	45	Binningen	4,3	6
Häsingen	3,2	1	Reinach	2,4	115	Reinach	3,2	54	Pratteln	5,0	3
Binningen	3,1	12	Aesch	3,6	26	Dornach	3,8	47	Stetten	6,0	1
Schönenbuch	3,3	4	Gempen	3,6	2	Bottmingen	4,0	1	Lörrach	6.5	7
Basel	4,0	45	Hochwald	4,6	1	Binningen	4,6	8	Allschwil	6,6	2
Hagenthal	4,5	13	Pfeffingen	4,7	2	Birsfelden	4,8	8	Thumringen	7,5	1
Therwil	5,8	2	Ettingen	6,0	1	Oberwil	5,0	4	Brombach	9,5	2
Birsfelden	6,5	3	Binningen	6,2	1	Gempen	5,2	3	Friedlingen	10,0	3
Neudorf	6,5	1	Grellingen	6,5	7	Aesch	5,5	19	Aesch	10,0	2
Ettingen	7,6	1	Birsfelden	6,8	2	Therwil	5,5	2	Liestal	11,5	2
Muttenz	8,6	1	Basel	7,5	51	Pratteln	5,8	1	Fahrnau	20,0	2
Riehen	9,8	1	Metzerlen	12,5	2	Basel	6,0	168			
Binzen	11,0	1	Laufen	12,5	3	Ettingen	6,6	3			
Brombach	15,0	1				Duggingen	7,0	3			
Laufen	15,0	1				Allschwil	7,5	5	**Riehen**		
Kandern	20,0	1				Biel-Benken	7,6	1	Lörrach	2,7	10
			Muttenz			Augst	8,0	3	Inzlingen	2,7	4
			Pratteln	3,6	2	Neudorf	8,0	1	Basel	5,5	14
			Birsfelden	4,1	6	Grellingen	8,5	28	Hauingen	6,8	2
			Basel	5,5	23	Riehen	8,5	2	Muttenz	10,3	1
			Frenkendorf	5,6	8	Hofstetten	9,0	1	Therwil	12,0	1
			Füllinsdorf	6,8	2	Liestal	9,5	2	Laufen	21,0	6
			Riehen	7,0	2	Himmelried	10,5	10			
			Lörrach	9,7	2	Zwingen	11,0	3			
			Rheinfelden	11,6	1	Ziefen	11,5	1			
						Rodris	12,0	1			
						Bubendorf	12,5	1			
						Breitenbach	13,3	3			
						Laufen	14,0	13			
						Rheinfelden	14,3	2			
						Wahlen	15,0	1			
						Sissach	16,0	3			
						Bärschwil	17,0	3			
						Kleinlützel	18,2	1			
						Delsberg	26,0	3			

27b Wohnorte der Industriearbeiter der Vorortsgemeinden

Pratteln			Binningen			Oberwil		
Wohnort	Entfernung vom Arbeitsort km	Arbeiter	Wohnort	Entfernung vom Arbeitsort km	Arbeiter	Wohnort	Entfernung vom Arbeitsort km	Arbeiter
Frenkendorf	3,2	106	Bottmingen	1,8	7	Bottmingen	1,5	2
Füllinsdorf			Basel	2,6	23	Therwil	1,8	23
Augst	3,2	41	Allschwil	3,0	3	Binningen	3,1	10
Muttenz	3,5	30	Oberwil	3,2	7	Biel	3,2	5
Giebenach	4,3	2	Therwil	4,8	12	Reinach	3,8	2
Münchenstein	5,0	1	Biel	5,2	1	Ettingen	4,0	1
Liestal	5,4	25	Reinach	5,4	2	Witterswil	5,5	3
Nuglar	5,8	1	Muttenz	5,8	2	Basel	5,8	2
Arlesheim	6,0	1	Ettingen	7,0	3	Leimen	6,0	4
Arisdorf	6,0	5	Witterswil	7,0	3	Hofstetten	6,5	5
Birsfelden	7,0	8	Bättwil	7,2	1	Bärschwil	16,5	1
Rheinfelden	8,5	42	Hofstetten	8,3	6			
Basel	9,0	37	Burg	8,5	1			
Bubendorf	9,0	11	Leimen	8,6	4			
Lausen	9,0	5	Pratteln	9,6	1			
Binningen	9,2	3	Rodersdorf	11,0	1			
Magden	9,5	14	Metzerlen	11,8	11			
Zwingen	9,6	2	Frenkendorf	12,0	1			
Oberwil	10,2	3	Liestal	14,0	2			
Allschwil	10,5	1						
Arlesheim	11,0	2						
Lörrach	11,0	1						
Sisseln	11,5	6						
Sissach	11,5	6						
Beuggen	11,5	1						
Maisprach	12,2	1						
Zunzgen	12,0	1						
Witterswil	13,5	1						
Möhlin	13,0	44						
Binningen	14,0	3						
Ergoldstal	14,0	1						
Diepflingen	14,0	1						
Gelterkinden	14,5	8						
Ormalingen	15,6	4						
Eptingen	18,2	1						
Säckingen	20,0	1						
Stein	20,0	6						
Kaisten	28,0	2						
Laufenburg	29,0	2						
Etzgen	33,0	1						

Vita.

Der Verfasser der vorliegenden Arbeit, Walter Stöcklin aus Binningen, ist geboren am 11. März 1902 als Sohn des Jakob Stöcklin, Landwirt (gest. 1. Jan. 1928) und der Susanne geb. Fünfschilling. Nach Absolvierung der Primar- und Sekundarschulen in Binningen besuchte er die Obere Realschule in Basel, wo er im Herbst 1921 die Maturitätsprüfung bestand. An der Universität Basel immatrikuliert, hörte er Vorlesungen der Herren Professoren Bächtold, Bauer, Dr. Furlan, Dr. Janner, Landmann, Mangold, Michels, Ruck, Salin, Schoetensack, Simonius, Wieland. Seminarübungen besuchte er bei den Herren Professoren Bauer, Mangold, Michels, Landmann, Ruck. Die vorliegende Arbeit wurde unter Anleitung von Herrn Prof. Mangold durchgeführt. Das Studium des Verfassers wurde durch längere praktische Tätigkeit auf dem kantonalen Arbeitsamte in Liestal (Vorarbeiten zum Gesetzesentwurf eines kantonalen Arbeitslosenversicherungsgesetzes) unterbrochen.